

- **Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur.** Prognose für 2022 und 2023
- **Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten.** Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026
- **COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021
- **Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhafte Kreditnachfrage absorbiert**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonominen und -Ökonomen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autorinnen und Autoren repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
A-1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20,
A-8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA • **Technische
Redaktion:** Tamara Fellingner, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2022

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 270 € • Einzelheft (Printversion): 27,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse



95. Jahrgang, Heft 4/2022

- 215-230 ■ **Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur.** Prognose für 2022 und 2023

Stefan Schiman, Stefan Ederer

Der Ukraine-Krieg führt neuerlich zu erheblichen negativen Angebotsschocks, die der heimischen Industrie keine Wertschöpfungszuwächse ermöglichen. Die Inflation bleibt länger hoch und dämpft das Wachstum des privaten Konsums. Das große Aufholpotential im Tourismus macht ihn heuer zur Stütze der Konjunktur. Insgesamt entfällt über die Hälfte des für 2022 prognostizierten Wirtschaftswachstums von 3,9% auf den Bereich Beherbergung und Gastronomie. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bleibt günstig.

Adverse Supply Shocks Hit Buoyant Economy. Economic Outlook for 2022 and 2023

- 231 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

- 233-245 ■ **Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten.** Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

Die österreichische Wirtschaft erholte sich 2021 spürbar von der COVID-19-Krise. Infolge des Ukraine-Krieges und der Omikron-Welle der COVID-19-Pandemie fallen die Wachstumsaussichten für 2022 (+3,9%) jedoch um 1 Prozentpunkt schwächer aus als noch letzten Herbst erwartet. Getragen von den internationalen Entwicklungen schwächt sich das BIP-Wachstum bis 2026 auf das mittelfristige Trendwachstum von rund 1½% ab (Ø 2022/2026 +2,1% p. a., Ø 2010/2019 +1,5% p. a.). Trotz dieser markanten Abschwächung bewirkt die durch den demografischen Wandel ausgelöste, zunehmende Arbeitskräfteknappheit im Prognosezeitraum einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote erreicht bereits 2022 das Vorkrisenniveau und wird 2026 voraussichtlich bei 6% liegen. Die Omikron-Welle in China und vor allem der Ukraine-Krieg verstärken und verlängern den bereits seit 2021 auf den internationalen Märkten beobachteten kräftigen Preisauftrieb. Getragen wird er vor allem von stark steigenden Energie-, Rohstoff- und Vorproduktpreisen sowie einem markanten Anstieg der Transportkosten aufgrund von Kapazitätsengpässen und daraus resultierenden Lieferverzögerungen. In Österreich werden die Verbraucherpreise 2022 um knapp 6% und 2023 um 3¼% steigen. Die Inflationsrate dürfte jedoch auch in der mittleren Frist zumindest ¼ Prozentpunkt über dem 2%-Zielwert der EZB liegen. Obwohl heuer zusätzliche Ausgaben getätigt werden, um die Kaufkraftverluste infolge der hohen Inflation abzufedern und die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine sicherzustellen, liegt die für 2022 prognostizierte Defizitquote gegenüber der mittelfristigen Einschätzung vom Oktober 2021 (einschließlich Steuerreform) unverändert bei 2,4% des nominellen BIP. Dies ist auf einen inflationsbedingten Anstieg der Einnahmen zurückzuführen. Bis 2026 dürfte die Budgetdefizitquote auf 0,4% des BIP sinken

The War in Ukraine Clouds Medium-term Economic Outlook. Update of the Medium-term Forecast of the Austrian Economy 2022 to 2026

247-262 ■ **COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur.** Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christine Mayrhofer, Stefan Schiman

Die COVID-19-Pandemie und ihre Folgen prägten auch 2021 die Entwicklung der Weltwirtschaft. Regional verlief die Konjunktur heterogen, wenngleich die rasche Erholung der Industrieproduktion vielerorts Angebotsengpässe und starke Preissteigerungen zur Folge hatte. Die heimische Wirtschaft expandierte wieder, wobei die Konjunktur unterjährig erneut stark schwankte und maßgeblich von den gesundheitspolitischen COVID-19-Maßnahmen geprägt war. Mit der wirtschaftlichen Erholung stieg auch die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit, was sich positiv auf die Pro-Kopf-Einkommen auswirkte. Dies steigerte zusammen mit dem verbesserten Konsumentenvertrauen und Sparrücklagen aus dem Vorjahr die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte. Steigende Rohstoffpreise wirkten inflationstreibend, wodurch der Verbraucherpreisindex vor allem zu Jahresende 2021 deutlich anstieg.

COVID-19 Pandemic, Material Bottlenecks and Price Increases Shape the Economy. The Austrian Economy in 2021

263-274 ■ **Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhafte Kreditnachfrage absorbiert**

Thomas Url

Die Zentralbanken setzten 2021 ihren expansiven geldpolitischen Kurs unvermindert fort. Die hohe Versorgung des Kreditwesens mit Liquidität führte zwar zu einer deutlichen Ausweitung der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und der Wohnbaudarlehen an private Haushalte; trotzdem bauten die österreichischen Kreditinstitute bis zum Jahresende Überschussreserven im System der Europäischen Zentralbanken im Ausmaß von 125 Mrd. € auf. Gleichzeitig veranlasste die hohe Dynamik in der Neuvergabe von Wohnbaudarlehen das Finanzmarktstabilitätsgremium zur Vorgabe makroprudenzieller Kriterien. Die österreichische Kreditwirtschaft konnte in diesem Umfeld die Refinanzierungskosten deutlich senken und damit das Nettozinsergebnis steigern. Der kräftige Anstieg der Börsenkurse beflügelte auch die Provisionserträge, sodass sich die Ertragslage insgesamt verbesserte. Die Notenbank der USA bereitete den Finanzmarkt im Zuge ihrer Forward Guidance auf eine geldpolitische Wende vor; dementsprechend wertete der Euro im Jahresverlauf 2021 gegenüber dem Dollar ab.

Buoyant Credit Demand Could Only Partially Absorb High Liquidity Supply in the Banking Sector in 2021

275-287 ■ **Kennzahlen zur Wirtschaftslage**
Economic Indicators

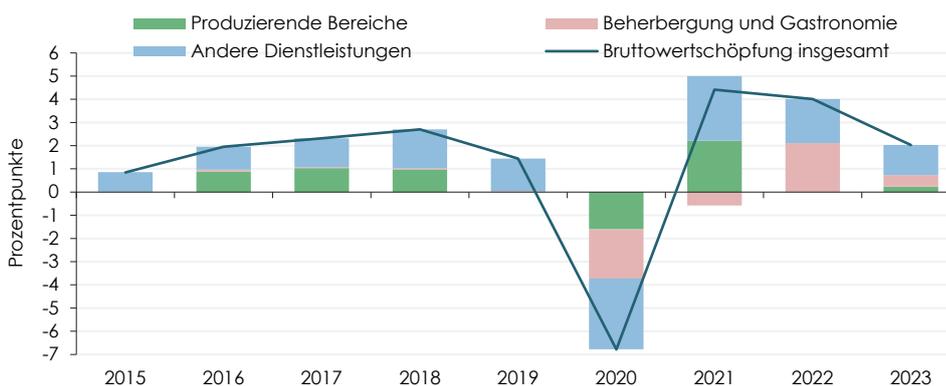
Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur

Prognose für 2022 und 2023

Stefan Schiman, Stefan Ederer

- Der Ukraine-Krieg und die Sanktionen gegen Russland führen zu Energiepreisschocks und verschärfen die globalen Produktions- und Lieferschwierigkeiten.
- Die Wertschöpfung in der heimischen Industrie wird daher im Prognosezeitraum trotz sehr guter Auftragslage lediglich stagnieren.
- Die Inflation wird in den nächsten Monaten zeitweise auf 7% steigen und im Jahresverlauf 2022 nur allmählich zurückgehen.
- Der private Konsum ist 2022 aufgrund der Überwindung lockdownbedingter Konsumpausen höher als im Vorjahr, wird aber durch den starken Preisanstieg gedämpft.
- Der Tourismus leidet unter dem Ukraine-Krieg, erholt sich aber gleichzeitig vom pandemiebedingten Einbruch. Dies macht ihn 2022 zur Konjunkturstütze.
- Insgesamt dürfte das reale BIP heuer um 3,9% wachsen, die Unsicherheit ist aber hoch.
- Der Arbeitsmarkt befindet sich bereits in einer Phase der Hochkonjunktur. Da die Industrie auf Kurzarbeit setzen wird, geht die Arbeitslosenquote im Prognosezeitraum weiter zurück.

Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung, real



"Die Wertschöpfung in der Industrie stagniert 2022 trotz voller Auftragsbücher. Der Tourismus mit seinem hohen Aufholpotential wird zur Wachstumsstütze."

Die produzierenden Bereiche (ÖNACE A bis F) werden 2022 keinen Wachstumsbeitrag liefern. Hingegen erholt sich der Bereich Beherbergung und Gastronomie (ÖNACE I) und trägt 2022 mehr zum Wachstum bei als alle anderen Dienstleistungen (ÖNACE G bis H und J bis U) zusammen (Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose).

Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur

Prognose für 2022 und 2023

Stefan Schiman, Stefan Ederer

Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur. Prognose für 2022 und 2023

Der Ukraine-Krieg führt neuerlich zu erheblichen negativen Angebotsschocks, die der heimischen Industrie keine Wertschöpfungszuwächse ermöglichen. Die Inflation bleibt länger hoch und dämpft das Wachstum des privaten Konsums. Das große Aufholpotential im Tourismus macht ihn heuer zur Stütze der Konjunktur. Insgesamt entfällt über die Hälfte des für 2022 prognostizierten Wirtschaftswachstums von 3,9% auf den Bereich Beherbergung und Gastronomie. Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt bleibt günstig.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht, Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 23. 3. 2022

Kontakt: Stefan Schiman (stefan.schiman@wifo.ac.at)

Adverse Supply Shocks Hit Buoyant Economy. Economic Outlook for 2022 and 2023

The Ukraine war leads to renewed significant negative supply shocks that do not allow domestic industry to grow. Inflation remains high for longer and dampens the growth of private consumption. The large catch-up potential in tourism makes it a pillar of growth this year. Overall, more than half of the expected 3.9 percent growth rate for 2022 is due to accommodation and food services. The labour market trend remains favourable.

Die österreichische Wirtschaft hat sich äußerst rasch und vollständig vom vierten Lockdown erholt. Der BIP-Rückgang war zwar geringer als in früheren Schließungsphasen, aber verglichen mit anderen Ländern kräftig – am Höhepunkt Anfang Dezember 2021 lag er bei über 5%. Da diese Wertschöpfungsverluste bereits Ende 2021 wieder zur Gänze kompensiert waren und sich der Aufschwung bis in den März 2022 fortsetzte, dürfte die heimische Wirtschaft im I. Quartal 2022 kräftig gewachsen sein. Vor allem die touristischen Dienstleistungen liefern hohe Wachstumsbeiträge und werden das BIP auch im weiteren Jahresverlauf stützen. Die Erholung im Bereich Beherbergung und Gastronomie geht von einem äußerst geringen Niveau aus, sodass das Vorkrisenniveau trotz der kräftigen Dynamik selbst 2023 noch nicht erreicht wird. Dazu trägt auch der Krieg in der Ukraine bei. Insbesondere Reisende aus Amerika und Asien werden europäische Destinationen meiden.

Die durch den Ukraine-Krieg und die darauf folgenden Sanktionen gegen Russland ausgelösten Preisschocks und Lieferengpässe führen zu erheblichen Verwerfungen in der Industrie. Trotz der sehr guten Auftragslage wird die Wertschöpfung in der Herstellung

von Waren 2022 lediglich stagnieren, weil Energie und Vorprodukte sehr teuer sind und teilweise nicht geliefert werden können. Somit entfällt das Wirtschaftswachstum 2022 in der Höhe von 3,9% vollständig auf den Bereich der Dienstleistungen. Der private Konsum wird sich aufgrund des starken Anstiegs der Verbraucherpreise (um knapp 6% im Jahresdurchschnitt 2022) zwar deutlich schwächer entwickeln als in der letzten WIFO-Prognose vom Dezember 2021 unterstellt. Unter der Annahme, dass zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie nun auf gelindere Mittel als strikte Lockdowns zurückgegriffen wird, wird der private Konsum 2022 allerdings ein höheres Niveau erreichen als im Vorjahr.

Der heimische Arbeitsmarkt befindet sich derzeit in einer Phase der Hochkonjunktur. Die Arbeitslosigkeit ist geringer, die Beschäftigung höher als vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie. Nicht zuletzt aufgrund von Rekrutierungsschwierigkeiten dürften Industrieunternehmen verstärkt versuchen, Personal durch Kurzarbeit im Betrieb zu halten. Somit werden die Arbeitslosigkeit und die Beschäftigung schwächer auf den Ukraine-Konflikt reagieren als die Produktion, die Arbeitslosenquote wird 2022 auf 6¼% sinken. Zudem

wird der hohe Arbeitskräftebedarf im Zusammenwirken mit der sehr hohen Inflation 2023

zu einem kräftigen Anstieg der Pro-Kopf-Löhne um knapp 5% führen.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2018	2019	2020	2021	2022	2023	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	
Herstellung von Waren	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,7	± 0,0	+ 1,0	
Handel	+ 4,2	+ 2,0	- 4,2	+ 7,3	+ 3,8	+ 3,1	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3	
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+ 9,5	+ 3,5	+ 3,0	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 4,4	+ 4,8	- 5,2	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5	
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,4	+ 5,5	- 6,5	+ 4,8	+ 4,6	+ 3,2	
Bauten	+ 5,6	+ 4,0	- 3,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,8	
Exporte, real	+ 5,1	+ 3,4	- 10,8	+ 12,7	+ 6,1	+ 3,9	
Warenexporte, fob	+ 4,7	+ 2,7	- 7,8	+ 17,6	+ 3,0	+ 3,3	
Importe, real	+ 5,3	+ 2,0	- 9,4	+ 14,5	+ 4,6	+ 3,8	
Warenimporte, fob	+ 4,1	- 0,0	- 6,4	+ 16,1	+ 3,3	+ 3,3	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 4,3	+ 3,1	- 4,6	+ 6,3	+ 7,5	+ 5,6	
	Mrd. €	385,42	397,52	379,32	403,37	433,65	457,95
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	0,9	2,1	1,9	- 0,2	- 0,4	- 0,1
Verbraucherpreise		+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 5,8	+ 3,2
Dreimonatszinssatz	in %	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	0,3
Sekundärmarktrendite ³⁾	in %	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	0,6	1,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	0,2	0,6	- 8,3	- 5,3	- 2,4	- 1,1
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,2
Arbeitslosenquote							
In % der Erwerbspersonen (Eurostat) ⁵⁾		5,2	4,8	6,0	6,2	4,9	4,7
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		7,7	7,4	9,9	8,0	6,7	6,5

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, EZB, OeNB, Statistik Austria, 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Labour Force Survey.

Die Fiskalpolitik bleibt im Prognosezeitraum expansiv. Zwar laufen die krisenbedingten Unterstützungsmaßnahmen mit dem Abklingen der Pandemie aus, was zu einer deutlichen Entlastung des Staatshaushaltes führt. Allerdings verstärken die schrittweise Absenkung der Einkommensteuertarife und ande-

re Entlastungsmaßnahmen in beiden Prognosejahren die Einkommenszuwächse der privaten Haushalte. Die Europäische Zentralbank strafft ihren geldpolitischen Kurs etwas. In Österreich werden zudem die makroprudenziellen Vorgaben für die Kreditvergabe verschärft.

1. Rohstoffpreise und Angebotsengpässe nehmen wieder zu

Die Weltwirtschaft steht derzeit im Zeichen des Ukraine-Krieges. Seit dem russischen Angriff am 24. Februar 2022 haben die Energie- und Rohstoffpreise, die bereits 2021 kräftig gestiegen waren und sich zu Jahresbeginn 2022 auf hohem Niveau stabilisiert hatten, neuerlich angezogen. Der Preis für ein Fass Rohöl der Sorte Brent kletterte von etwa 80 \$ zu Jahresbeginn auf 130 \$ Anfang März. Die Erdgaspreise in Europa verdoppelten sich im selben Zeitraum, nachdem sie sich bereits 2021 vervierfacht hatten. Auch Nahrungsmittel und Industrierohstoffe verteuerten sich seit Kriegsausbruch spürbar. Darüber hinaus führen die Sanktionen der EU und der USA gegen Russland zu Einschränkungen im Warenhandel und Produktionsbehinderungen.

Die Probleme in den globalen Lieferketten, die sich Anfang 2022 etwas entschärft hatten, dürften aufgrund der Sanktionen und der Produktionsausfälle in der Ukraine wieder zunehmen und länger anhalten als bisher erwartet.

Die Unsicherheit über die weitere Entwicklung des Russland-Ukraine-Konfliktes dürfte auch die Unternehmens- und Verbraucherstimmung weltweit, aber vor allem in Europa dämpfen. Auch die Volatilität auf den Aktienmärkten ist deutlich gestiegen. Die Börsenkurse von Aktien und Anleihen gaben infolge des Ukraine-Krieges bis Mitte März 2022 nach. Zugleich führten der Ausschluss russischer Banken aus dem internationalen Zah-

Der Ausbruch des Ukraine-Krieges und die damit zusammenhängenden Sanktionen gegen Russland führten neuerlich zu Rohstoffpreisschocks und Angebotsengpässen.

Bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges hatten sich der Welthandel und die weltweite Industrieproduktion im Aufschwung befunden; auch der Dienstleistungsbereich hatte sich zügig erholt.

lungssystem SWIFT und das Einfrieren der Devisenreserven der russischen Zentralbank in der EU bislang kaum zu Verwerfungen im globalen Finanzsystem. Allerdings dürften die Sanktionen die Versicherungsprämien in Termingeschäften und daher die Preise russischer Rohstoffe erheblich erhöht haben.

Die Weltwirtschaft befand sich vor Beginn des Ukraine-Krieges in einer guten Verfassung. Zwar dämpften die Fortdauer der COVID-19-Pandemie und die damit verbundenen Einschränkungen des öffentlichen Lebens im Winter 2021/22 den Dienstleistungskonsum insbesondere in den EU-Ländern, der globale Warenhandel und die weltweite Industrieproduktion legten im IV. Quartal 2021 aber deutlich zu. Die Lieferkettenprobleme und die Vorproduktknappheit hielten bis zum Jahresende 2021 an, verschärften sich aber zuletzt nicht weiter. Derzeit ist die Auftragslage der heimischen Unternehmen weiterhin äußerst günstig, sodass die Produktionsausfälle der vergangenen Monate allmählich kompensiert werden könnten. Auch die Stimmung der Unternehmen war bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges äußerst optimistisch. Das BIP expandierte im IV. Quartal 2021 in vielen Ländern außerhalb der Europäischen Union deutlich. Auch in China, wo die Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2021 durch die Krise im Immobiliensektor gedämpft worden war, legte das BIP im IV. Quartal wieder kräftig zu.

Die neuerlichen negativen Angebotsschocks dämpfen das Wachstum der Weltwirtschaft und treiben die Verbraucherpreise. Der Dienstleistungsbereich erholt sich vom pandemiebedingten Rückgang und stützt die Konjunktur.

Infolge der hohen Rohstoff- und Energiepreise hatte sich jedoch bereits vor Kriegsausbruch die Inflation weltweit kräftig beschleunigt. Insbesondere in den USA, wo die Verbraucherpreise im Februar 2022 um fast 8% höher waren als im Vorjahr, hatten sich auch die Industriegüter ohne Energie spürbar verteuert, wodurch sich die Kerninflation beschleunigte. Im Euro-Raum fiel der Anstieg der Verbraucherpreise (ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel) hingegen vergleichsweise moderat aus, lag aber dennoch über dem Ziel der Europäischen Zentralbank (EZB).

1.1 Dienstleistungen erholen sich von pandemiebedingten Rückschlägen

Der Krieg in der Ukraine dürfte die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum stark beeinflussen. So dürften die Energie- und Rohstoffpreise noch länger hoch bleiben, was sich zeitverzögert in einem deutlichen Anstieg der Verbraucherpreise niederschlagen wird. Aufgrund der starken Abhängigkeit von Russland treffen die hohen Preise für Erdgas vor allem die europäischen Länder, während höhere Nahrungsmittelpreise, insbesondere bei Weizen, die Verbraucherpreise in einigen Schwellenländern treiben dürften.

Die Zentralbanken strafen angesichts der hohen Inflation zwar ihren geldpolitischen Kurs, aber nur vorsichtig, um die Konjunktur nicht zu destabilisieren.

Auch wenn der Höhepunkt der Energiepreisentwicklung bereits erreicht sein dürfte und die Preise allmählich sinken sollten, dürfte der Preisanstieg die Entwicklung des privaten Konsums weltweit merklich dämpfen. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass der Anstieg der Energiepreise teilweise durch ein Sinken der Sparquote ausgeglichen wird, da insbesondere private Haushalte mit mittleren oder hohen Einkommen ihre Konsumausgaben erst zeitverzögert anpassen. Einkommensschwächere Haushalte ohne nennenswerte Sparmöglichkeiten sind dagegen gezwungen, ihre Ausgaben umzuschichten, sodass ihr Konsum von Waren und Dienstleistungen (ohne Energie) zurückgehen wird.

Zugleich dürfte im Frühjahr 2022 die Zahl der Neuinfektionen mit dem SARS-CoV-2-Virus sinken, sodass mit Auf- und Nachholeffekten im Konsum, insbesondere von Dienstleistungen, zu rechnen ist. Die Unsicherheit infolge des Ukraine-Krieges könnte allerdings dazu führen, dass diese Konsumeffekte erst verzögert eintreten. Auch die Unternehmen dürften mit der Umsetzung ihrer Investitionspläne vorerst noch etwas zuwarten, wodurch sich einige Projekte verzögern werden. Zudem dürften die Lieferengpässe im 1. Halbjahr 2022 immer wieder zu Produktionsausfällen und -verschiebungen in der Industrie führen und sich erst ab der zweiten Jahreshälfte allmählich auflösen.

Die Verbraucherpreise werden 2022 kräftig steigen, was die Geldpolitik vor eine Herausforderung stellt. Die Zentralbank der USA hatte bereits vor Ausbruch des Ukraine-Krieges einen restriktiveren Kurs angekündigt und den Leitzins im März um $\frac{1}{4}$ Prozentpunkt erhöht. Im Prognosezeitraum dürften weitere Zinsschritte folgen, auch wenn die Federal Reserve ihre Geldpolitik an der weiteren Entwicklung ausrichten wird, insbesondere an jener auf dem Arbeitsmarkt der USA. Auch die EZB hat bereits den Kurswechsel zu einer weniger expansiven Geldpolitik eingeleitet: Ab April 2022 werden im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogramms für Anleihen öffentlicher und privater Schuldner (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) nur mehr die Rückflüsse aus auslaufenden Schuldtiteln reinvestiert. Das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) wird zunächst bis Juni 2022 verlängert, wobei der Umfang der Nettoankäufe zurückgeht. Der Hauptrefinanzierungssatz dürfte erst zu Jahresbeginn 2023 erstmals wieder angehoben werden. Mit weiteren Zinsschritten ist bis Ende 2023 nicht mehr zu rechnen, da die Inflation im Euro-Raum mit der allmählichen Normalisierung der Energie- und Rohstoffpreise im Jahresverlauf 2023 wieder auf das mittelfristige Inflationsziel der EZB sinken dürfte.

Die Fiskalpolitik in der EU dürfte angesichts des Ukraine-Krieges hingegen expansiv bleiben. In etlichen Ländern werden bereits Unterstützungsmaßnahmen für die privaten Haushalte diskutiert bzw. beschlossen, um die Mehrbelastung durch die hohen Energiepreise abzufedern. Zudem wird die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine kurzfristig höhere öffentliche Ausgaben nach sich ziehen. Mittelfristig werden – wie beim EU-Gipfel im März beschlossen – auch die Ausgaben für Verteidigung steigen. Zudem könnte die angestrebte Verringerung der

Energieabhängigkeit von Russland erhebliche Infrastrukturinvestitionen auslösen.

In den USA wird die Fiskalpolitik hingegen merklich weniger expansiv ausfallen als bislang erwartet. Das "Build Back Better"-Programm erzielte im Senat keine Mehrheit und liegt derzeit auf Eis. Angesichts der geringeren Betroffenheit der USA vom Ukraine-Konflikt und der derzeit hohen Inflation ist im Prognosezeitraum mit keinen neuen Ausgabenprogrammen zu rechnen.

In der EU sorgen Teuerungsausgleiche und ein Anstieg der Verteidigungsausgaben für eine expansive Fiskalpolitik. In den USA liegen große Reformprojekte auf Eis.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2020 in % Waren- Welt-BIP ²⁾ exporte ¹⁾		2018	2019	2020	2021	2022	2023
			BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
EU 27	67,6	15,0	+ 2,1	+ 1,8	- 5,9	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,8
Euro-Raum	52,0	12,1	+ 1,8	+ 1,6	- 6,4	+ 5,3	+ 3,2	+ 2,7
Deutschland	30,5	3,4	+ 1,1	+ 1,1	- 4,6	+ 2,9	+ 2,6	+ 3,0
Italien	6,2	1,9	+ 0,9	+ 0,5	- 9,0	+ 6,6	+ 3,2	+ 2,2
Frankreich	4,3	2,3	+ 1,9	+ 1,8	- 7,9	+ 7,0	+ 2,9	+ 2,0
MOEL 5 ³⁾	14,9	1,8	+ 4,7	+ 4,1	- 3,7	+ 5,3	+ 3,9	+ 3,8
Ungarn	3,5	0,2	+ 5,4	+ 4,6	- 4,7	+ 7,1	+ 5,1	+ 3,3
Tschechien	3,6	0,3	+ 3,2	+ 3,0	- 5,8	+ 3,3	+ 2,6	+ 3,5
Polen	3,9	1,0	+ 5,4	+ 4,7	- 2,5	+ 5,7	+ 4,2	+ 3,9
USA	6,5	15,9	+ 2,9	+ 2,3	- 3,4	+ 5,7	+ 3,4	+ 2,1
Schweiz	5,5	0,5	+ 2,9	+ 1,2	- 2,4	+ 3,7	+ 2,8	+ 1,4
Vereinigtes Königreich	2,9	2,2	+ 1,7	+ 1,7	- 9,4	+ 7,5	+ 3,7	+ 2,1
China	2,7	18,3	+ 6,7	+ 6,0	+ 2,2	+ 8,1	+ 5,0	+ 5,5
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52	+ 4,0	+ 3,4	- 2,4	+ 6,5	+ 3,9	+ 3,5
Exportgewichtet ⁵⁾	85		+ 2,4	+ 1,9	- 5,4	+ 5,4	+ 3,4	+ 2,8
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+ 4,0	+ 1,7	- 6,1	+10,9	+ 4,3	+ 3,5

Annahmen zur Prognose

Erdölpreis

Brent, \$ je Barrel	71,0	64,3	41,7	70,7	110	96
---------------------	------	------	------	------	-----	----

Wechselkurs

Dollar je Euro	1,181	1,120	1,141	1,184	1,12	1,10
----------------	-------	-------	-------	-------	------	------

Internationale Zinssätze

EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,3
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %	0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,4	0,2	0,6

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, EIA, Eurostat, EZB, IWF, OECD, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2019. – ⁵⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2019. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Mindestbietungssatz.

Insgesamt dürfte die Weltwirtschaft 2022 trotz des Ukraine-Krieges kräftig wachsen. Die starke Erholung im Vorjahr schlägt sich in einem deutlichen Wachstumsüberhang für 2022 nieder. Auf- und Nachholeffekte in der Industrie und im privaten Konsum treiben die Konjunktur. Diese Effekte dürften allerdings in der zweiten Jahreshälfte 2022 auslaufen, wodurch das Wachstum 2023 schwächer ausfallen wird als im Vorjahr, auch wenn sich

die wirtschaftliche Erholung aufgrund der anhaltenden Lieferkettenprobleme etwas verzögert. Die Auswirkungen des Ukraine-Konfliktes und insbesondere die hohen Energie- und Rohstoffpreise dämpfen das Wachstum im gesamten Prognosezeitraum. Sowohl im Euro-Raum als auch in den USA dürfte das BIP 2022 dennoch um mehr als 3% wachsen, 2023 um gut 2½% bzw. 2%.

In Österreich ging die Wirtschaftsleistung im IV. Quartal 2021 erneut überdurchschnittlich stark zurück, erholte sich aber noch Ende des Jahres vollständig vom vierten Lockdown.

2. Österreich: Zügige Erholung nach viertem Lockdown

Wie schon während der zweiten und dritten COVID-19-Welle im Winterhalbjahr 2020/21 schrumpfte die heimische Wirtschaft auch während der vierten Welle im IV. Quartal 2021 im internationalen Vergleich überdurchschnittlich kräftig (BIP real $-1,5\%$ gegenüber dem Vorquartal, Euro-Raum $+0,3\%$). Diese starke Betroffenheit der österreichischen Wirtschaft von der COVID-19-Pande-

mie ist wesentlich auf die hohe Bedeutung des Wintertourismus bzw. den hohen Anteil der tourismusnahen Dienstleistungen an der Gesamtwertschöpfung zurückzuführen¹⁾. Zudem waren die behördlichen Eindämmungsmaßnahmen in Österreich wegen der relativ geringen Impfquote strenger als in vielen anderen Ländern.

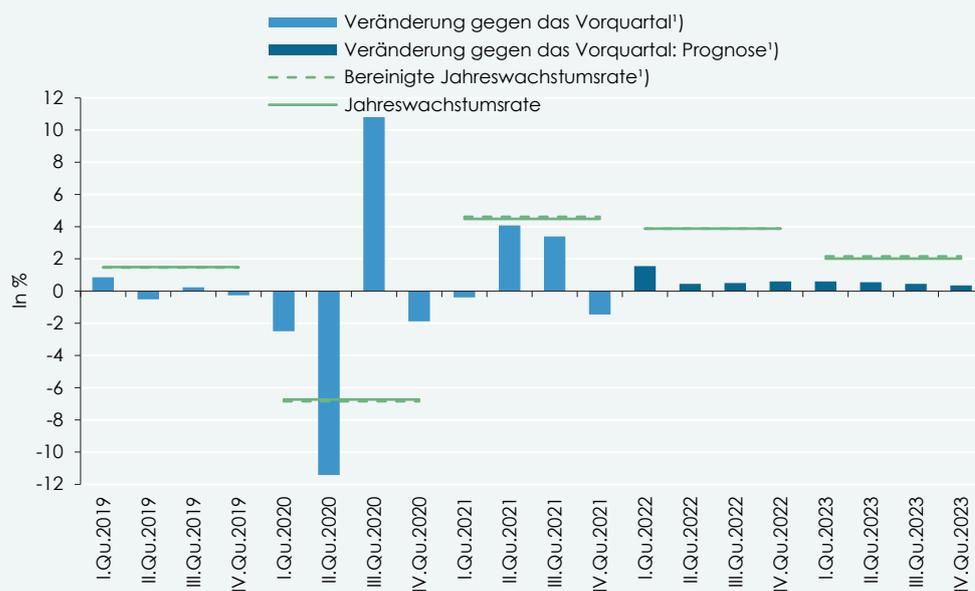
Übersicht 3: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2020	2021	2022	2023
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	- 0,2	+ 0,6	+ 1,5	+ 0,8
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	- 6,1	+ 5,6	+ 3,1	+ 2,0
Jahreswachstumsrate	in %	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	- 6,8	+ 4,6	+ 3,9	+ 2,2
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	- 0,0	+ 0,1	± 0,0	- 0,1

Q: WIFO. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Abbildung 1: Konjunkturmodell Österreich

BIP, real



Q: WIFO. – ¹⁾ Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat.

Nach Ende des kurzen vierten Lockdown erholte sich die heimische Wirtschaft rasch. Laut dem Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) erreichte das BIP bereits Ende 2021 (Kalenderwoche 52) wieder das

Niveau der Woche vor dem vierten Lockdown (Kalenderwoche 45), während es zwischenzeitlich um über 5% eingebrochen war. Zwar kam es im Jänner 2022 im Zusammenhang mit der Omikron-Welle zu einer

¹⁾ Siehe dazu Schiman, S. (2021). Die Rezession 2020: Österreich im Ländervergleich. *WIFO Research Briefs*, (4). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/66933> und

Glocker, C., & Piribauer, P. (2021). The determinants of output losses during the Covid-19 pandemic. *Economics Letters*, 204.

weiteren leichten Dämpfung des BIP, doch bereits im Februar setzte sich der Aufschwung fort. In der zweiten Februarhälfte lag das BIP wieder über dem Vorkrisenniveau (einer durchschnittlichen Referenzwoche 2019) und war höher als in jeder Woche des IV. Quartals 2021. Trotz des Kriegsausbruchs in der Ukraine Ende Februar und den damit zusammenhängenden wirtschaftlichen Verwerfungen dürfte die starke Konjunktur im März noch angehalten haben und der BIP-Rückgang des IV. Quartals 2021 bereits kompensiert worden sein.

2.1 Annahmen zur Prognose

Die vorliegende Prognose stützt sich in den Annahmen über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik sowie über die Entwicklung der Weltwirtschaft, der Wechselkurse, der Rohstoffpreise und der Zinssätze auf den Informationsstand Mitte März 2022. Der Prognosehorizont reicht vom I. Quartal 2022 bis zum IV. Quartal 2023.

Hinsichtlich der COVID-19-Pandemie wird angenommen, dass sie mit der Omikron-

Welle zwei Jahre nach Ausbruch abklingt und keine neuerlichen Lockdown-Maßnahmen notwendig sein werden. Hinsichtlich der Fluchtbewegung infolge des Ukraine-Krieges geht das WIFO von insgesamt 5 Mio. Flüchtlingen aus, wovon 3% (150.000) nach Österreich kommen (in beiden Prognosejahren jeweils 75.000 Personen).

2.2 Fiskalpolitik weiter expansiv

Das Auslaufen der pandemiebedingten Unterstützungslösungen wird den Staatshaushalt 2022 deutlich entlasten. Zudem wird der öffentliche Konsum 2022 nach dem kräftigen Anstieg im Vorjahr preisbereinigt leicht zurückgehen. Die Beschäftigungsdynamik im öffentlichen Sektor und die Ausgaben für Tests und Impfungen nehmen ab. Das Auslaufen der temporären Umsatzsteuerbegünstigung in den Bereichen Beherbergung, Gastronomie und Kultur und der inflationsbedingte starke Anstieg des privaten Konsums zu laufenden Preisen erhöhen 2022 das Aufkommen an indirekten Steuern. Die CO₂-Bepreisung sorgt für zusätzliche Einnahmen.

Die Stützungsprogramme werden zurückgefahren, Steuersenkungen und Teuerungsausgleiche sorgen aber weiterhin für einen expansiven Kurs.

Übersicht 4: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	In % des BIP					
Budgetpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	0,2	0,6	- 8,3	- 5,3	- 2,4	- 1,1
Primärsaldo des Staates	1,8	2,0	- 7,0	- 4,2	- 1,4	- 0,2
Staatseinnahmen	48,9	49,2	48,7	50,1	48,9	48,9
Staatsausgaben	48,7	48,6	57,1	55,5	51,3	50,0
	In%					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	- 0,3	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	0,3
Sekundärmarktrendite ²⁾	0,7	0,1	- 0,2	- 0,1	0,6	1,0

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Mehrausgaben ergeben sich im Prognosezeitraum aus dem regionalen Klimabonus, der Grundversorgung und Integration der Flüchtlinge, diversen Maßnahmen zur Abfederung der stark gestiegenen Inflation und der COVID-19-Investitionsprämie. Die Reduktion der Einkommensteuersätze in der 2. und 3. Tarifstufe, die Erhöhung von Familienleistungen ("Familienbonus Plus") sowie die Senkung der Krankenversicherungsbeiträge für Selbständige verringern die Staatseinnahmen. Trotz des prognostizierten Anstiegs der Sekundärmarktrendite auf Staatsanleihen nehmen die Zinsausgaben des Staates weiter ab, da höherverzinsten Anleihen rollierend ersetzt werden können. Nach einem Defizit von 5,3% im Vorjahr wird sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo 2022 auf -2,4% und 2023 auf -1,1% verbessern.

2.3 Warenausfuhr durch Produktions-schwierigkeiten gedämpft

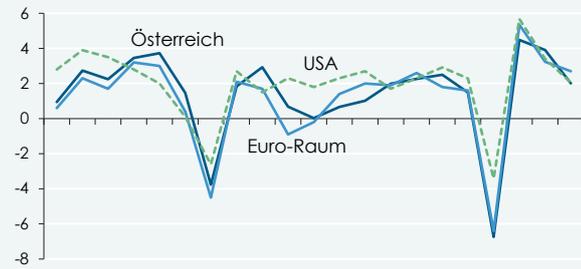
Nach dem Exportboom 2021, der von der kräftigen internationalen Investitionskonjunktur getragen wurde, schwächt sich die Dynamik im Warenaußenhandel 2022 markant ab. Zum einen ist das Aufholpotential im Welthandel weitgehend ausgeschöpft, zum anderen bremsen Lieferengpässe und Materialmangel weiterhin weltweit die Produktion. Die Kfz-Industrie – ein wichtiger Teilbereich der österreichischen Exportwirtschaft – wird durch eine Knappheit an Halbleitern beeinträchtigt. Zudem schlägt sich die starke Betroffenheit der deutschen Kfz-Industrie vom Halbleitermangel nunmehr zeitverzögert im österreichischen Warenaußenhandel nieder.

Produktionsschwierigkeiten dämpfen die Nachfrage nach heimischen Exporten. Der kräftige Lageraufbau bei Vorprodukten und Energie stützt hingegen die Impordynamik.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

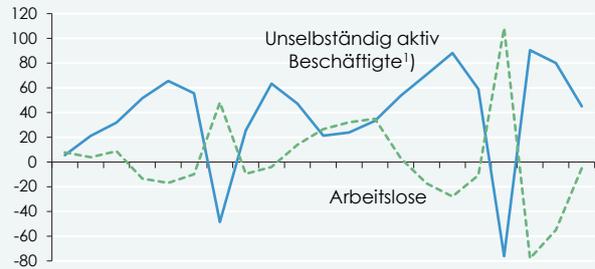
Wirtschaftswachstum

In %



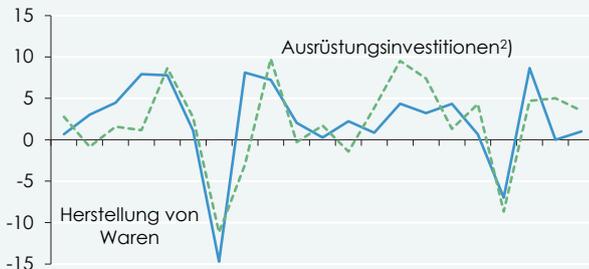
Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



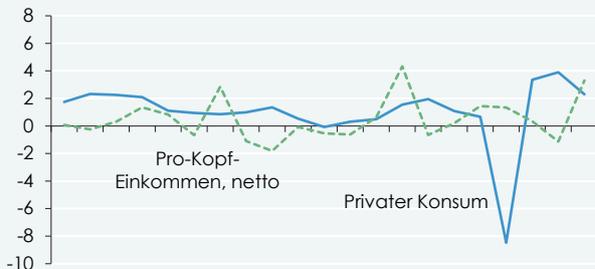
Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



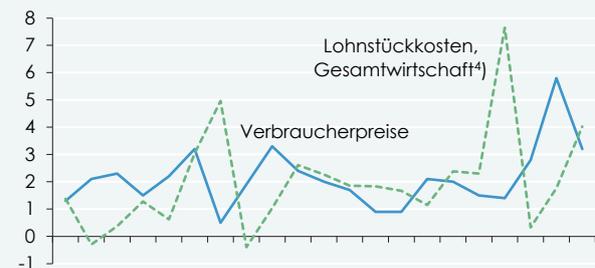
-Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



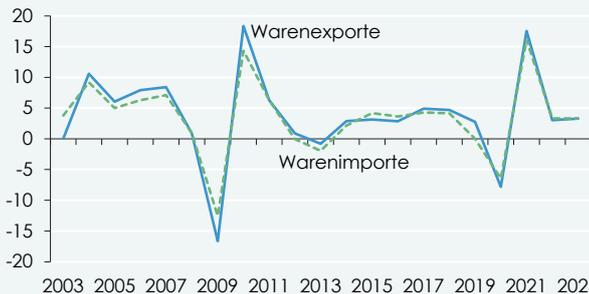
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – 1) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung; Bruch 2007/08 wegen Umstellung der Beschäftigtenstatistik. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme. – 3) Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – 4) Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – 5) Prognose: Europäische Kommission.

Auch wenn die Auslandsauftragsbestände bis zuletzt hoch und die Exporterwartungen anhaltend optimistisch waren, werden der Ukraine-Krieg und die damit zusammenhängenden Sanktionen gegen Russland den österreichischen Außenhandel aus mehreren Gründen beeinträchtigen. Zum einen fällt der direkte Warenhandel mit Russland größtenteils aus. Dabei wirken sich neben dem

Ausschluss bestimmter Gütergruppen die Beschränkungen auf den Kapital- und Finanzmärkten, die den Handel mit sämtlichen Waren beeinträchtigen, negativ auf den Außenhandel aus. Zum anderen leidet dieser unter dem starken Anstieg der Energiepreise und der Verschärfung der Lieferengpässe, u. a. durch die Beeinträchtigung von Transit-routen im Schienen- und Flugverkehr.

Übersicht 5: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	246,32	257,05	262,84	267,23	- 6,3	+ 4,4	+ 2,3	+ 1,7
Private Haushalte ¹⁾	174,88	180,74	187,79	192,11	- 8,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3
Staat	71,41	76,22	75,03	75,12	- 0,5	+ 6,7	- 1,6	+ 0,1
Bruttoinvestitionen	90,33	95,75	101,19	103,78	- 4,6	+ 6,0	+ 5,7	+ 2,6
Bruttoanlageinvestitionen	88,12	91,64	94,88	97,27	- 5,2	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5
Ausrüstungen ²⁾	28,40	29,73	31,22	32,31	- 8,7	+ 4,7	+ 5,0	+ 3,5
Bauten	39,70	40,94	41,93	42,68	- 3,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,8
Sonstige Anlagen ³⁾	19,97	20,95	21,79	22,38	- 3,2	+ 4,9	+ 4,0	+ 2,7
Inländische Verwendung	337,18	354,51	365,27	372,29	- 5,8	+ 5,1	+ 3,0	+ 1,9
Exporte	191,59	215,91	229,08	237,93	- 10,8	+ 12,7	+ 6,1	+ 3,9
Reiseverkehr	9,38	6,60	11,80	13,29	- 43,9	- 29,6	+ 78,8	+ 12,6
Minus Importe	180,59	206,75	216,18	224,34	- 9,4	+ 14,5	+ 4,6	+ 3,8
Reiseverkehr	3,35	6,06	9,30	10,30	- 63,6	+ 81,0	+ 53,6	+ 10,7
Bruttoinlandsprodukt	348,36	363,98	378,22	385,81	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0
Nominell	379,32	403,37	433,65	457,95	- 4,6	+ 6,3	+ 7,5	+ 5,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Übersicht 6: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2020	2021	2022	2023	2020	2021	2022	2023
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,20	4,47	4,47	4,47	- 3,1	+ 6,4	± 0,0	± 0,0
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	61,37	66,75	66,75	67,42	- 7,1	+ 8,8	± 0,0	+ 1,0
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	9,67	10,68	10,15	9,94	- 1,4	+ 10,4	- 5,0	- 2,0
Bauwirtschaft	18,98	19,55	19,94	20,22	- 3,0	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,4
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	38,40	41,19	42,75	44,08	- 4,2	+ 7,3	+ 3,8	+ 3,1
Verkehr	16,36	17,42	18,81	19,19	- 13,0	+ 6,5	+ 8,0	+ 2,0
Beherbergung und Gastronomie	9,79	8,23	13,52	14,82	- 40,1	- 15,9	+ 64,2	+ 9,6
Information und Kommunikation	13,21	13,68	14,03	14,31	- 1,7	+ 3,6	+ 2,5	+ 2,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,08	16,45	17,23	18,00	+ 5,1	+ 2,3	+ 4,7	+ 4,5
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,17	31,60	32,23	32,39	+ 0,3	+ 1,4	+ 2,0	+ 0,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	30,98	33,36	34,03	34,88	- 8,1	+ 7,7	+ 2,0	+ 2,5
Öffentliche Verwaltung ²⁾	54,30	55,55	56,39	56,95	- 3,7	+ 2,3	+ 1,5	+ 1,0
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	7,23	7,32	7,40	7,62	- 19,7	+ 1,3	+ 1,0	+ 3,0
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	311,08	324,82	337,85	344,70	- 6,8	+ 4,4	+ 4,0	+ 2,0
Bruttoinlandsprodukt	348,36	363,98	378,22	385,81	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Auf der Importseite klingt der Nachfrageboom nach dauerhaften Konsumgütern ab. Die Materialengpässe in der Industrie und

Verschiebungen von Investitionen wirken dämpfend. Andererseits begünstigen die neu entstandenen Unsicherheiten und

Verwerfungen im Welthandel den Aufbau von Vorsichtslagern. Zudem ist im 1. Halbjahr 2022 mit hohen Energieimporten (zu hohen Preisen) zu rechnen, um die Lager zu füllen. Insgesamt fällt daher der negative Effekt des Ukraine-Krieges bei den Warenimporten etwas geringer aus als auf der Exportseite.

Mit der Verteuerung der Energiepreise geht eine deutliche Verschlechterung der Terms-of-Trade einher. Die Handelsbilanz wird sich insbesondere aufgrund der stark negativen Energiehandelsbilanz verschlechtern. Auf Basis der Prognose für die internationale Konjunktur ergibt sich für den österreichischen Warenexport 2022 ein Marktwachstum von über 4%. Da der Ukraine-Krieg den Euro-Raum und insbesondere das zentraleuropäische Umfeld stärker betrifft als andere Regionen der Welt, dürfte Österreich jedoch Marktanteile einbüßen.

2.4 Sachgüterzeugung stagniert

Die schnelle und kräftige Erholung der weltweiten Industrieproduktion führte ab dem Frühjahr 2021 zunehmend zu Lieferengpässen, die auch in Österreich Produktionsausfälle und -verzögerungen nach sich zogen. So meldeten laut WIFO-Konjunkturtest vom Oktober 2021 42% der befragten Sachgütererzeuger, primär durch Material- oder Kapazitätsmangel in ihrer Produktion eingeschränkt zu sein. In der Jänner-Befragung ging dieser Anteil zwar auf 35% zurück, lag aber immer noch weit über dem langjährigen Durchschnitt. Besonders betroffen ist aufgrund der Lieferschwierigkeiten bei Halbleitern die Kfz-Industrie. Der Materialmangel zeigt sich aber auch in vielen anderen Branchen.

Aufgrund der Verteuerung von Vorprodukten schwächt sich das Wachstum der Wertschöpfung ab. Angesichts der äußerst guten Auftragslage war jedoch der Optimismus der Unternehmen bis zum Ausbruch des Ukraine-Krieges ungebrochen und die Kapazitätsauslastung überdurchschnittlich. Die Mehrzahl der Unternehmen berichtete zuletzt von einem weiteren Anstieg der Auftragsbestände und rechnete für die nächsten Monate mit Produktionsausweitungen und einer Verbesserung der Geschäftslage.

Durch den Kriegsausbruch dürfte sich die heimische Industriekonjunktur aber deutlich eintrüben. In Einzelfällen werden bereits konkrete Exportbeschränkungen bzw. Lieferausfälle schlagend (z. B. Kabelbäume für die Kfz-Industrie). Der starke Anstieg der Energiekosten wird die Ertragslage der Unternehmen belasten. Die Verteuerung von Erdgas treibt zudem den Preis für elektrischen Strom, da die Grenzproduktion von Strom mit Hilfe von Erdgas erfolgt. Der Anstieg des Erdgaspreises trifft also mittelbar auch viele energieintensive Unternehmen, die selbst kein Erdgas in der Produktion einsetzen. Die hohe

Abhängigkeit von russischem Erdgas und die entsprechend geringe Versorgungssicherheit könnten zudem Abnehmer der österreichischen Grundstoffindustrie dazu bewegen, die geografische Verteilung ihrer Lieferketten zu überdenken.

Statt eines robusten Wachstums von über 3%, wie in der letzten WIFO-Prognose vom Dezember 2021 erwartet, rechnet das WIFO für 2022 daher nur mehr mit einer Stagnation der Bruttowertschöpfung in der Herstellung von Waren. In der Energieerzeugung dürfte auf den Rückgang der nominellen Wertschöpfung seit Ende 2021 mit zunehmender Preisüberwälzung 2022 auch eine Reduktion der Nachfrage und der realen Wertschöpfung folgen.

2.5 Investitionen leiden unter Materialmangel

Die Investitionsdynamik hat seit dem Frühjahr 2021 merklich an Schwung eingebüßt, Lockdowns und Lieferengpässe in vielen Teilbereichen der Wirtschaft verzögern die Umsetzung von Investitionsprojekten. Dennoch zeigt die Investitionsbefragung im WIFO-Konjunkturtest, dass die heimischen Unternehmen weiterhin mehrheitlich eine Ausweitung ihrer Investitionen planen. Diese Dynamik wird durch die Investitionsprämie staatlich gefördert. Ein Teil der 2021 aufgeschobenen Investitionen dürfte in den Folgejahren nachgeholt werden, insbesondere im Bereich Ausrüstungen. Sonstige Anlageinvestitionen – zu einem guten Teil zeitlich gebundene Lizenzen und Konzessionen – werden hingegen in geringerem Ausmaß nachgeholt.

In den kommenden Monaten wird das Investitionswachstum weiterhin von Engpässen bei Vorprodukten wie etwa Mikrochips belastet werden. Der Mangel an diesen zentralen Bauteilen dämpft u. a. die Investitionen in Informations- und Kommunikationstechnologien und betrifft wichtige Branchen wie die Kfz-Industrie. Aufgrund der Verschärfung der Lieferengpässe, etwa infolge des Ukraine-Krieges oder des neuerlichen COVID-19-bedingten Lockdown in Shenzhen werden Unternehmen noch stärker als bisher bestrebt sein, Material und Vorprodukte zu bevorraten oder alternative Lieferketten zu etablieren. Der Mangel an spezifischen Vorprodukten wird die Umsetzung bzw. Fertigstellung ganzer Investitionsprojekte noch längere Zeit hemmen.

Somit ergibt sich ein zwiespaltiges Investitionsumfeld. Einerseits werden Investitionen aufgrund der Unsicherheit und der Lieferengpässe aufgeschoben, andererseits werden sie über die Investitionsprämie in beträchtlichem Ausmaß staatlich gefördert. Zudem dürften Unternehmen den Aufbau alternativer Lieferketten mittelfristig als notwendig erachten, um etwa die Abhängigkeit von ukrainischen oder russischen Zulie-

Die Lieferengpässe und der starke Preisanstieg bremsen die heimische Produktion. Die Auftragsbestände sind aber weiterhin hoch.

Aufgrund des Materialmangels werden etliche Investitionsprojekte verschoben oder storniert. 2023 laufen die Vorzieheffekte der Investitionsprämie aus.

ferem zu reduzieren. In Summe dürften die Bruttoinvestitionen 2022 erneut kräftiger expandieren als die Bruttoanlageinvestitionen. 2023 dürfte die Investitionsdynamik dann nachlassen, vor allem, weil die Vorzieheffekte der Investitionsprämie auslaufen.

2.6 Kräftige Bauproduktion trotz hoher Materialpreise

In der Bauwirtschaft, wo der krisenbedingte Einbruch bereits 2021 fast vollständig kompensiert wurde, herrscht weiterhin Optimismus. Die Kapazitätsauslastung und die Auftragsbestände sind hoch, die Preise steigen stark. Auch in diesem Bereich meldeten die Unternehmen zuletzt einen Mangel an Material und Arbeitskräften, der die Baukonjunktur bremst und zu den starken Preisanstiegen beiträgt. Der Anteil der Unternehmen, die keine Produktionshindernisse meldeten, stieg zuletzt zwar auf 32%, lag damit aber immer noch klar unter dem langjährigen Durchschnitt von knapp 50%. Unter den teuren Vorprodukten leidet die Wertschöpfung. Die Nachfrage ist jedoch ungebrochen; die Wertschöpfung dürfte daher auch 2022 um 2% zulegen und 2023 abgeschwächt wachsen.

2.7 Tourismus wird zur Stütze der Konjunktur

Die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie hatte sich bis Anfang September 2021 kontinuierlich erholt. Wegen des Anstiegs der Infektionszahlen und der Verhängung von Reisewarnungen trübten sich die Aussichten danach zunehmend ein. Mit Inkrafttreten der behördlichen Einschränkungen – 2-G-Regel ab 8. November 2021, Lockdown für Ungeimpfte ab 15. November 2021, allgemeiner Lockdown ab 22. November 2021 – kam die touristische Aktivität weitgehend zum Stillstand. Mit der Aufhebung des allgemeinen Lockdown am 12. Dezember verbesserte sich die Situation jedoch rasch. In zahlreichen Beherbergungsbetrieben erreichte die Buchungslage in den Weihnachtsferien ein Niveau wie vor Ausbruch der COVID-19-Pandemie.

Durch die rasche Verbreitung der neuen Omikron-Variante des SARS-CoV-2-Virus kletterte die Zahl der Neuinfektionen Anfang 2022 zwar europaweit auf neue Höchststände, dies trübte die Stimmungslage im Tourismus allerdings nur vorübergehend etwas ein. Die Aufhebung des Lockdown für Ungeimpfte mit Ende Jänner 2022, die Abschaffung der 2-G-Regel Mitte Februar 2022 und die (neuerliche) Aufhebung der Einstufung Österreichs als Hochrisikoland durch Deutschland Anfang März 2022 verliehen der Tourismus- und Freizeitwirtschaft weitere Impulse. Der Städtetourismus leidet allerdings weiterhin unter dem Ausbleiben von Fernreisenden, der Absage von Veranstaltungen und dem Rückgang von Geschäftsreisen. Zudem ist auch der Tourismus von der

Beschleunigung der Inflation betroffen. Die Anhebung der krisenbedingt gesenkten Mehrwertsteuersätze auf das ursprüngliche Niveau mit Anfang 2022 wirkt zusätzlich preistreibend.

Unter dem Krieg in der Ukraine leidet vor allem die touristische Nachfrage aus Asien und Nordamerika. Dämpfend wirkt dabei nicht nur das unsichere Umfeld in Europa, sondern auch der Anstieg der Flugpreise durch verlängerte Flugrouten und die Verteuerung von Kerosin. Zudem ist davon auszugehen, dass Ankünfte aus Russland und aus der Ukraine komplett ausfallen (Nächtigungsanteil beider Länder 2019: Österreich insgesamt 1,1%, Wien 4,2%). Obwohl unklar ist, ob bzw. wie stark sich der Ukraine-Krieg auch auf die touristische Auslandsnachfrage aus anderen europäischen Quellmärkten auswirkt und wie sich etwaige Effekte auf die verschiedenen Herkunftsländer verteilen, ist eine Abwärtsrevision der Tourismusprognose erforderlich. 2022 dürfte die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie zwar um knapp zwei Drittel höher sein als im Vorjahr und damit über 2 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum beitragen. Sie liegt damit aber noch um 17% unter dem Vorkrisenniveau von 2019.

2.8 Preise steigen markant

Angefacht durch hohe Rohstoff- und Energiepreise sowie höhere Transportkosten (Containerfrachtraten) stieg die Inflation im Lauf des Jahres 2021 stark an, besonders bei Treibstoffen, Energie für Wohnen und (dauerhaften) Konsumgütern. Der Preisauftrieb im Bereich Energie hat sich Anfang 2022 weiter beschleunigt und wird aufgrund der durch den Ukraine-Krieg und die Russland-Sanktionen erzeugten Turbulenzen auf den internationalen Rohstoffmärkten hoch bleiben. Im Jahresdurchschnitt 2022 dürften die Verbraucherpreise um fast 6% zulegen. Der Höhepunkt der unterjährigen Preisdynamik wird für April und Mai 2022 mit monatlichen Inflationsraten um 7% erwartet. Bis Jahresende 2022 dürften die Inflationsraten dann leicht auf rund 5% zurückgehen.

Die Energiepreise machen die Hälfte der Gesamtinflation 2022 aus, obwohl der Bereich Energie lediglich einen Anteil von 7,4% am VPI-Warenkorb stellt. Auf Basis der Annahme zur Entwicklung des Rohölpreises ergibt sich 2023 bei Mineralölprodukten ein Rückgang des Preisniveaus gegenüber dem Vorjahr und damit ein negativer Inflationsbeitrag. Da die Haushaltspreise für Erdgas und Strom verzögert auf die Preisentwicklung auf den europäischen Großmärkten reagieren, werden in diesem Bereich auch 2023 Preissteigerungen erwartet. Der Bereich Energie wird daher auch im kommenden Jahr noch zur Gesamtinflation beitragen, wenngleich in einem geringeren Ausmaß als 2022. Neben der Energie sind Konsumgüter

Die hohen Materialpreise belasten zwar die Wertschöpfung im Bauwesen, die Nachfrage bleibt aufgrund der günstigen Finanzierungsbedingungen aber hoch.

Der Aufschwung im Tourismus setzte früher und kräftiger ein als erwartet. Der Bereich Beherbergung und Gastronomie wird im Prognosezeitraum zur wichtigsten Konjunkturstütze.

Die hohen Energiepreise treiben die Inflation 2022 zeitweise auf 7%. Die zeitversetzte Weitergabe des Rohstoffpreisanstiegs an die Endkunden sorgt dafür, dass der Preisauftrieb auch 2023 kräftig bleibt.

eine weitere Quelle von Preissteigerungen. Der dortige Preisauftrieb dürfte 2022 etwa dreimal so stark und auch 2023 noch doppelt so stark ausfallen wie im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2020. Darin spiegelt sich der Anstieg der Erzeuger- und Importpreise von Konsumgütern, der seinerseits von der kräftigen Verteuerung von Rohstoffen, Vorprodukten und Transportkosten getrieben wird.

Bei den Nahrungs- und Genussmitteln wird für 2022 ebenfalls mit einem markanten Preisanstieg gerechnet. Stark verzögert wirken sich hierin die Preissteigerungen bei agrarischen Vorprodukten und im Bereich Transport und Verpackung im Jahr 2021 aus. Im Jahresverlauf 2022 werden noch weitere Preisanstiege erwartet, die auf die hohen Treibstoffpreise (maschinenintensive Produktion), die Erdgaspreise (Düngemittel) und den Ukraine-Krieg (geringeres Angebot an Getreide und Ölsaaten aus der Ukraine und Russland) zurückzuführen sind. Auch für 2023 wird aufgrund des teilweise geringeren weltweiten Angebotes aus den Ernten 2022 und

höheren Produktionskosten mit einer überdurchschnittlichen Preissteigerung bei Nahrungs- und Genussmitteln gerechnet.

Ein weiterer Impuls geht 2022 vom Auslaufen der reduzierten Mehrwertsteuersätze in den Bereichen Beherbergung, Gastronomie und Kultur aus, die von Juli 2020 bis Dezember 2021 in Kraft waren. Während die temporäre Senkung der Steuersätze auf 5% keine nennenswerten Preiseffekte hatte, dürfte die Anhebung teilweise an die Endverbraucherinnen und -verbraucher weitergegeben werden (asymmetrische Wirkung), wodurch die Inflationsrate 2022 um 0,4 Prozentpunkte steigt. Die Anpassung der Richtwertmieten im April 2022 sowie die ab Juli 2022 wirksame CO₂-Bepreisung liefern weitere Inflationsbeiträge von jeweils knapp 1/10 Prozentpunkt. Die in der Herbstlohnrunde 2022 zu erwartenden kräftigen Lohnsteigerungen werden 2023 zu stärkeren Preissteigerungen führen, insbesondere in beschäftigungsintensiven Dienstleistungen. Somit wird sich der Preisauftrieb 2023 zwar auf 3,2% abschwächen, aber dennoch schwungvoll bleiben.

Übersicht 7: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf ¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,0	+ 3,4	+ 4,8
Real ²⁾						
Brutto	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2	- 2,3	+ 1,6
Netto	+ 0,2	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,3	- 1,1	+ 3,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde ³⁾						
Real ²⁾ , netto	+ 0,3	+ 0,9	+ 9,2	- 2,9	- 2,6	+ 3,0
In%						
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	68,8	69,1	70,2	70,0	70,5	70,6
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Lohnstückkosten ⁵⁾ , nominell						
Gesamtwirtschaft	+ 2,4	+ 2,3	+ 7,6	+ 0,3	+ 1,8	+ 4,0
Herstellung von Waren	+ 1,7	+ 3,3	+ 6,2	- 3,6	+ 5,2	+ 3,8
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren ⁶⁾						
Nominell	+ 1,8	- 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,3
Real	+ 1,7	- 1,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,3	+ 1,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen, bereinigt um die Veränderung des Anteiles der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995. – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

2.9 Lohnzuwächse beschleunigen sich

Die Lohnabschlüsse vom Herbst 2021 lagen deutlich über jenen der Vorjahre, weshalb für 2022 ein Anstieg der Nominallöhne pro Kopf um 3,4% erwartet wird – dies wäre der höchste Zuwachs seit 1994. Gleichzeitig wird

für 2022 preisbereinigt mit dem stärksten bisher gemessenen²⁾ Rückgang der Pro-Kopf-Löhne gerechnet (-2,3%). Diese widersprüchliche Dynamik ist zwei Faktoren geschuldet: Die Beschleunigung der Bruttonominallohnzuwächse resultiert aus der starken Nachfrage nach Arbeitskräften. Der Brutto-

²⁾ Die Zeitreihe reicht bis 1954.

reallohnverlust folgt hingegen aus den unerwarteten Importpreisanstiegen der letzten Monate, die die im Herbst 2021 ausverhandelten Lohnsteigerungen weit übertreffen. Selbst die Entlastungen im Bereich der Einkommensteuer, die im Laufe des Jahres 2022 in Kraft treten, können den Reallohnverlust nicht wettmachen.

Vor dem Hintergrund des sehr hohen Preisauftriebs, des Reallohnverlustes 2022 und der Arbeitskräfteknappheit rechnet das WIFO für Herbst 2022 mit höheren Lohnabschlüssen als

im Vorjahr, sodass die Bruttonominallöhne 2023 um knapp 5% pro Kopf anziehen. Mit dem Abflauen der Inflationsdynamik dürfte damit ein Bruttorealohnzuwachs von 1½% erzielt werden. Da die Abgabenreduktion im Zuge der Steuerreform 2023 vollständig wirksam wird, ergibt sich für 2023 ein Nettoreallohnzuwachs von über 3% pro Kopf. Die bereinigte Lohnquote steigt im Prognosezeitraum weiter an und entspricht wieder dem durchschnittlichen Niveau der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre (siehe dazu den Kasten "Droht eine Lohn-Preis-Spirale?").

Trotz des kräftigen Anstiegs der Nominallöhne kommt es 2022 aufgrund der hohen Inflation zu deutlichen Reallohnverlusten. Umso höher dürften die Lohnzuwächse 2023 ausfallen.

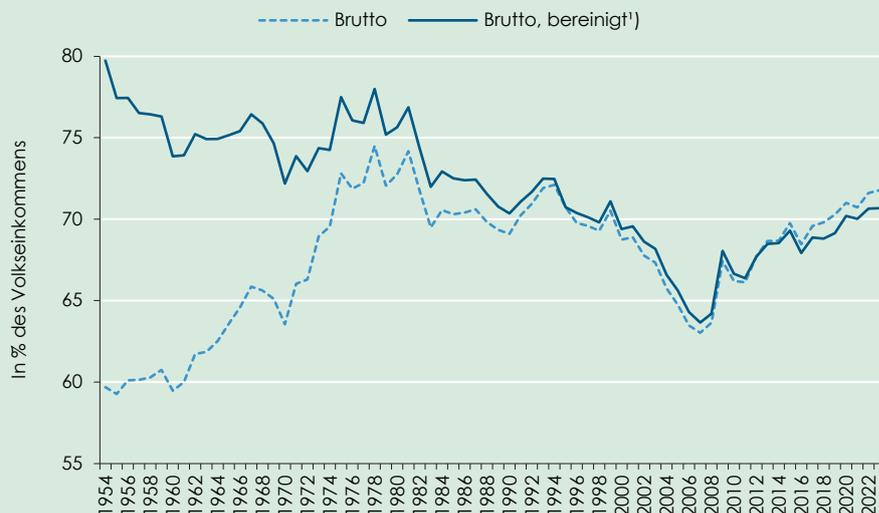
Droht eine Lohn-Preis-Spirale?

Die Inflation in Österreich ist derzeit durch die hohen Rohstoff- und Energiepreise getrieben. In der aktuellen Debatte wird allerdings oft die Frage aufgeworfen, ob es im Zuge der sehr hohen Inflation zu einer "Lohn-Preis-Spirale" kommen könnte. Dies wäre dann der Fall, wenn die Lohnabschlüsse den Preissteigerungen entsprechend hoch ausfallen und die Produktionskosten der Unternehmen in weiterer Folge neuerlich die Preise anfachen. Dieses Bild der Lohn-Preis-Spirale impliziert die Vorstellung immer stärkerer Preissteigerungen, also einer zunehmenden Beschleunigung der Lohn-Preis-Dynamik.

Die Löhne werden in Österreich üblicherweise verzögert an die Preisentwicklung und die Produktivität angepasst. Eine für viele Branchen maßgebliche Lohnrunde ist jene der metallverarbeitenden Industrie im Herbst jedes Jahres. Im Jahresverlauf finden jedoch viele weitere Kollektivvertragsverhandlungen statt, bei denen jeweils die aktuelle Inflationsentwicklung berücksichtigt wird. So fielen rezente Lohnabschlüsse bereits etwas höher aus als jene der "Metaller" im Herbst 2021. Die Nominallöhne dürften daher 2022 um gut ¼ Prozentpunkt stärker steigen als im Vorjahr.

2023 schlägt sich die hohe Inflation des Vorjahres dann in deutlich höheren Lohnsteigerungen nieder. Die Nominallöhne pro Kopf dürften um knapp 5% zunehmen, wodurch tatsächlich auch die Preise um einige Zehntelprozentpunkte stärker steigen werden als noch in der letzten WIFO-Prognose vom Dezember 2021 unterstellt. Dieser Lohn-Preis-Effekt verstärkt sich aber nicht weiter, sondern klingt in den Folgejahren ab. Von der (zeitverzögerten) Kompensation des Kaufkraftverlustes, der durch hohe angebotsbedingte Preissteigerungen verursacht wird, ist also keine Beschleunigung der Lohn-Preis-Spirale zu erwarten – anders als etwa bei einem breiten Vertrauensverlust in die Währung eines Landes oder in das gesamte Staatsgefüge (Hyperinflation). Sobald sich die Entspannung der Rohstoffpreise in einer Verlangsamung der Inflation niederschlägt, dürften auch die Lohnzuwächse wieder entsprechend angepasst werden. Im Falle neuerlicher Preisschocks würde sich diese Anpassung freilich verzögern.

Abbildung 3: **Entwicklung der Lohnquote**



Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ Lohnquote (Arbeitnehmerentgelte in Relation zum Volkseinkommen) bereinigt um die Veränderung des Anteils der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen gegenüber dem Basisjahr 1995.

Es stellt sich aber noch die Frage, ob die – wenn auch nur vorübergehende – Beschleunigung der Lohn-Preis-Dynamik die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Unternehmen im Ausland gefährdet. Ein wesentliches Merkmal der aktuellen Inflation ist ihr internationaler Charakter. Die Schocks gehen von den Rohstoffpreisen und Produktionsausfällen aus und trei-

ben die Erzeuger- und in der Folge die Verbraucherpreise. Dies ist nicht nur eine ungünstige Situation für die Unternehmen und die privaten Haushalte, sondern auch für die Zentralbanken, da die Belastung der Realwirtschaft durch derartige Preissteigerungen die Abwägung geldpolitischer Maßnahmen erschwert. Hinsichtlich der preislichen Wettbewerbsfähigkeit werden ausreichend diversifizierte Volkswirtschaften wie die europäischen jedoch im Großen und Ganzen keine Einbußen erleiden, da die Länder (wenn auch nicht die einzelnen Branchen) in ähnlichem Ausmaß von den Preis- und Lohnsteigerungen betroffen sind. Demnach wird sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Industrie gemessen am real-effektiven Wechselkurs trotz des kräftigen Preis- und Lohnauftriebs nicht wesentlich verschlechtern, weil sich die Preise und Löhne bei den Handelspartnern ähnlich entwickeln wie in Österreich.

Somit betrifft die Debatte um die Lohn-Preis-Spirale hauptsächlich die Verteilung des Volkseinkommens im Inland. Abbildung 2 zeigt die Entwicklung der Lohnquote in Österreich in den vergangenen sieben Jahrzehnten. Die Lohnquote zeigte spätestens seit den 1980er-Jahren bis zur Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 einen Abwärtstrend. Wird die Quote um den Rückgang der Selbständigen bereinigt, reicht dieser Abwärtstrend bis in die 1950er-Jahre zurück, als viele vormalig im primären Sektor tätige Arbeitskräfte als unselbständig Beschäftigte in den sekundären und tertiären Sektor wechselten. Im vergangenen Jahrzehnt schwenkte die Lohnquote auf einen moderaten Aufwärtstrend ein. Dies dürfte nicht zuletzt am starken Zustrom ausländischer Arbeitskräfte seit der Liberalisierung des Arbeitsmarktzugangs für Personen aus den osteuropäischen EU-Ländern in den Jahren 2011 und 2014 gelegen sein. Solche Arbeitskräfteangebotsschocks erhöhen zwar kurzfristig die Arbeitslosigkeit und dämpfen die Löhne, führen aber auch zu Beschäftigungszuwächsen und mittelfristig zu Reallohnsteigerungen¹⁾. Im Prognosezeitraum wird sich der Aufwärtstrend der Lohnquote fortsetzen. Trotz der kräftigen Zunahme des Arbeitskräfteangebotes in den letzten Jahren herrscht in Österreich nach wie vor eine hohe Nachfrage nach Personal.

¹⁾ Siehe dazu Foroni, C., Furlanetto, F., & Lepetit, A. (2018). Labor supply factors and economic fluctuations. *International Economic Review*, 59(3) sowie Schiman, S. (2021). Labor supply shocks and the Beveridge Curve – Empirical evidence from EU enlargement. *Review of Economic Dynamics*, 40.

Die Überwindung von erzwungenen Konsumpausen und die Normalisierung der Sparquote lassen den privaten Konsum steigen.

2.10 Erholung der Konsumnachfrage durch hohe Inflation gedämpft

Die Konsumausgaben der privaten Haushalte waren 2021 aufgrund der Öffnungs- und Schließungsphasen starken Schwankungen unterworfen. Zwar schränkten die behördlichen Maßnahmen die Konsummöglichkeiten deutlich ein, nach der Aufhebung waren jedoch auch die Erholungseffekte

kräftig. Wegen der pandemiebedingten Einschränkungen verschob sich die Nachfrage 2020 und 2021 dabei von den Dienstleistungen in Richtung der dauerhaften Konsumgüter sowie der Güter des täglichen Bedarfs (vor allem Lebensmittel). Laut WWVI lag der wöchentliche private Konsum im Durchschnitt der Monate Jänner und Februar 2022 wieder im Bereich des Vorkrisenniveaus 2019.

Übersicht 8: Konsum, Einkommen und Preise

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3
Dauerhafte Konsumgüter	+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+ 9,5	+ 3,5	+ 3,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 1,1	+ 0,7	- 9,1	+ 2,7	+ 3,9	+ 2,2
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 1,2	+ 1,6	- 2,0	- 0,2	- 0,2	+ 1,6
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,7	8,5	14,4	11,4	7,8	7,2
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	7,0	7,9	13,9	10,9	7,2	6,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 4,9	+ 4,4	+ 3,8	+ 6,5	+ 3,5	+ 3,5
Verbraucherpreise						
National	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 5,8	+ 3,2
Harmonisiert	+ 2,1	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 5,7	+ 3,2
Kerninflation ²⁾	+ 1,9	+ 1,6	+ 2,0	+ 2,1	+ 3,2	+ 2,6

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse).

Die Lockdowns 2021 führten zu erzwungenen Konsumpausen, wodurch ein Polster an Ersparnissen entstand. Die Sparquote der privaten Haushalte (ohne betriebliche Versorgungsansprüche) kletterte von unter 8% vor der COVID-19-Krise auf durchschnittlich 12½% in den Jahren 2020 und 2021. Allein durch die Überwindung der Lockdowns und die Normalisierung der Sparquote steigt der private Konsum 2022 wieder auf ein höheres Niveau. Dämpfend wirkt sich hingegen die gestiegene Unsicherheit infolge des Ukraine-Krieges aus, insbesondere die Sorge um den eigenen Arbeitsplatz. Für den privaten Konsum zu laufenden Preisen besteht insgesamt kaum Revisionsbedarf, er wird 2022 um knapp 10% expandieren. Der reale Konsum wird jedoch 2022 aufgrund der hohen Inflation um nur rund 4% und damit deutlich schwächer wachsen als in der letzten WIFO-Prognose angenommen.

2.11 Günstige Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt

Der kräftige Aufschwung führte auf dem Arbeitsmarkt zu einer beispiellosen Erholung, die selbst durch den vierten Lockdown nicht unterbrochen wurde. Im Februar 2022 lag die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten bereits um 2,4% über dem Vorkrisenniveau von Februar 2020, die Zahl der Arbeitslosen war um 9,4% geringer, die Arbeitslosenquote um 0,9 Prozentpunkte. Gleichzeitig war die Zahl der offenen Stellen zuletzt mehr als eineinhalbmals so hoch wie vor der COVID-19-Krise. Auch der krisenbedingte Anstieg der Langzeitbeschäftigungslosigkeit wurde bereits zu drei Vierteln wieder abgebaut.

Der Arbeitsmarkt befindet sich in einer Phase der Hochkonjunktur. Der Einsatz von Kurzarbeit dürfte die Beschäftigung in der Industrie stabilisieren.

Übersicht 9: Arbeitsmarkt

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 91,6	+ 61,4	- 76,7	+ 95,4	+ 84,0	+ 48,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 88,0	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	+ 80,0	+ 45,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 33,7	+ 12,3	- 53,9	+ 28,1	+ 20,0	+ 8,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 54,4	+ 46,6	- 22,2	+ 62,4	+ 60,0	+ 37,0
Selbständige ²⁾	+ 3,6	+ 2,5	- 0,6	+ 5,0	+ 4,0	+ 3,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 13,2	+ 11,4	+ 9,9	+ 11,8	+ 43,6	+ 33,6
Erwerbspersonen ³⁾	+ 63,8	+ 50,6	+ 31,6	+ 17,5	+ 29,0	+ 43,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 27,9	- 10,8	+ 108,3	- 77,9	- 55,0	- 5,0
Personen in Schulung	- 3,4	- 6,8	- 4,9	+ 13,2	- 5,0	- 2,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	5,2	4,8	6,0	6,2	4,9	4,7
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	6,9	6,6	8,9	7,2	5,9	5,8
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	7,7	7,4	9,9	8,0	6,7	6,5
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 1,4	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,5	+ 1,6	- 2,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,2
Arbeitslose (laut AMS)	- 8,2	- 3,5	+ 35,9	- 19,0	- 16,6	- 1,8
Stand in 1.000	312,1	301,3	409,6	331,7	276,7	271,7

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechterm Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

Der Ukraine-Krieg wird den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt dämpfen. Bei Produktionsausfällen in der Industrie dürfte aber wieder Kurzarbeit eingesetzt werden, um qualifiziertes Personal zu halten. Daher dürften Beschäftigung und Arbeitslosigkeit weniger stark auf den Ukraine-Konflikt reagieren als

die Produktion und das Arbeitsvolumen. Das WIFO rechnet damit, dass die Hälfte der 150.000 bis Ende 2023 in Österreich ankommenden Ukraine-Flüchtlinge im erwerbsfähigen Alter sind und davon wiederum zwei Fünftel eine Stelle suchen werden, da es sich größtenteils um Frauen mit Betreuungs-

pfllichten handelt. Von diesen zusätzlichen 30.000 Erwerbspersonen dürften im Prognosezeitraum die Hälfte eine Beschäftigung aufnehmen. Mit der Aufnahme regulärer Beschäftigungsverhältnisse ist allerdings erst allmählich zu rechnen, da zunächst die Trauma- und Fluchtbewältigung im Vordergrund steht und Sprachkurse und gegebenenfalls Qualifizierungsmaßnahmen absolviert werden. 2022 werden die Auswirkungen

der Fluchtbewegung aus der Ukraine daher noch kaum auf dem österreichischen Arbeitsmarkt spürbar sein, 2023 wird der Arbeitslosigkeitsabbau gedämpft. Aufgrund der robusten Arbeitsmarktdynamik wird die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in den beiden Prognosejahren jedoch weiter abnehmen und die Beschäftigungsquote weiter steigen.

Übersicht 10: Produktivität

	2018	2019	2020	2021	2022	2023
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0
Geleistete Arbeitsstunden ¹⁾	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 5,1	+ 3,9	+ 1,5
Stundenproduktivität ²⁾	+ 0,5	- 0,1	+ 2,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,5
Erwerbstätige ³⁾	+ 1,8	+ 1,3	- 1,9	+ 2,5	+ 1,9	+ 1,1
Herstellung von Waren						
Produktion ⁴⁾	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,7	± 0,0	+ 1,0
Geleistete Arbeitsstunden ⁵⁾	+ 2,4	+ 0,8	- 6,2	+ 5,5	- 0,0	+ 0,1
Stundenproduktivität ²⁾	+ 1,9	- 0,1	- 0,8	+ 3,0	+ 0,0	+ 0,9
Unselbständig Beschäftigte ⁶⁾	+ 2,8	+ 1,5	- 1,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,1

Q: WIFO, Statistik Austria. 2022 und 2023: Prognose. – ¹⁾ Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ²⁾ Produktion je geleistete Arbeitsstunde. – ³⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ⁴⁾ Nettoproduktionswert, real. – ⁵⁾ Von unselbständig Beschäftigten geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ⁶⁾ Laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse).

3. Prognoserisiken

Es ist noch nicht abzusehen, wie sich der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine in den nächsten Wochen und Monaten entwickeln wird. Weitere Verschärfungen der Sanktionen gegen Russland und mögliche Gegenmaßnahmen, wie etwa temporäre Lieferstopps von Erdöl und Erdgas, hätten einen neuerlichen Preisschub bei Energie- und Rohstoffen zur Folge und würden die wirtschaftliche Dynamik insbesondere in den europäischen Ländern merklich dämpfen. Es ist allerdings auch das Gegenteil, eine rasche Entspannung des Konfliktes, denkbar, wodurch die Rohstoff- und Energiepreise rasch nachgeben würden.

Österreich bezog 2021 über 80% seines Erdgasbedarfs aus Russland. Eine spürbare Drosselung oder Unterbrechung dieser Erdgaslieferungen könnte neben den disruptiven Folgen für die heimische Produktion und einem weiteren kräftigen Anstieg der Erzeuger- und Verbraucherpreise auch markante Verhaltensänderungen bewirken. Die Stimmung der heimischen Bevölkerung könnte erneut

in eine Art Krisenmodus wechseln. Die Nachfrage nach Lebensmitteln und anderen Gütern des täglichen Bedarfs würde zunehmen, jene nach nicht unmittelbar lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen (insbesondere im Tourismus) hingegen zurückgehen. Investitionen würden auf Eis gelegt und die Finanzmärkte wären erneut starken Schwankungen unterworfen. Die heimische Wirtschaft könnte in diesem Fall abermals in eine Rezession schlittern.

Auch durch die COVID-19-Pandemie bestehen weiterhin Risiken. So ist nicht ausgeschlossen, dass sich das Infektionsgeschehen im Herbst wieder deutlich beschleunigt und gefährlichere Virusvarianten auftreten, die neuerliche Einschränkungen des öffentlichen Lebens nach sich ziehen. In diesem Fall wäre weltweit immer wieder mit lokalen Produktionsstopps zu rechnen, wodurch die Probleme in den Lieferketten noch länger anhalten würden. Zudem würden die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte erneut eingeschränkt.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, christine.kaufmann@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Produzierender Bereich

Diese Abgrenzung schließt die NACE-2008-Abschnitte B, C und D (Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden, Herstellung von Waren, Energieversorgung) ein und wird hier im internationalen Vergleich verwendet.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preis-

stabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <http://www.statistik.at/>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildienstler. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechter Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

Die WIFO Research Briefs präsentieren kurze wirtschaftspolitische Diskussionsbeiträge sowie kurze Zusammenfassungen von Forschungsarbeiten des WIFO. Sie werden unter Einhaltung der Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis und der wissenschaftlichen Politikberatung verfasst und dienen der Erhöhung der nationalen und internationalen Sichtbarkeit der WIFO-Forschungsergebnisse.

11/2022 Maßnahmenpakete gegen Teuerung. Potentielle Wirkung auf die privaten Haushalte

Marian Fink, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

Im Dezember 2021 und Jänner 2022 beschloss die Regierung Maßnahmen, die eine Abfederung der steigenden Verbraucherpreise für Haushalte und Unternehmen zum Ziel haben. Das Entlastungsvolumen beträgt rund 4 Mrd. €. Die Maßnahmen sind stark energie- und verkehrsbezogen und gleichen die verschlechterten Lebenslagen der Haushalte mit geringem Einkommen zu einem geringen Ausmaß aus. Eine mittelfristige Betrachtung zeigt allerdings, dass die steigenden Preise besonders im Bereich Wohnen mit den Maßnahmen nicht erreicht werden. Um die Lebenslagen besonders einkommensschwacher Haushalte zu verändern, braucht es weitere zielgerichtete Maßnahmen.

April 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69633>

Frühere Ausgaben

10/2022 Steigende Lebenshaltungskosten und Armut

Marian Fink, Christine Mayrhuber, Silvia Rocha-Akis

April 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69632>

9/2022 Tourismusanalyse November 2021 bis Februar 2022. Ukraine-Krieg dämpft Erwartungen für 2022

Oliver Fritz, Anna Burton

April 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69574>

8/2022 Flüchtlinge aus der Ukraine. Erwartete Entwicklung und Herausforderungen

Julia Bock-Schappelwein, Peter Huber

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69457>

7/2022 What is Driving the EU ETS Carbon Price?

Angela Köppl, Stefan Schleicher (WIFO), Jean-Yves Caneill (European Roundtable on Climate Change and Sustainable Transition)

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69454>

6/2022 Stark steigende Energiepreise – Optionen für eine Entlastung von Haushalten und Unternehmen

Josef Baumgartner, Gabriel Felbermayr, Claudia Kettner, Angela Köppl, Daniela Kletzan-Slamanig, Simon Loretz, Margit Schratzenstaller

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69453>

5/2022 Arbeitsangebot in der COVID-19-Krise und Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich

René Böheim, Marian Fink, Christine Zulehner

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69433>

4/2022 Automatisches Pensionssplitting wird Altersarmut der Frauen kaum reduzieren können

Christine Mayrhuber

März 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69434>

3/2022 Kurzanalyse zu den Entwicklungen in der Ukraine-Krise. Auswirkungen auf Österreich und die EU

Josef Baumgartner, Elisabeth Christen, Gabriel Felbermayr, Peter Huber, Stefan Schiman, Thomas Url

Februar 2022 • <https://www.wifo.ac.at/wwa/pubid/69423>

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/wifo_research_briefs

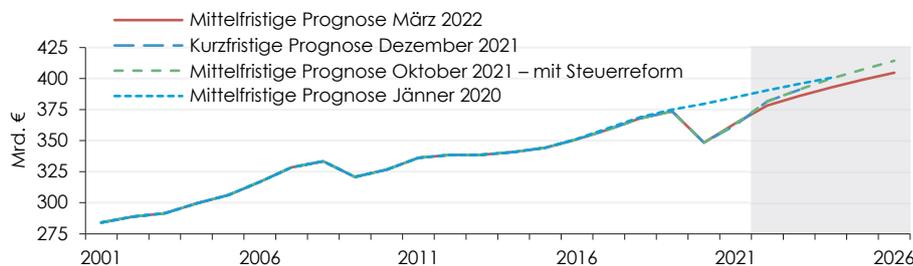
Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten

Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

- Österreichs Volkswirtschaft dürfte 2022 um 3,9% wachsen und damit trotz des Ukraine-Krieges noch kräftig expandieren. Im Vergleich zum Vorjahr ist das Wachstum jedoch deutlich geringer.
- Der internationalen Entwicklung folgend schwächt sich das BIP-Wachstum bis zum Ende des Prognosehorizontes im Jahr 2026 auf 1,4% ab.
- Die zunehmende Arbeitskräfteknappheit führt trotz Abschwächung des Wirtschaftswachstums zu einem merklichen Rückgang der Arbeitslosenquote. Sie erreicht bereits 2022 das Vorkrisenniveau und wird bis 2026 auf 6% sinken.
- Der Ukraine-Krieg erhöht die wirtschaftliche Unsicherheit, dämpft die Konsum- und Investitionsfreudigkeit und verteuert vor allem Energie. Aufgrund der stärkeren Abhängigkeit Österreichs von russischem Erdgas wird das heimische BIP bis 2026 um durchschnittlich 0,1 Prozentpunkt p. a. schwächer wachsen als im Euro-Raum.
- Der kräftige Preisauftrieb auf dem Weltmarkt, der bereits 2021 eingesetzt hatte, wird 2022 durch die Omikron-Welle in China und den Ukraine-Krieg noch verstärkt und verlängert. Getragen wird er insbesondere vom starken Anstieg der Energiepreise.
- Für 2022 wird in Österreich eine Inflationsrate von knapp 6% erwartet. Mittelfristig wird sich die Teuerung auf 2¼ Prozentpunkte abschwächen.
- Das Budgetdefizit sinkt heuer auf 2,4% des BIP und geht bis 2026 auf 0,4% zurück.

Szenarien der mittelfristigen WIFO-Prognose zur Entwicklung des realen Bruttoinlandsproduktes in Österreich



Österreichs Wirtschaft verzeichnete 2020 die schwerste Rezession seit der Nachkriegszeit (–6,7%). Der Rebound (2021 +4,5%) wird 2022 (+3,9%) durch den Ukraine-Krieg gedämpft. Das durchschnittliche BIP-Wachstum 2022/2026 dürfte um ½ Prozentpunkt schwächer ausfallen als noch in der mittelfristigen Prognose vom Oktober 2021 angenommen (Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen).

"Der Ukraine-Krieg dämpft auch die österreichische Wirtschaftsentwicklung. Im Vergleich zur letzten mittelfristigen Einschätzung vor Kriegsausbruch (Oktober 2021) erwartet das WIFO für 2022 ein um zumindest 1% geringeres Wirtschaftswachstum. Nach fünf Jahren dürfte das Niveau der Wirtschaftsleistung um rund 2¼% geringer sein."

Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten

Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026

Josef Baumgartner, Serguei Kaniovski, Hans Pitlik

Ukraine-Krieg trübt die mittelfristigen Wirtschaftsaussichten. Update der mittelfristigen Prognose 2022 bis 2026

Die österreichische Wirtschaft erholte sich 2021 spürbar von der COVID-19-Krise. Infolge des Ukraine-Krieges und der Omikron-Welle der COVID-19-Pandemie fallen die Wachstumsaussichten für 2022 (+3,9%) jedoch um 1 Prozentpunkt schwächer aus als noch letzten Herbst erwartet. Getragen von den internationalen Entwicklungen schwächte sich das BIP-Wachstum bis 2026 auf das mittelfristige Trendwachstum von rund 1½% ab (Ø 2022/2026 +2,1% p. a., Ø 2010/2019 +1,5% p. a.). Trotz dieser markanten Abschwächung bewirkt die durch den demografischen Wandel ausgelöste, zunehmende Arbeitskräfteknappheit im Prognosezeitraum einen merklichen Rückgang der Arbeitslosigkeit: Die Arbeitslosenquote erreicht bereits 2022 das Vorkrisenniveau und wird 2026 voraussichtlich bei 6% liegen. Die Omikron-Welle in China und vor allem der Ukraine-Krieg verstärken und verlängern den bereits seit 2021 auf den internationalen Märkten beobachteten kräftigen Preisauftrieb. Getragen wird er vor allem von stark steigenden Energie-, Rohstoff- und Vorproduktpreisen sowie einem markanten Anstieg der Transportkosten aufgrund von Kapazitätsengpässen und daraus resultierenden Lieferverzögerungen. In Österreich werden die Verbraucherpreise 2022 um knapp 6% und 2023 um 3¼% steigen. Die Inflationsrate dürfte jedoch auch in der mittleren Frist zumindest ¼ Prozentpunkt über dem 2%-Zielwert der EZB liegen. Obwohl heuer zusätzliche Ausgaben getätigt werden, um die Kaufkraftverluste infolge der hohen Inflation abzufedern und die Versorgung von Flüchtlingen aus der Ukraine sicherzustellen, liegt die für 2022 prognostizierte Defizitquote gegenüber der mittelfristigen Einschätzung vom Oktober 2021 (einschließlich Steuerreform) unverändert bei 2,4% des nominellen BIP. Dies ist auf einen inflationsbedingten Anstieg der Einnahmen zurückzuführen. Bis 2026 dürfte die Budgetdefizitquote auf 0,4% des BIP sinken.

JEL-Codes: E32, E37, E66, D31 • **Keywords:** Mittelfristige Prognose, Öffentliche Haushalte, Österreich, COVID-19

Der vorliegende Beitrag basiert auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose vom März 2022 für die Jahre 2022 und 2023 (Schiman & Ederer, 2022, in diesem Heft). Informationen, die bis zum 24. März 2022 vorlagen, wurden in dieser Prognose berücksichtigt. Nach dem 24. März 2022 veröffentlichte Daten, wie z. B. die von Statistik Austria veröffentlichten Informationen zum Staats- und Haushaltskonto (1. April 2022), konnten in die vorliegende Prognose nicht mehr aufgenommen werden. Die Berechnungen erfolgten mit dem makroökonomischen Modell des WIFO (Baumgartner et al., 2005). • Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wwadocs/form/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Begutachtung: Gabriel Felbermayr, Christian Glocker, Simon Loretz, Thomas Url • **Wissenschaftliche Assistenz:** Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at) • Berechnungen abgeschlossen am 24. 3. 2022, Text abgeschlossen am 2. 5. 2022

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Serguei Kaniovski (serguei.kaniovski@wifo.ac.at), Hans Pitlik (hans.pitlik@wifo.ac.at)

1. Überblick und grundlegende Annahmen

Die Aussichten für die Weltwirtschaft und Österreichs Volkswirtschaft haben sich seit der letzten mittelfristigen WIFO-Prognose vom Oktober 2021 (Baumgartner et al., 2021a) durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine deutlich verschlechtert. Das WIFO rechnete nach dem Abklingen der Delta-Welle der COVID-19-Pandemie, die zum vierten österreichweiten Lockdown und abermals zu einem Rückgang der saisonbereinigten Wirtschaftsleistung geführt hatte (IV. Quartal 2021 gegenüber dem Vorquartal), mit einem Rebound ab dem I. Quartal 2022. Mittelfristig wurde ein überwiegend konsumgetragenes¹⁾, robustes Wirtschaftswachstum von 2,6% p. a. prognostiziert (real), das deutlich kräftiger ausfallen sollte als im Durchschnitt der Jahre 2010/2019 (+1,5% p. a.).

Durch die Omikron-Welle (im I. Quartal 2022), den Ukraine-Krieg und die Sanktionen gegen Russland haben sich die mittelfristigen wirtschaftlichen Aussichten allerdings deutlich eingetrübt. Zugleich hat sich der Inflationsdruck – getrieben von den Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen sowie Engpässen in den weltweiten Lieferketten – weiter verstärkt. Vor diesem Hintergrund

rechnet das WIFO für den Zeitraum 2022 bis 2026 nur mehr mit einem durchschnittlichen BIP-Wachstum von 2,1% pro Jahr (real).

Die vorliegende mittelfristige Prognose baut auf der kurzfristigen WIFO-Konjunkturprognose von Ende März 2022 auf (Schiman & Ederer, 2022) und erweitert den Betrachtungshorizont bis zum Jahr 2026. Die Einschätzung der künftigen Wirtschaftsentwicklung ist derzeit stark von den Annahmen zum weiteren Verlauf des Ukraine-Krieges und zur Entwicklung der europäischen Energieimporte aus Russland abhängig: in der WIFO-Konjunkturprognose von März 2022 wurde unterstellt, dass insbesondere Erdöl und Erdgas weiter von Russland in die EU fließen und die EU-Sanktionen gegen Russland weiterhin keinen Importstopp dieser beiden Energierohstoffe umfassen. Aus Konsistenzgründen wurde diese Annahme auch für die Fortschreibung der Prognose für den Zeitraum 2024/2026 beibehalten, obgleich angenommen wurde, dass der Anteil an russischem Erdöl und Erdgas im importierten Energiemix zurückgeht. Eine qualitative Einschätzung zu den Folgen eines EU-Energieembargos auf russisches Erdöl und/oder Erdgas findet sich in Kapitel 4 (Prognoserisiken).

Durch den Ukraine-Krieg haben sich die Wirtschaftsaussichten seit der letzten mittelfristigen WIFO-Prognose deutlich eingetrübt.

2. Internationale Rahmenbedingungen

Im Jahr 2021 erlebte die Weltwirtschaft aufgrund der raschen Erholung von der COVID-19-Krise einen Boom. Das reale BIP der fünf für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Länder(-gruppen) wuchs 2021 um 5,4% (Ø 2010/2019 +2,1% p. a., höchstens +3,0%). In den Industrieländern hatte sich die Ausgabenstruktur der privaten Haushalte in der Krise zugunsten der (langlebigen) Konsumgüter verschoben, während sie in ihrer Vermögensveranlagung weiterhin auf (Wohn-)Bauinvestitionen fokussierten. Von der Erholung im Jahr 2021 profitierten daher insbesondere die Industrie und die Bauwirtschaft sowie die damit verbundenen produktionsnahen Dienstleistungsbereiche, wo die Produktion bereits im Frühjahr 2021 das Vorkrisenniveau überschritten hatte. Der weltweite Boom in diesen Sektoren führte zu einer vermehrten Nachfrage nach Energie, Rohstoffen und Vorprodukten für die Herstellung von Waren und einer starken Ausweitung des internationalen Warenhandels. Aufgrund von Kapazitätsbeschränkungen konnte das Angebot allerdings nicht mit der Nachfrage schritthalten. Dadurch stiegen sowohl die Weltmarktpreise für Energie und

Rohstoffe als auch die Frachtraten auf neue Höchststände.

Für 2022 und 2023 ist infolge des Ukraine-Krieges noch mit einer weiteren Beschleunigung des Energie- und Rohstoffpreisauftriebes und einer Verschärfung der Liefereinschränkungen zu rechnen, zu der auch die Null-COVID-Strategie in China beiträgt. Mittelfristig ist durch eine Ausweitung der Produktions- und Transportkapazitäten einerseits und das Nachlassen der wirtschaftlichen Dynamik andererseits eine Verringerung des Rohstoffpreisauftriebes, eine Entspannung der Liefereinschränkungen und eine Reduktion der Transportkosten zu erwarten.

Im Jahr 2021 war Russland der weltweit größte Exporteur von Erdgas, der zweitgrößte Exporteur von Erdöl und der drittgrößte Exporteur von Kohle, während Europa bei Erdgas (75%) und Erdöl (50%) die wichtigste Abnehmerregion war (U.S. Energy Information Administration, 2022)²⁾. Die enormen Preissteigerungen bei Erdöl (weltweit) und Erdgas (vor allem in Europa) im Jahr 2021, die durch den Angriffskrieg Russlands

Industrie, Bauwirtschaft und produktionsnahe Dienstleistungsbereiche profitierten weltweit von einer starken Erholung nach der COVID-19-Rezession.

¹⁾ Der private Konsum profitiert annahmegemäß vor allem von der Ersparnisbildung durch die eingeschränkten Konsummöglichkeiten in der COVID-19-Pandemie und von der Erhöhung des verfügbaren Haushaltseinkommens durch die Steuerreform 2022/2024.

²⁾ Russland ist mit einem jährlichen Exportvolumen zwischen 75 und 85 Mio. t auch der weltweit größte Weizenexporteur (rund 25% des weltweiten Exportvolumens, USDA), der größte Exporteur von Düngemitteln und ein wichtiger Lieferant von bestimmten Metallen wie Nickel, Palladium und Chrom.

auf die Ukraine seit Ende Februar 2022 noch einen weiteren Schub erhielten, treffen die europäische Wirtschaft durch ihre höhere Abhängigkeit von russischen Energierohstoffen zwar besonders hart, dämpfen jedoch die Entwicklung der gesamten Weltwirtschaft.

Vor dem Hintergrund der Omikron-Welle der COVID-19-Pandemie und des Ukraine-Krieges wurden die Annahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung der wichtigsten Handelspartnerregionen für das vorliegende Update der mittelfristigen Prognose gegenüber der Einschätzung vom Oktober 2021 angepasst³⁾.

Übersicht 1: Internationale Konjunktur

	Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	Ø 2022/ 2026	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %											
Euro-Raum	+ 0,8	+ 0,9	+ 2,2	- 6,5	+ 5,3	+ 3,2	+ 2,7	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,5	
MOEL 5 ¹⁾	+ 2,3	+ 3,0	+ 3,0	- 3,7	+ 5,3	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,0	+ 2,5	+ 2,0	
USA	+ 2,2	+ 1,9	+ 2,4	- 3,4	+ 5,7	+ 3,4	+ 2,1	+ 2,3	+ 2,2	+ 2,1	
Schweiz	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,7	- 2,4	+ 3,7	+ 2,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	
China	+ 7,4	+ 6,0	+ 5,1	+ 2,2	+ 8,1	+ 5,0	+ 5,5	+ 5,3	+ 5,1	+ 4,6	
Insgesamt, exportgewichtet ²⁾	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,4	- 5,0	+ 5,4	+ 3,4	+ 2,8	+ 2,3	+ 2,0	+ 1,8	
Annahmen zur Prognose											
Erdölpreis, Brent	\$ je Barrel	83	60	92	42	71	110	96	89	85	83
Wechselkurs	\$ je €	1,23	1,15	1,13	1,14	1,18	1,12	1,10	1,13	1,15	1,15
Internationale Zinssätze											
Dreimonatszinssatz	in %	0,1	- 0,4	0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,4	0,3	0,5	0,8	1,0
Sekundärmarktrendite Deutschland	in %	1,0	- 0,1	0,9	- 0,5	- 0,4	0,2	0,6	0,9	1,2	1,5

Q: WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ²⁾ Euro-Raum, MOEL 5, USA, Schweiz, China: gewichtet mit den österreichischen Exportanteilen.

Neben den Auswirkungen des Ukraine-Krieges (u. a. hohe Rohstoffpreise) hemmen auch pandemiebedingte Lieferverzögerungen, hohe Transportkosten sowie eine Knappheit an (qualifizierten) Arbeitskräften das Wachstum der Weltwirtschaft.

Das Marktwachstum der für die österreichische Exportwirtschaft wichtigsten Partnerländer wird sich von 3½% 2022 auf 1¾% 2026 abschwächen.

Für den **Euro-Raum** wird für 2022 nunmehr von einem Wachstum von 3,2% ausgegangen (statt +4,7%; real), das sich bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf das Trendwachstum von 1½% abschwächt. Für die **MOEL-5-Länder**, die aufgrund ihrer Vernetzung mit dem russischen Erdöl- und Erdgaspipelinesystem eine besonders hohe Abhängigkeit von russischer Energie aufweisen, werden die Wachstumsaussichten für 2022 ebenfalls kräftig von 5,2% auf 3,9% gesenkt (Abbildung 1).

China setzt aufgrund seiner strikten Null-COVID-Politik immer wieder weitreichende Lockdown- bzw. Quarantäne-Maßnahmen (z. B. in Shanghai und Peking) zur Eindämmung der Omikron-Welle. Das Wirtschaftswachstum in China dürfte sich daher von 8,1% im Jahr 2021 auf 5,0% (2022; mittelfristige WIFO-Prognose vom Oktober 2021 +5,8%) abschwächen und sich 2023 wieder auf 5,5% erhöhen. Bis zum Ende des Prognosezeitraumes wird dann eine neuerliche Abschwächung auf 4,6% erwartet. Da die Wirtschaft der **USA** in geringerem Ausmaß von russischer Energie abhängt, fallen die Abwärtsrevisionen durch den Ukraine-Krieg für die USA geringer aus. Zudem profitieren die

USA von der Verlagerung der europäischen Energienachfrage aus Russland nach Übersee (z. B. Flüssiggas). Für 2022 wird für die USA ein Wirtschaftswachstum von 3½% erwartet (mittelfristige WIFO-Prognose vom Oktober 2021+4%), das sich bis 2026 in Richtung des Trendwachstums von 2% verringert.

Rund 80% der österreichischen Exporte gehen in die EU, die USA und nach China. Gewichtet mit den heimischen Exportanteilen (Marktwachstum) wird die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in dieser Ländergruppe 2022 um rund 3½% wachsen. Bis 2026 wird das Marktwachstum dann auf rund 1¾% abnehmen.

Für das Jahr 2022 wird ein **Rohölpreis** (je Barrel der Sorte Brent) von 110 \$ unterstellt, der bis 2026 auf 82,5 \$ zurückgeht (jeweils im Jahresdurchschnitt). Die Annahmen des WIFO zur künftigen Entwicklung des Rohölpreises basieren auf den mittelfristigen Markterwartungen, wie sie die Futures-Notierungen für die Sorte Brent bis 2026 wiedergeben. Diese Markterwartungen spiegeln die unterschiedlichen Annahmen der Marktakteure von Mitte März 2022 wider⁴⁾.

³⁾ Für die Jahre 2022 und 2023 wurden die internationalen Annahmen von Schiman und Ederer (2022) übernommen. Für die Periode 2024 bis 2026 basieren die Annahmen zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft auf einer durch das WIFO angepassten Variante der Weltprognose von Oxford Economic Forecasting (Global Economic Forecast, Basisszenario) vom 22. März 2022.

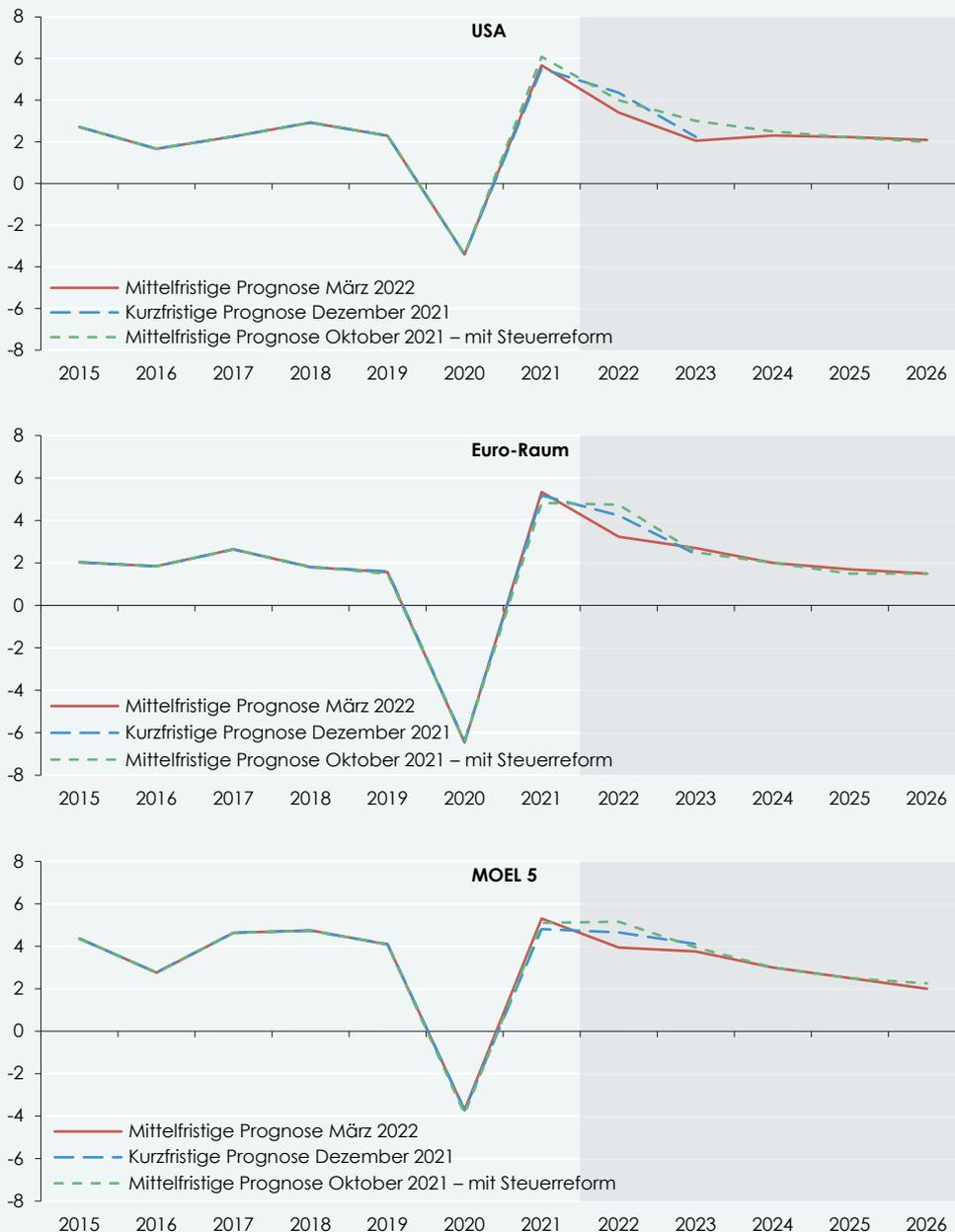
⁴⁾ Sie liegen zwischen den beiden Extremen eines ungehinderten Erdöflusses von Russland nach Europa und einer vollkommenen Einstellung der Erdöllieferungen (durch Russland oder aufgrund von Sanktionen der EU). Denkbar ist auch eine Drosselung der Liefermenge.

Für den **Wechselkurs** des **Dollar** gegenüber dem **Euro** wird auf der Basis der Markterwartungen, wie sie in den Futures-Notierungen

von Mitte März 2022 bis zum Jahr 2026 abgebildet wurden, mit einem leichten Anstieg von 1,12 \$ auf 1,15 \$ je € gerechnet.

Abbildung 1: **Angenommene Wirtschaftsentwicklung in drei wichtigen Handelspartnerregionen**

BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: WIFO-Berechnungen; Oxford Economics; IWF, World Economic Outlook. MOEL 5: Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei.

Hinsichtlich der **Geldpolitik der USA** wird in der ersten Jahreshälfte 2022 eine Anhebung der Leitzinsen (Federal Funds Rate) erwartet. Für die Folgejahre wird mit einer weiteren Straffung des geldpolitischen Kurses gerechnet. In der **europäischen Geldpolitik** dürfte 2022 zunächst der Ausstieg aus den krisenassoziierten Anleiheankaufprogrammen im

Mittelpunkt stehen. Eine Anhebung des Hauptrefinanzierungssatzes wird für Anfang 2023 erwartet. Für die weiteren Jahre bis 2026 wird für den Kurs der EZB eine weitere langsame Abkehr von der expansiven Ausrichtung unterstellt. Auf Basis dieses geldpolitischen Szenarios wird der Dreimonatsszinssatz im Euro-Raum 2022 bei -0,4% liegen und bis

Die Geldpolitik der EZB dürfte ab Jahresbeginn 2023 gestrafft werden. 2026 liegt die Sekundärmarktrendite für 10-jährige deutsche Bundesanleihen annahmemaß bei 1½%.

2026 auf voraussichtlich 1% ansteigen. Für die Sekundärmarktrendite auf 10-jährige deutsche Bundesanleihen wird ein Anstieg

von 0,2% 2022 auf 1½% im Jahr 2026 angenommen.

3. Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Österreich

3.1 Gesamtwirtschaftliche Nachfrage

Aufbauend auf der kurzfristigen Konjunkturprognose für 2022 und 2023 (Schiman & Ederer, 2022) und auf Grundlage der Annah-

men zur internationalen Entwicklung (Kapitel 2) sowie zur Fiskalpolitik in Österreich (Kapitel 3.5) für die Jahre 2024 bis 2026 wird die wirtschaftliche Entwicklung bis 2026 mit Hilfe des WIFO-Macromod prognostiziert.

Übersicht 2: Hauptergebnisse der mittelfristigen Prognose für Österreich

	Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	Ø 2022/ 2026	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung in % p. a.									
Bruttoinlandsprodukt										
Real	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4
Nominell	+ 2,9	+ 2,4	+ 5,0	- 4,6	+ 6,3	+ 7,5	+ 5,6	+ 4,4	+ 3,8	+ 3,5
Verbraucherpreise	+ 1,6	+ 2,0	+ 3,2	+ 1,4	+ 2,8	+ 5,8	+ 3,2	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2
BIP-Deflator	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,8	+ 2,3	+ 1,8	+ 3,5	+ 3,5	+ 2,6	+ 2,2	+ 2,1
Lohn- und Gehaltssumme ¹⁾	+ 3,3	+ 3,6	+ 4,8	- 0,4	+ 5,5	+ 5,8	+ 6,1	+ 4,4	+ 3,9	+ 3,7
Pro Kopf, real ²⁾	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,2	- 2,3	+ 1,6	+ 0,8	+ 0,6	+ 0,6
Unselbständig Beschäftigte laut VGR ³⁾	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,3	- 2,3	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,0	+ 0,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	- 2,0	+ 2,5	+ 2,1	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,9
	In %									
Arbeitslosenquote										
In % der Erwerbspersonen ⁵⁾	5,9	5,6	4,6	6,0	6,2	4,9	4,7	4,6	4,5	4,4
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	8,2	8,3	6,3	9,9	8,0	6,7	6,5	6,3	6,1	6,0
	In % des BIP									
Außenbeitrag	3,3	2,7	- 0,1	2,9	0,9	0,0	0,2	- 0,0	- 0,2	- 0,3
Finanzierungssaldo des Staates laut Maastricht-Definition	- 1,9	- 2,7	- 1,0	- 8,3	- 5,3	- 2,4	- 1,1	- 0,7	- 0,6	- 0,4
Zyklisch bereinigter Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 1,4	- 2,4	- 1,1	- 5,2	- 4,0	- 2,3	- 1,3	- 0,8	- 0,6	- 0,4
WIFO-Methode ⁷⁾	- 1,4	- 2,6	- 1,6	- 5,5	- 4,2	- 2,5	- 1,4	- 1,4	- 1,3	- 1,1
Struktureller Budgetsaldo										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,9	- 2,4	- 1,1	- 5,2	- 4,0	- 2,3	- 1,3	- 0,8	- 0,6	- 0,4
WIFO-Methode ⁷⁾	- 0,8	- 2,6	- 1,6	- 5,5	- 4,2	- 2,5	- 1,4	- 1,4	- 1,3	- 1,1
Staatsschuld	83,0	77,9	73,6	83,2	83,0	79,1	75,6	73,2	71,0	69,0
	In % des verfügbaren Einkommens									
Sparquote der privaten Haushalte	7,6	9,9	6,6	14,4	11,4	7,8	7,2	6,4	6,0	5,7
	Veränderung in % p. a.									
Trendoutput, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2
WIFO-Methode ⁷⁾	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4
	In % des Trendoutputs									
Outputlücke, real										
Methode der Europäischen Kommission ⁶⁾	- 0,8	- 0,6	+ 0,1	- 5,4	- 2,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0
WIFO-Methode ⁷⁾	- 0,9	- 0,2	+ 0,9	- 5,0	- 2,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3

Q: Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge. – 2) Beschäftigungsverhältnisse laut VGR, deflationiert mit dem VPI. – 3) Beschäftigungsverhältnisse. – 4) Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – 5) Laut Eurostat (Labour Force Survey). – 6) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2021. – 7) WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Für 2022 wird eine hohe Inflation von 5,8% erwartet, die zu einem deutlichen Bruttoreal-lohnverlust pro Kopf führt (-2,3%). Dieser wird allerdings durch die ab 1. Jänner 2022 wirk-samen ersten Maßnahmen der (ökosozialen) Steuerreform 2022/2024 teilweise kompen-siert. Für 2022 wurden bis zum Ende des I. Quartals zusätzlich zwei Maßnahmenpa-kete zur Abfederung der Teuerung verab-schiedet. Die Steuerreform und die Maßnah-men zum Teuerungsausgleich begrenzen den Rückgang des **realen verfügbaren Haushaltseinkommens** 2022 auf 0,2%. 2023 dürften die verfügbaren Einkommen real um 1,6% wachsen. Im Zuge der Konjunkturab-schwächung wird sich das Wachstum des verfügbaren Realeinkommens bis 2026 dann auf 1% reduzieren.

Der **private Konsum** profitiert im gesamten Prognosezeitraum von den Ersparnissen, die während der Lockdowns 2020/21 gebildet wurden: Infolge der eingeschränkten Kon-summöglichkeiten war es in der COVID-19-Krise zu "Zwangssparen" gekommen. Da die privaten Haushalte dieses zusätzliche Ver-mögen überwiegend als liquide Einlagen bei den Kreditinstituten halten, dürften die Rück-lagen ab 2022 schrittweise abgebaut wer-den. Der private Konsum wächst 2022/2026 um durchschnittlich 2,3% p. a. Die Sparquote

beträgt im Durchschnitt der Prognosejahre 6,6%.

Die **Warenexporte** entwickeln sich üblicher-weise im Gleichschritt mit der internationa-len Konjunktur. Für 2022 wird für die wichtigs-ten Zielregionen ein Marktwachstum von 3½% unterstellt. Die Exporte insgesamt dürf-ten 2022 um 6,1% expandieren (Übersicht 3), was dem verzögerten Rebound-Effekt bei den Reiseverkehrsexporten geschuldet ist (+79% im Gesamtjahr 2022). Diese im Vorjah-resvergleich enorme Zuwachsrate ist auf den bis Mai 2021 aufrechten Lockdown zu-rückzuführen. Im Zeitraum 2023 bis 2026 wird sich das Exportwachstum insgesamt, dem in-ternationalen Konjunkturbild folgend, dann von 3,9% auf 2,8% abschwächen.

Ein ähnliches Bild einer verzögerten Erholung zeigt sich auch auf der Importseite: die Ge-samt**importe** entwickeln sich günstig – ge-trieben von der Inlandskonjunktur, den Ex-porten sowie der Nachfrage nach Investiti-ons- und dauerhaften Konsumgütern. Der Zuwachs von +4,6% im Jahr 2022 wird eben-falls vom Aufholprozess im Reiseverkehr do-miniert (+53,6%). In den Jahren 2023 bis 2026 wird sich das Importwachstum im Einklang mit der Entwicklung der inländischen Nach-frage von 3,8% auf 2,9% verlangsamen.

Das Wachstum des privaten Konsums schwächt sich im Prognosehorizont von 3,9% 2022 auf 1,3% im Jahr 2026 ab.

Übersicht 3: Komponenten der realen Nachfrage

	Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	Ø 2022/ 2026	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung in % p. a.									
Konsumausgaben										
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,6	- 0,4	+ 2,3	- 8,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,3
Staat	+ 0,9	+ 1,9	+ 0,3	- 0,5	+ 6,7	- 1,6	+ 0,1	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0
Bruttoanlageinvestitionen										
Ausrüstungen ²⁾	+ 3,1	+ 2,4	+ 3,0	- 6,5	+ 4,8	+ 4,6	+ 3,2	+ 2,2	+ 2,8	+ 2,3
Bauten	+ 0,2	+ 2,3	+ 1,8	- 3,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,8	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,4
Inländische Verwendung										
Exporte	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,8	- 10,8	+ 12,7	+ 6,1	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,2	+ 2,8
Importe	+ 2,4	+ 3,3	+ 3,7	- 9,4	+ 14,5	+ 4,6	+ 3,8	+ 3,6	+ 3,4	+ 2,9
Bruttoinlandsprodukt										
	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – 1) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 2) Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen.

Die **Investitionen** werden 2022 noch durch die Investitionsprämie gestützt. Da jedoch energieintensive Industriebranchen beson-ders vom Anstieg der Energiepreise (vor al-lem bei Erdgas) betroffen sind und ein Ener-gieembargo die Produktionsmöglichkeiten dieser Bereiche stark einschränken würde, dürften die Ausrüstungsinvestitionen (ein-schließlich sonstiger Anlageinvestitionen) 2022 nur um 4½% ausgeweitet werden (-1 Prozentpunkt gegenüber der mittelfristi-gen WIFO-Prognose vom Oktober 2021). Bis 2024 dürfte das Wachstum dann auf 2¼% zurückgehen. Durch die Senkung des Kör-perschaftsteuersatzes und die Einführung

eines (Öko-)Investitionsfreibetrages wird die Investitionstätigkeit 2025 wieder etwas zu-nehmen.

Der Umstieg auf eine CO₂-ärmere Produkti-onsweise erfordert zwar höhere Investitionen in Bereichen der Energiewende, die gestie-gene Unsicherheit infolge des Ukraine-Krie-ges dürfte jedoch insbesondere in der In-dustrie zu einer Zurückhaltung bei Kapazi-tätsausweitungen führen. Die derzeitige Lage erschwert den Unternehmen die Ein-schätzung ihrer mittelfristigen Wettbewerbssi-tuation: So ist aktuell kaum abschätzbar, wieviel russisches Erdgas nach einem Ende

des Krieges nach Österreich bzw. in die EU fließen wird. Unklar ist auch, wie sich eine etwaige Aufhebung noch bestehender EU-Schutzzölle auswirken würde, die die Imports substitution von Vorprodukten und Halbfertigwaren erleichtern soll, die im Falle eines Erdgasembargos nicht mehr in ausreichender Menge in Europa produziert werden können.

Für die Gesamtwirtschaft wird 2022 ein BIP-Wachstum von 3,9% erwartet. Bis 2026 schwächt sich das Wirtschaftswachstum auf 1,4% ab.

Auf Grundlage der dargestellten Entwicklung der Nachfragekomponenten wird für die Gesamtwirtschaft **2022** mit einem **BIP-Wachstum von 3,9%** gerechnet. In den Folgejahren wird sich das **Wirtschaftswachstum bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 1,4%** abschwächen (-0,4 Prozentpunkte gegenüber der mittelfristigen WIFO-Prognose vom Oktober 2021). Im Vergleich zum Euro-Raum dürfte das durchschnittliche BIP-Wachstum 2022/2026 in Österreich um 0,1 Prozentpunkt p. a. geringer ausfallen (mittelfristige WIFO-Prognose vom Oktober 2021 +0,2 Prozentpunkte).

3.2 Trendoutput und Outputlücke

Das Wachstum des Trendoutputs entspricht dem mittelfristigen Wachstumstrend einer Volkswirtschaft und beschreibt jenes Produktionsniveau, das mit stabiler Inflation und Vollbeschäftigung erreicht wird. Die Outputlücke als die relative Abweichung des realen BIP vom Trendoutput gibt den Grad der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung an und spiegelt die konjunkturelle Lage wider. Eine negative Outputlücke zeigt eine unterdurchschnittliche Auslastung an, während eine positive mit einer überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung und steigendem Inflationsdruck verbunden ist.

Die Outputlücke als Indikator für den steigenden Inflationsdruck ist in Normalzeiten von zentraler Bedeutung für die Geldpolitik. Sie dient auch als Richtwert für die Fiskalpolitik, welche versucht, die kurzfristigen negativen Auswirkungen von Konjunkturschwankungen auf die Haushaltseinkommen abzufedern und zugleich mittelfristig die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen. Ein Vergleich der Outputlücke mit der Veränderung des primären Finanzierungssaldos zeigt, ob die Fiskalpolitik pro- oder antizyklisch wirkt.

Der mittelfristige Wachstumstrend wird durch das Bevölkerungswachstum, die Kapitalakkumulation und das Produktivitätswachstum bestimmt. Die tatsächliche Wirtschaftsleistung kann aufgrund konjunktureller Schwankungen oder exogener Schocks wie der COVID-19-Pandemie oder dem aktuellen Energiepreisschock kurzfristig vom Trendoutput abweichen, sollte sich diesem aber mittelfristig annähern. Schätzungen des Trendoutputs sind immer mit Unsicherheiten behaftet, da die zugrunde liegenden

mittelfristigen Trends nicht beobachtbar sind. Besonders hoch ist die Unsicherheit in Krisenzeiten, wenn die zugrundeliegenden Prognosen selbst sehr unsicher sind.

Die Europäische Kommission schätzt den Trendoutput mit einem Produktionsfunktionsansatz, der konjunkturelle Schwankungen auf dem Arbeitsmarkt und die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung berücksichtigt (Havik et al., 2014). Die Methode der Europäischen Kommission basiert auf Schätzungen einer strukturellen Arbeitslosenquote (Non-Accelerating Wage Rate of Unemployment – NAWRU) und des Wachstums der Gesamtfaktorproduktivität (TFP). Die strukturelle Arbeitslosenquote beschreibt das Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt. Die NAWRU-Schätzung beruht auf einer Reihe von konjunkturellen, strukturellen und institutionellen Bestimmungsfaktoren der Lohn- und Preissetzung (Hristov et al., 2017). Das Wachstum der Gesamtfaktorproduktivität (TFP) entspricht jenem Beitrag zum Trendwachstum, der durch den Einsatz von Arbeit und Kapital nach konjunktureller Bereinigung nicht erklärt werden kann.

Das WIFO schätzt den Trendoutput und die Outputlücke nach Methode der Europäischen Kommission auf Basis von historischen Daten (bis 2021) und der WIFO-Konjunkturprognose 2022/23. Eine schwächere Investitionsdynamik trägt zusammen mit einer Revision der Arbeitslosenquote laut Eurostat sowie der NAWRU zu einer Abwärtsrevision des Trendoutputs bei. Andererseits steigert die Zunahme der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufgrund des Zustroms von Flüchtlingen aus der Ukraine den Trendoutput. Dieser Arbeitsangebotseffekt gleicht 2022/23 die Abwärtskorrektur aufgrund der schwächeren Investitionstätigkeit und der NAWRU-Revision mehr als aus.

Das Trendwachstum schwächt sich ab 2024 deutlich ab, sodass sich über den gesamten Prognosezeitraum nur ein geringfügiger Revisionsbedarf ergibt. Das WIFO rechnet für die Jahre 2022 bis 2026 mit einem durchschnittlichen Trendwachstum von 1,3% p. a. (Abbildung 2).

Die Herbstprognose der Europäischen Kommission vom November 2021 schätzte das mittelfristige Trendwachstum in Österreich auf 1,4% p. a. (Ø 2022/2026; Europäische Kommission, 2021). Übersicht 4 vergleicht die aktuelle WIFO-Schätzung laut der Methode der Europäischen Kommission mit deren eigener Schätzung vom November 2021, zerlegt in die Beiträge der TFP, der Arbeit und des Kapitals. In der WIFO-Schätzung sind die Beiträge der TFP und des Kapitals jeweils um 0,1 Prozentpunkt niedriger als in der Herbstprognose der Europäischen Kommission, während der Beitrag der Arbeit um 0,1 Prozentpunkt höher ist.

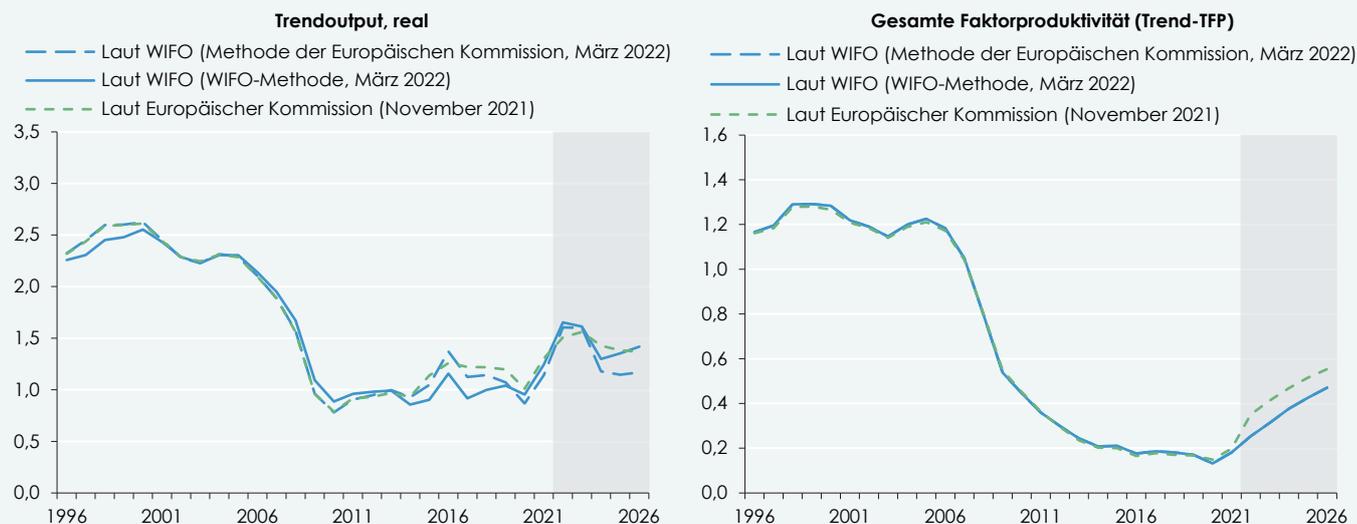
Übersicht 4: Beitrag der Inputfaktoren zum Wachstum des Trendoutputs

		Ø 2012/ 2016	Ø 2017/ 2021	Ø 2022/ 2026	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Methode der Europäischen Kommission¹⁾											
BIP, real (implizit)	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 0,7	+ 1,8	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,1
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,2	+ 1,1	+ 1,2
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,8	- 0,6	+ 0,1	- 5,4	- 2,3	- 0,1	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	± 0,0
WIFO-Methode²⁾											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,6	+ 1,4
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,4
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,3	+ 0,5	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,3
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,9	- 0,2	+ 0,9	- 5,0	- 2,0	+ 0,2	+ 0,6	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3
Schätzung der Europäischen Kommission (Herbst 2021)											
BIP, real	Veränderung in % p. a.	+ 0,9	+ 0,7	+ 2,1	- 6,7	+ 4,4	+ 4,9	+ 1,9	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Trendoutput	Veränderung in % p. a.	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,6	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4
Arbeit	Prozentpunkte	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2
Kapital	Prozentpunkte	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,6
Gesamte Faktorproduktivität	Prozentpunkte	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,6
Outputlücke, real	in % des Trendoutputs	- 0,8	- 0,9	+ 0,3	- 5,8	- 2,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2	± 0,0

Q: Europäische Kommission, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2021. – ²⁾ WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Abbildung 2: **Entwicklung des realen Trendoutputs und der gesamten Faktorproduktivität (Trend-TFP)**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2021. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Schätzung gemäß der Methode der Europäischen Kommission unterstellt eine Schließung der Outputlücke von -2,3% (2021) bis zum Ende des Prognosezeitraumes (Abbildung 3). In einer alternativen Schätzung ermittelt das WIFO eine Outputlücke,

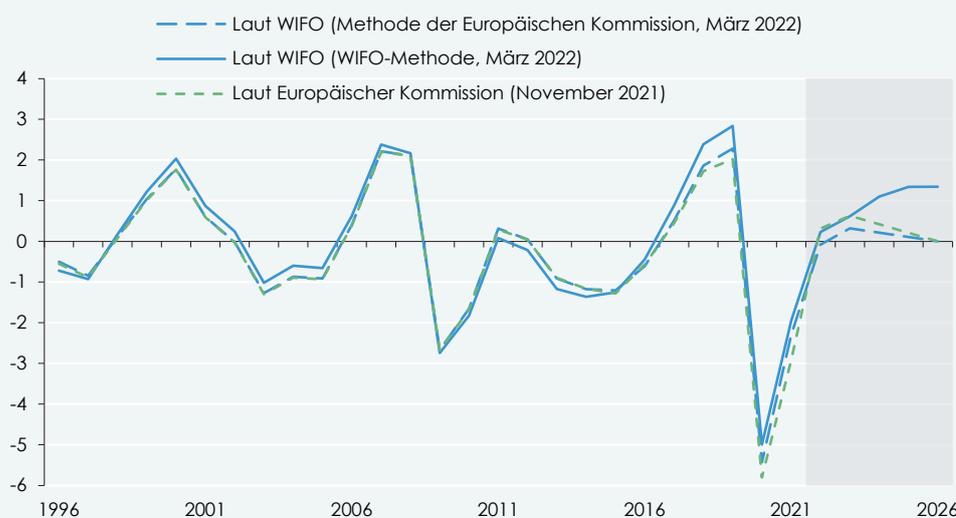
wie sie sich aus der mittelfristigen BIP-Prognose und dem geschätzten Trendoutput endogen ergibt. Darüber hinaus werden in dieser Variante die Erwerbsquote und die durchschnittlich geleisteten Arbeitsstunden stärker geglättet, um die Prozyklizität des

geschätzten Produktionspotentials zu verringern (Maidorn, 2018; EU Independent Fiscal Institutions, 2019, 2022). Diese Schätzung gemäß WIFO-Methode ergibt ein etwas kräftigeres Trendwachstum von 1,5% p. a. (Ø 2022/2026) und eine größere

Outputlücke von durchschnittlich 0,9% des Trendoutputs. Die Outputlücke bleibt mittelfristig positiv, da das erwartete reale BIP-Wachstum laut WIFO-Prognose stets über dem Trendwachstum liegt.

Abbildung 3: **Outputlücke**

Real, in % des Trendoutputs



Q: Europäische Kommission, WIFO-Berechnungen. Methode der Europäischen Kommission . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission vom November 2021. WIFO-Methode . . . WIFO-Schätzung auf Basis der WIFO-Prognose vom März 2022 gemäß Produktionsfunktionsansatz der Europäischen Kommission, aber mit stärkerer Glättung des Trendoutputs und ohne Schließungsrestriktion für die Outputlücke.

Die Arbeitslosenquote wird bereits 2022 das Vorkrisenniveau erreichen und bis 2026 auf 6% sinken.

Aufgrund des kräftigen Preisanstiegs bei Energie dürfte die Inflation in Österreich im Durchschnitt 2022/2026 bei 3,2% p. a. und damit über dem EZB-Ziel von 2% liegen.

3.3 Arbeitsmarkt

Das BIP-Wachstum von 3,9% im Jahr 2022 geht mit einem Anstieg der Beschäftigung um 2,1% einher; bis zum Ende der Prognoseperiode schwächt sich das Beschäftigungswachstum auf 0,9% ab. Das **Arbeitskräfteangebot** wird im Prognosezeitraum um durchschnittlich 0,8% (oder rund 33.100 Personen) pro Jahr wachsen. Dies resultiert zum einen aus der weiteren Zunahme der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren (u. a. durch die schrittweise Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters ab 2024) und zum anderen aus einem Anstieg des ausländischen Arbeitskräfteangebotes, zu dem nach WIFO-Schätzung bis Ende 2023 etwa 30.000 Erwerbspersonen aus der Ukraine beitragen (Schiman & Ederer, 2022). Je nach Verlauf des Ukraine-Krieges könnte der Zustrom an Flüchtlingen deutlich höher ausfallen und sich die Aufenthaltsdauer in Österreich verlängern. Der Anteil aller ausländischen Arbeitskräfte an der Gesamtbeschäftigung dürfte bis zum Ende des Prognosezeitraumes auf 26% ansteigen (2021: 22,5%).

Die Arbeitslosenquote laut AMS wird nach dem Anstieg auf 9,9% im Jahr 2020 bis 2026 auf 6,0% sinken. Das Vorkrisenniveau von 7,4% dürfte bereits 2022 erreicht werden.

3.4 Inflation und Löhne

Die hohe Güternachfrage und Angebotsengpässe führten 2021 auf den Weltmärkten zu kräftigen Preissteigerungen bei Rohstoffen (Holz, Erze, Rohöl), Energie (Mineralölprodukte, Erdgas, Strom) und Vorprodukten (z. B. Microchips). Gemeinsam mit höheren Transportkosten (Schiffscontainer- und Lkw-Verkehr) trieb dies die Preise für importierte Güter und die inländischen Produktionskosten nach oben. Dies schlug sich in der Folge verzögert in den Verbraucherpreisen für Waren, Treibstoffe, Haushaltsenergie und Nahrungsmittel nieder. Die Inflationsrate stieg dadurch 2021 auf 2,8% (2020: 1,4%). Durch die Omikron-Welle der COVID-19-Pandemie und den Ukraine-Krieg gewann der Preisauftrieb im I. Quartal 2022 nochmals deutlich an Schwung. Von den Dienstleistungen wird 2022 durch das Auslaufen der Mehrwertsteuerbegünstigung für die von der COVID-19-Pandemie besonders betroffenen Sektoren (Gastronomie, Beherbergung und Veranstaltungswesen) ein zusätzlicher Inflationsbeitrag von voraussichtlich 0,4 Prozentpunkten ausgehen. Die ab 1. Juli 2022 wirksame CO₂-Bepreisung wird mit etwa 0,1 Prozentpunkt zur Teuerung beitragen. Unter der Annahme, dass russisches Erdöl und Erdgas weiterhin fließen, wird für 2022 im Jahresdurchschnitt eine Inflationsrate von 5,8% prognostiziert,

wobei der Höhepunkt des Preisauftriebs im II. Quartal erwartet wird und in den Folge-monaten eine leichte Entspannung folgen sollte.

Da die Energiepreisanstiege im europäi-schen Großhandel erst verzögert an die pri-vaten Haushalte weitergegeben werden, wird der Bereich Haushaltsenergie auch 2023 zur Teuerung beitragen. Ein (im Jahres-durchschnitt) negativer Inflationsbeitrag dürfte dagegen von den Mineralölproduk-ten ausgehen. Durch die inflationsbedingt höheren Bruttonominallohnschlüsse pro Kopf im Jahr 2022 (+3,4%) wird für 2023 zu-dem ein höherer inländischer Preisdruck er-wartet.

Die Inflationsrate fällt mit 3¼% auch 2023 deutlich höher aus als im langjährigen Durchschnitt (2010/2019 +1,9% p. a.). Für die Folgejahre bis 2026 wird mit einem leichten Rückgang auf 2¼% gerechnet. Die Teue-rung in Österreich dürfte damit auch mittel-fristig über dem EZB-Ziel von 2% liegen, was vor allem auf die Energiepreise (einschließ-lich CO₂-Bepreisung) und höhere Lohnab-schlüsse infolge der anhaltenden (und de-mografisch zunehmenden) Arbeitskräfte-knappheit zurückzuführen ist.

Die **Reallöhne** werden 2022 aufgrund der hohen Inflation deutlich sinken (-2¼%). Durch die Steuerreform und erste Maßnah-menpakete zur Abfederung der Kaufkraft-verluste gehen die Nettoreallöhne pro Kopf lediglich um 1,1% zurück. Für 2023 wird be-dingt durch die hohe Inflation im Vorjahr mit einem markant höheren Reallohnzuwachs gerechnet (+1,6%). Da sich die Arbeitskräfte-knappheit aufgrund der demografischen Entwicklung (zunehmende Pensionsantritte der Baby-Boomer-Generation) verstärkt, werden für die Jahre 2024/2026 (+0,7% p. a.) kräftigere Reallohnsteigerungen als vor der COVID-19-Krise erwartet (Ø 2010/2019 +0,2% p. a.), womit sich die Lücke zum gesamtwirt-schaftlichen Produktivitätswachstum (Ø 2024/2026 +0,7% p. a.) beinahe schließt.

3.5 Öffentlicher Sektor

Trotz der Belastungen durch geopolitische Verwerfungen und eine noch nicht über-standene Gesundheitskrise wird der Budget-pfad im Prognosezeitraum 2022 bis 2026 wes-entlich von der erwarteten günstigen nomi-nellen Konjunktorentwicklung beeinflusst. Spürbare budgetäre Entlastungen gehen vom Auslaufen zahlreicher COVID-19-Unterstützungsmaßnahmen aus. Belastend wirken hingegen das stufenweise Inkrafttre-ten der ökosozialen Steuerreform ab dem Jahr 2022, die beiden im I. Quartal 2022 kurz-fristig beschlossenen Maßnahmenpakete zum Ausgleich des Kaufkraftverlustes durch die starke Teuerung, sowie die Aufwendun-gen für Schutzsuchende aus der Ukraine.

Die in der aktuellen politischen Debatte für die kommenden Jahre avisierte Aufstockung des Verteidigungsbudgets wurde in dieser mittelfristigen Budgetvorausschau noch nicht berücksichtigt, da der Umfang und der zeitliche Fahrplan für eine quantitative Ein-schätzung noch zu unkonkret sind. Budgetär weitgehend neutral wirken hingegen die kli-mapolitischen Investitionen, die aus dem Aufbauprogramm NextGenerationEU finan-ziert werden.

Nachdem in den Jahren 2020 und 2021 kri-senbedingt außerordentlich hohe Budget-defizite verzeichnet wurden, ist in den kom-menden Jahren – trotz der vorgesehenen Entlastungen für private Haushalte und Un-ternehmen und ungeachtet der zusätzlichen diskretionären Ausgabenprogramme zur Ab-milderung der Folgen des Energiepreisanstie-ges – eine spürbare Verbesserung des ge-samtstaatlichen Finanzierungssaldos zu er-warten.

Für 2022 wird mit einem Defizit in Höhe von 2,4% des BIP gerechnet; 2023 sollte sich der Saldo nochmals deutlich auf -1,1% des BIP verbessern. Für die Folgejahre wird ein weite-erer, schrittweiser Rückgang der Neuverschul-dung bis auf -0,4% des BIP (2026) prognosti-ziert.

Budgetäre Verbesserungen resultieren 2022 insbesondere aus dem Rückgang der Auf-wendungen für Kurzarbeit, dem Wegfall des Ausfallsbonus und des Fixkostenzuschusses, sowie dem Abbau von Unterstützungsleistun-gen des Non-Profit- und des Härtefallfonds. In Summe dürften dafür um etwa 12 Mrd. € weniger an Subventionen und Transfers aus-geschüttet werden als im Vorjahr. Aufgrund der modifizierten Teststrategie und sinkender Ausgaben für COVID-19-Impfungen wird zu-dem vor allem für 2022 ein deutlich schwä-cherer öffentlicher Konsum erwartet. Die ver-besserte Arbeitsmarktlage entlastet die öf-fentlichen Haushalte ebenfalls spürbar.

Dem stehen ab 2022 Mehrausgaben durch den Klimabonus gegenüber; sie betragen zunächst rund 1,3 Mrd. € und werden über den Prognosezeitraum leicht steigen. Die Ausgaben für die Betreuung der Ukraine-flüchtlinge werden für 2022 und 2023 mit ins-gesamt etwa 1,7 Mrd. € veranschlagt. Diese Schätzung ist jedoch mit erheblichen Unsicherheiten verbunden, sowohl hinsichtlich des Ausmaßes der Fluchtbewegung als auch mit Blick auf die (kurzfristige) Integra-tion der Geflüchteten in den heimischen Ar-beitsmarkt (Betreuungspflichten, Spracher-werb).

Die für 2022 und 2023 erwarteten hohen In-flationsraten werden sich auch in der Ausga-bendynamik bei Löhnen und Gehältern im öffentlichen Sektor sowie bei den an die Teuerung gekoppelten Pensionsausgaben

Aufgrund der hohen Inflation sinken 2022 die Bruttoreallöhne um 2¼%. Die Steuerreform und Energiekostenpakete dämpfen jedoch den Rückgang der Netto-reallöhne.

Für 2022 wird im Staats-sektor mit einem Defizit von 2,4% des BIP ge-rechnet. Bis 2026 wird ein schrittweiser Rück-gang der Neuverschul-dung bis auf 0,4% des BIP erwartet.

niederschlagen. Energiekosten- und Teuerungsausgleich werden im Jahr 2022 die Budgets einmalig mit 0,8 Mrd. € belasten. Die Entlastung der öffentlichen Haushalte über die Zinsausgaben, die viele Jahre anhielt und auf ein niedriges Zinsniveau sowie das Abreifen höherverzinslicher Anleihen zurückzuführen war, kommt im Prognosezeitraum zu einem Ende. Unter diesen Voraussetzungen sollte die Staatsausgabenquote in moderatem Tempo von 51,3% (2022) geringfügig auf 49,0% (2026) sinken.

Die hohe Inflation sorgt für ein kräftiges Wachstum der Steuereinnahmen, schlägt sich aber auch in höheren Ausgaben für Löhne und Gehälter im öffentlichen Sektor sowie Pensionen nieder.

Die ökosoziale Steuerreform entlastet durch die stufenweise umgesetzte Einkommensteuertarifreform, die Erhöhung des Familienbonus Plus und die gestaffelte Senkung der Krankenversicherungsbeiträge in den Jahren 2022 bis 2024 die privaten Haushalte und Unternehmen jährlich um etwa 1,5 Mrd. €. Im Vollausbau ab 2025 wird die Entlastung kumuliert knapp 7,8 Mrd. € betragen. Die temporäre Senkung der Energieabgabe schlägt in den Jahren 2022 und 2023 zusätzlich mit insgesamt rund 0,9 Mrd. € zu Buche. Die Senkung des Körperschaftsteuertarifes, der Öko-Investitionsfreibetrag, sowie neue Abschreibungsregelungen führen in den öffentlichen Haushalten ab 2024 zu jährlichen Mindereinnahmen von etwa 1 Mrd. €. Die neu eingeführte CO₂-Abgabe bedingt dagegen jährlich steigende Mehreinnahmen, die allerdings durch Entlastungsmaßnahmen für Härtefälle und für von "Carbon Leakage" betroffene Sektoren gemindert werden. Als Nettomehreinnahmen aus der CO₂-Beprei-

sung werden 2022 etwa 0,3 Mrd. € erwartet; bis zum Ende des Prognosezeitraumes dürfen diese auf über 1½ Mrd. € ansteigen.

Der starke Anstieg der Inflation schlägt sich in einem kräftigen Wachstum der Mehrwertsteuereinnahmen und der Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer infolge der Tarif-Progression nieder. Die Einnahmen der öffentlichen Haushalte aus Sozialbeiträgen und der Körperschaftsteuer entwickeln sich ebenfalls weiterhin positiv. Unter den genannten Bedingungen steigen die Staatseinnahmen im Prognosezeitraum um durchschnittlich 4,4% pro Jahr. Im Zusammenspiel von dynamischem Aufkommenswachstum und steuerlichen Entlastungen bleibt die Einnahmenquote des Staates mit durchschnittlich 48,8% des nominellen BIP über den Prognosezeitraum nahezu konstant.

Die Staatsschuldenquote wird nach dem deutlichen Anstieg von 70,6% des BIP (2019) auf über 83% des BIP (2020), der auf den konjunkturellen Einbruch und die zahlreichen temporären Hilfs- und Rettungspakete des Bundes und der Länder zurückzuführen war, mit der Verbesserung des Finanzierungssaldos bereits 2022 wieder unter die 80%-Marke sinken (79,1% des BIP). Moderate Budgetdefizite und ein vergleichsweise hohes nominelles BIP-Wachstum werden bis zum Ende des Prognosezeitraumes 2026 zu einem Rückgang der Staatsschuldenquote auf 69% des BIP führen.

4. Prognoserisiken

Die COVID-19-Pandemie und der Krieg in der Ukraine stellen für die vorliegende Prognose die bedeutendsten Abwärtsrisiken dar.

Die COVID-19-Pandemie und insbesondere der Ukraine-Krieg bedingen für die ersten Jahre der Prognose bedeutende (vor allem Abwärts-)Risiken. Eine erneute Verschärfung von Lieferengpässen und starke Preisanstiege bei Energie, Getreide und Rohstoffen könnten die künftige Wirtschaftsentwicklung deutlich dämpfen. Das Auftreten neuer, gefährlicherer und/oder hochansteckender Varianten des SARS-CoV-2-Virus, im Besonderen solcher, vor denen die bisher verabreichten Impfungen keinen Schutz bieten, könnte die Regierungen im Herbst 2022 und Anfang 2023 erneut zu Restriktionen nötigen und die weltweite Wirtschaftsentwicklung abermals deutlich hemmen.

Eine weitere Eskalation des Ukraine-Krieges könnte u. a. zu einer stärkeren Fluchtbewegung, zu Liefereinschränkungen bei Erdöl und Erdgas und/oder zu einer Ausweitung der EU-Sanktionen auf russische Energierohstoffe führen. Im Falle eines Erdgaslieferstopps bzw. eines Embargos würde vor allem die europäische Wirtschaft in eine Rezession schlittern. Gleichzeitig würde die Inflation

höher ausfallen als in der Prognose unterstellt. Für ein solches Szenario rechnen aktuelle Schätzungen für Deutschland mit einem BIP-Rückgang zwischen 3% und 6%⁵⁾.

Für Österreich liegen derzeit noch keine vergleichbaren Berechnungen vor. Da der Anteil des russischen Erdgases an den gesamten Erdgasimporten in Österreich deutlich höher ist als in Deutschland (2021: 86% gegenüber unter 40%) und Österreich als Binnenland auf die Lieferung über Pipelines angewiesen ist, lassen sich entfallene Liefermengen hierzulande schwieriger durch andere Quellen ersetzen als in Deutschland. Auch eine Kompensation von Erdgas durch andere Energieträger gestaltet sich in Österreich schwieriger, da der in Gaskraftwerken erzeugte Strom weder durch Kohle- noch durch Atomkraftwerke ersetzt werden kann. Damit ist in der heimischen Industrie und in der Stromerzeugung im Falle eines Lieferstopps mit einem stärkeren wirtschaftlichen Einbruch zu rechnen als in Deutschland. Falls die Behörden im kommenden Winter infolge des Ausbleibens russischer Erdgaslieferungen

⁵⁾ Siehe Berger et al. (2022) und Deutsche Bundesbank (2022) für eine Zusammenstellung der verfügbaren Studienergebnisse für Deutschland.

eine Bewirtschaftung von Energie vornehmen müssen, würde das nicht zuletzt für die in Österreich bedeutsame Tourismuswirtschaft schwerwiegende Konsequenzen haben. Da diese Branche am Ende der Wertschöpfungskette angesiedelt ist, würde sie nicht prioritär (und damit sehr wahrscheinlich gar nicht) versorgt werden. Insgesamt dürften daher die zu erwartenden wirtschaftlichen Schäden für Österreich deutlich höher anzusetzen sein, als die Schätzungen für Deutschland nahelegen.

Auch ein neuerliches Aufflammen der COVID-19-Pandemie im Herbst bzw. Winter könnte die touristische Wintersaison 2022/23 gefährden und erneut zu markanten Umsatzausfällen führen.

Mit der Fortdauer des Krieges, zunehmender Zerstörung und weiteren Gräueltaten an der Zivilbevölkerung wird auch die Zahl der in der EU schutzsuchenden Personen aus der Ukraine zunehmen. Eine Verschärfung der Spannungen im Nahen Osten oder zwischen der Türkei und der EU könnte auch andere Migrationsströme nach Europa wieder verstärken. Neben den Herausforderungen in der Versorgung und Integration der Geflüchteten ergibt sich daraus mittelfristig aber auch ein Potential für eine Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes.

Derzeit liegen die Inflationserwartungen im Euro-Raum noch nahe am EZB-Ziel von 2%.

Eine anhaltend hohe Inflation und ein Vertrauensverlust in die EZB bergen mittelfristig jedoch die Gefahr einer sich selbst verstärkenden Aufwärtsspirale aufgrund steigender Lohnforderungen und der sich durch die Unübersichtlichkeit ergebenden Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen. Dies gilt insbesondere in einer Situation, in der die Ersparnisse der privaten Haushalte im Vergleich zu früheren Jahren hoch und die Realzinsen weiterhin (stark) negativ sind. In einer solchen Situation würde die höhere Nachfrage zwar die BIP-Entwicklung stabilisieren, zugleich aber die Inflation noch weiter anheizen.

Ein Eintreten der erwähnten Abwärtsrisiken würde dazu führen, dass sich die österreichischen Ausfuhren schwächer entwickeln als in der Prognose unterstellt. Das Wirtschaftswachstum, die Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung sowie das Abgabenaufkommen in Österreich würden schwächer, die Staatsausgaben tendenziell höher ausfallen als angenommen.

Aufgrund der "No-Policy-Change"-Annahme wurden in der vorliegenden Prognose keine Hypothesen zu zusätzlichen Maßnahmen oder Reformen formuliert, etwa in den Bereichen Pflege, Pensionen, Bildung oder Finanzausgleich. Ebenso wenig wurden zusätzliche Maßnahmen im Bereich Klimaschutz unterstellt.

5. Literaturhinweise

- Baumgartner, J., Breuss, F., & Kaniowski, S. (2005). WIFO-Macromod – An Econometric Model of the Austrian Economy. In OeNB (Hrsg.), *Macroeconomic Models and Forecasts for Austria. Proceedings of OeNB Workshops* (61-86). (5). OeNB.
- Baumgartner, J., Kaniowski, S., Fink, M., Pitlik, H., & Rocha-Akis, S. (2021a). Starker privater Konsum treibt das Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2022 bis 2026 unter Berücksichtigung der Steuerreform 2022/2024. *WIFO-Monatsberichte*, 94(10), 711-736. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/68089>.
- Berger, E., Bialek, S., Garnadt, N., Grimm, V., Other, L., Salzmann, L., Schnitzer, M., Truger, A., & Wieland, V. (2022). A potential sudden stop of energy imports from Russia: Effects on energy security and economic output in Germany and the EU. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, *Working Paper*, (01/2022).
- Deutsche Bundesbank (2022). Zu den möglichen gesamtwirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs: Simulationsrechnungen zu einem verschärften Risikoszenario. *Monatsbericht*, 74(4), 15-31.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2019). *A practitioner's guide to potential output and the output gap*.
- EU Independent Fiscal Institutions – EU IFIs (2022). *Testing output gaps: An Independent Fiscal Institutions' guide*.
- Europäische Kommission (2021). European Economic Forecast. Autumn 2021. *European Economy, Institutional Papers*, (160).
- Havik, K., Mc Morrow, K., Orlandi, F., Planas, C., Raciborski, R., Röger, W., Rossi, A., Thum-Thysen, A., & Vandermeulen, V. (2014). The production function methodology for calculating potential growth rates & output gaps. *European Economy, Economic Papers*, (535).
- Hristov, A., Planas, C., Röger, W., & Rossi, A. (2017). NAWRU estimation using structural labour market indicators. *European Economy, Discussion Papers*, (69).
- Maidorn, S. (2018). Is there a trade-off between procyclicality and revisions in EC trend TFP estimations? *Empirica*, 45(1), 59-82.
- Schiman, S., & Ederer, S. (2022). Negative Angebotsschocks treffen auf kräftige Konjunktur. Prognose für 2022 und 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 95(4), 215-230. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69642>.
- U.S. Energy Information Administration – EIA (2022). Today in Energy: Europe is a key destination for Russia's energy exports. <https://www.eia.gov/todayinenergy/detail.php?id=51618> (abgerufen am 14. 3. 2022).

Die WIFO Working Papers beruhen nicht notwendigerweise auf einer abgestimmten Position des WIFO. Die Autorinnen und Autoren wurden über die Richtlinien der Österreichischen Agentur für wissenschaftliche Integrität (ÖAWI) zur Guten Wissenschaftlichen Praxis informiert, insbesondere bezüglich der Dokumentation aller Elemente, die für eine Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse notwendig sind.

- 646/2022** **Macroeconomic Effects of Green Recovery Programmes.** Conceptual Framing and a Review of the Empirical Literature
Angela Köppl, Margit Schratzenstaller
- 645/2022** **INTAXMOD – Inheritance and Gift Taxation in the Context of Ageing**
Alexander Krenek, Margit Schratzenstaller, Klaus Grünberger, Andreas Thiemann
- 644/2022** **Cutting Through the Value Chain: The Long-run Effects of Decoupling the East from the West**
Gabriel Felbermayr, Hendrik Mahlkow, Alexander Sandkamp
- 643/2022** **On the Heterogeneous Trade and Welfare Effects of GATT/WTO Membership**
Gabriel Felbermayr, Mario Larch, Erdal Yalcin, Yoto V. Yotov
- 642/2022** **Dimensionen von Digitalisierung der Sozialpolitik in Österreich.** Ein konzeptioneller Diskussionsbeitrag
Stefan Angel
- 641/2022** **Allowance Transactions in the EU ETS – Evidence from Austrian Companies**
Claudia Kettner, Daniela Kletzan-Slamanig
- 640/2021** **The Evolution of the Green Finance Agenda – Institutional Anchoring and a Survey-based Assessment for Austria**
Daniela Kletzan-Slamanig, Angela Köppl
- 639/2021** **Robots at Work? Piffalls of Industry Level Data**
Karim Bekhtiar, Benjamin Bittschi, Richard Sellner
- 638/2021** **A Simple EU Model in EViews**
Fritz Breuss
- 637/2021** **Servitization across Countries and Sectors: Evidence from World Input-Output Data**
Klaus S. Friesenbichler, Agnes Kügler
- 636/2021** **Application of the Concept of "Functionalities" in Macroeconomic Modelling Frameworks – Insights for Austria and Methodological Lessons Learned.** EconTrans Working Paper #4
Gabriel Bachner, Jakob Mayer, Laura Fischer, Elisabeth Frei, Karl W. Steininger, Mark Sommer, Angela Köppl, Stefan Schleicher
- 635/2021** **The Concept of "Functionalities" in a Macroeconomic Modelling Framework – Insights for Austria.** EconTrans Working Paper #3
Mark Sommer, Angela Köppl, Stefan Schleicher, Gabriel Bachner, Jakob Mayer, Laura Fischer, Karl W. Steininger
- 634/2021** **Embedding Scenarios of Austria's Transition to Climate-neutral Economy within the Context of Global Action to Mitigate Climate Change.** EconTrans Working Paper #2
Piotr Zebrowski, Matthias Jonas
- 633/2021** **The Interaction of Energy Services, Breakthrough Technologies, and Human Need Satisfaction.** EconTrans Working Paper #1
Thomas Schinko, Ariane Weifner, Angela Köppl
- 632/2021** **The Link between Financial Globalisation and Integration into Global Value Chains and Macroeconomic Impacts**
Werner Hölzl

Kostenloser Download: https://www.wifo.ac.at/publikationen/working_papers

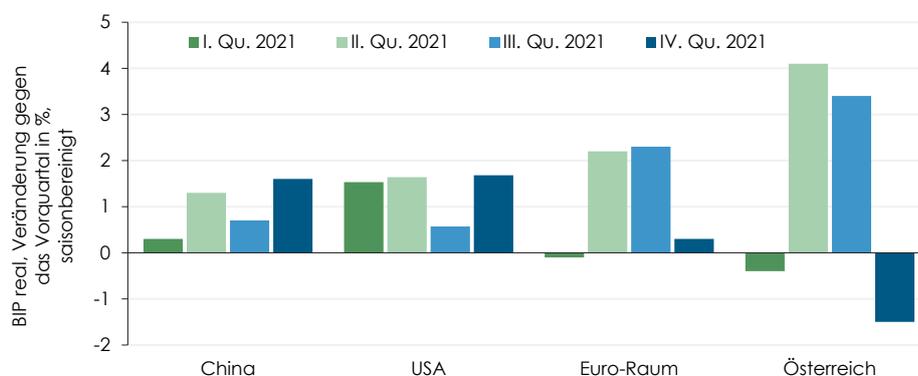
COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christine Mayrhuber, Stefan Schiman

- Die Weltwirtschaft erholte sich 2021 vom COVID-19-bedingten Einbruch, wenngleich die Pandemie die wirtschaftliche Aktivität im In- und Ausland weiterhin beeinflusste.
- Aufgrund der asynchronen COVID-19-Wellen und der Unterschiede in den wirtschafts- und gesundheitspolitischen Maßnahmen verlief die Konjunktur regional heterogen.
- Sowohl zu Jahresbeginn als auch zu Jahresende 2021 setzte die österreichische Bundesregierung in Reaktion auf die Beschleunigung des Infektionsgeschehens abermals gesundheitspolitische Maßnahmen.
- Die beiden Lockdowns prägten die unterjährige Dynamik insbesondere in den Bereichen Beherbergung und Gastronomie, Handel, Verkehr und sonstige Dienstleistungen. Spiegelbildlich entwickelte sich 2021 die private Konsumnachfrage.
- Die rasche Erholung der weltweiten Industrieproduktion führte ab dem Frühjahr 2021 zunehmend zu Lieferengpässen, die auch in Österreich die Produktion dämpften.
- Der Arbeitsmarkt erholte sich rasch, neben der Beschäftigung stieg 2021 auch die Zahl der offenen Stellen stark an.
- Aufgrund steigender Rohstoffpreise zog die Inflationsrate vor allem zu Jahresende markant an.

Wirtschaftswachstum in ausgewählten Regionen im Jahr 2021



"Die Wirtschaftsentwicklung wurde auch 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. In Österreich war die unterjährige Entwicklung im internationalen Vergleich volatil. Hierin spiegelt sich vor allem die hohe Bedeutung des Tourismus für die heimische Wirtschaft. Dieser reagierte rasch auf Veränderungen in den gesundheitspolitischen Maßnahmen."

Auf den COVID-19-bedingten Einbruch folgte 2021 weltweit eine Erholung, die unterjährige Dynamik war allerdings heterogen (Q: Eurostat, OECD, Statistik Austria, Macrobond).

COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur

Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021

Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Christine Mayrhuber, Stefan Schiman

COVID-19-Pandemie, Materialengpässe und Preissteigerungen prägen die Konjunktur. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2021

Die COVID-19-Pandemie und ihre Folgen prägten auch 2021 die Entwicklung der Weltwirtschaft. Regional verlief die Konjunktur heterogen, wengleich die rasche Erholung der Industrieproduktion vielerorts Angebotsengpässe und starke Preissteigerungen zur Folge hatte. Die heimische Wirtschaft expandierte wieder, wobei die Konjunktur unterjährig erneut stark schwankte und maßgeblich von den gesundheitspolitischen COVID-19-Maßnahmen geprägt war. Mit der wirtschaftlichen Erholung stieg auch die durchschnittlich geleistete Arbeitszeit, was sich positiv auf die Pro-Kopf-Einkommen auswirkte. Dies steigerte zusammen mit dem verbesserten Konsumentenvertrauen und Sparrücklagen aus dem Vorjahr die Ausgabenbereitschaft der privaten Haushalte. Steigende Rohstoffpreise wirkten inflationstreibend, wodurch der Verbraucherpreisindex vor allem zu Jahresende 2021 deutlich anstieg.

COVID-19 Pandemic, Material Bottlenecks and Price Increases Shape the Economy. The Austrian Economy in 2021

The COVID-19 pandemic and its consequences continued to shape the development of the global economy in 2021. Regionally, economic activity was heterogeneous, although the rapid recovery in industrial production resulted in supply bottlenecks and sharp price increases in many areas. The domestic economy expanded again, although economic activity again fluctuated strongly during the year and was largely influenced by the COVID-19 health-care policy measures. With the economic recovery, average hours worked also increased, which had a positive effect on per capita incomes. Together with improved consumer confidence and savings reserves from the previous year, this increased households' willingness to spend. Rising raw material prices had an inflationary effect, causing the consumer price index to rise significantly, particularly at the end of 2021.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturbericht

Der vorliegende Beitrag analysiert in einem Rückblick das Wirtschaftsgeschehen in Österreich und weltweit mit Fokus auf die heimische Lohn-, Konsum- und Preisentwicklung. Eine Detailanalyse zu den Bereichen Geld- und Finanzmärkte findet sich bei [Url \(2022, in diesem Heft\)](#). Berichte zur Entwicklung von Industrie, Außenhandel und Arbeitsmarkt folgen im Heft 5/2022 der WIFO-Monatsberichte.

Begutachtung: Stefan Ederer • **Wissenschaftliche Assistenz:** Martina Einsiedl (martina.einsiedl@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at), Christine Kaufmann (christine.kaufmann@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at), Doris Steininger (doris.steininger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 8. 4. 2022

Kontakt: Josef Baumgartner (josef.baumgartner@wifo.ac.at), Jürgen Bierbaumer (juergen.bierbaumer@wifo.ac.at), Sandra Bilek-Steindl (sandra.bilek-steinidl@wifo.ac.at), Benjamin Bittschi (benjamin.bittschi@wifo.ac.at), Christine Mayrhuber (christine.mayrhuber@wifo.ac.at), Stefan Schiman (stefan.schiman@wifo.ac.at)

Regional asynchrone COVID-19-Wellen, Lieferengpässe und hohe Rohstoffpreise bremsen 2021 den weltweiten Konjunkturaufschwung.

1. Weltkonjunktur 2021 im Zeichen der Pandemie und ihrer Folgen

Die Entwicklung der Weltwirtschaft war auch 2021 von der COVID-19-Pandemie geprägt. In den USA war die Wirtschaftstätigkeit im Winterhalbjahr 2020/21 zwar kaum beeinträchtigt gewesen, im III. Quartal 2021 dämpfte jedoch die Beschleunigung des Infektionsgeschehens die Konjunktur. Auch in Japan bremsen COVID-19-Ausbrüche im Sommer das Wachstum. Im Euro-Raum erholte sich die Wirtschaft hingegen rasch von der pandemiebedingten Stagnation im Winter 2020/21.

Während das BIP in den USA bereits im Sommer 2021 höher war als im IV. Quartal 2019 vor Ausbruch der Pandemie, erreichte es im Euro-Raum und in Japan erst Ende 2021 das Vorkrisenniveau. In China wiederum hatte das BIP bereits 2020 das Vorkrisenniveau überschritten. Lokale COVID-19-Ausbrüche führten dort zwar immer wieder zu teils drastischen, wenn auch regional begrenzten behördlichen Einschränkungen; die Konjunkturschwäche Chinas im Jahr 2021 war aber vor allem auf den Abschwung im Immobiliensektor und den Rückgang der Bauinvestitionen zurückzuführen, die beide mit der Ver-

schärfung von Finanzierungsvorschriften für Immobilienunternehmen zusammenhängen.

Die weltweite Industrieproduktion, die im Frühjahr 2020 stark unter den weitreichenden Schließungen gelitten hatte, war 2021 kaum mehr vom Infektionsgeschehen abhängig. Der damalige Einbruch wurde rasch

– schneller als in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise 2008/09 – kompensiert, sodass das Niveau der Weltindustrieproduktion 2021 bereits wieder über dem Vorkrisenniveau lag. Das weltweite Güterverkehrsaufkommen war bereits im Frühjahr 2021 höher als vor der COVID-19-Krise (Abbildung 1).

Übersicht 1: Wirtschaftswachstum der wichtigsten Handelspartner Österreichs

	Gewichte 2020 in %		Veränderung gegen das Vorjahr in %				
	Waren- exporte ¹⁾	BIP ²⁾	2017	2018	2019	2020	2021
EU 27	67,6	15,0	+ 2,8	+ 2,1	+ 1,8	- 5,9	+ 5,3
Euro-Raum	52,0	12,1	+ 2,6	+ 1,8	+ 1,6	- 6,4	+ 5,3
Deutschland	30,5	3,4	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,1	- 4,6	+ 2,9
Italien	6,2	1,9	+ 1,7	+ 0,9	+ 0,5	- 9,0	+ 6,6
Frankreich	4,3	2,3	+ 2,3	+ 1,9	+ 1,8	- 7,9	+ 7,0
MOEL 5 ³⁾	14,9	1,8	+ 4,6	+ 4,7	+ 4,1	- 3,7	+ 5,3
Ungarn	3,5	0,2	+ 4,3	+ 5,4	+ 4,6	- 4,7	+ 7,1
Tschechien	3,6	0,3	+ 5,2	+ 3,2	+ 3,0	- 5,8	+ 3,3
Polen	3,9	1,0	+ 4,8	+ 5,4	+ 4,7	- 2,5	+ 5,7
USA	6,5	15,9	+ 2,3	+ 2,9	+ 2,3	- 3,4	+ 5,7
Schweiz	5,5	0,5	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,2	- 2,4	+ 3,7
Vereinigtes Königreich	2,9	2,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 1,7	- 9,4	+ 7,5
China	2,7	18,3	+ 6,9	+ 6,7	+ 6,0	+ 2,2	+ 8,1
Insgesamt							
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		52,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,4	- 2,4	+ 6,5
Exportgewichtet ⁵⁾	85,0		+ 2,8	+ 2,4	+ 1,9	- 5,4	+ 5,4

Q: Eurostat, Macrobond, OECD, WIFO-Berechnungen. – 1) Anteile an den österreichischen Warenexporten. – 2) Anteile am weltweiten BIP, kaufkraftgewichtet. – 3) Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – 4) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2020. – 5) EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2020.

Abbildung 1: Weltweiter Warenhandel und globale Industrieproduktion in der COVID-19-Krise



Q: CBP Netherlands, Macrobond.

Die zügige und kräftige Erholung der weltweiten Güternachfrage und die Verlagerung des privaten Konsums von Dienstleistungen zu (dauerhaften) Gütern hatten aller-

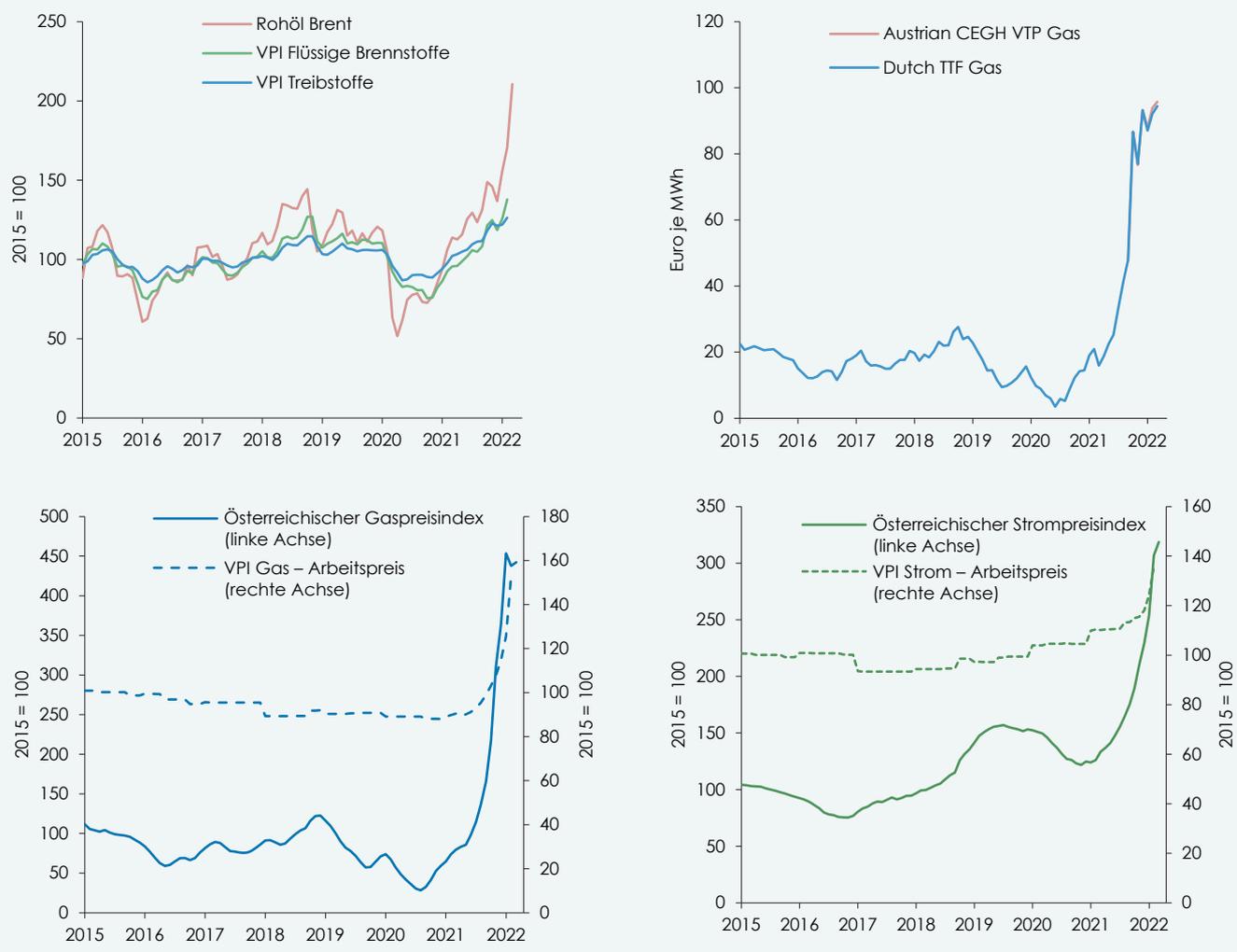
dings Angebotsengpässe zur Folge, die ihrerseits zu starken Preissteigerungen bei Rohstoffen, Vorprodukten und Fertigwaren führten. Da das Angebot mit dem raschen

Nachfrageanstieg in der Industrie nicht mithalten konnte, stiegen die Weltmarktpreise für Rohstoffe und Vorprodukte kräftig. Insbesondere die Energierohstoffpreise verteuerten sich ab der Jahresmitte 2020 deutlich, überschritten zur Jahreswende 2020/21 das Vorkrisenniveau und erreichten im Jahresverlauf 2021 in fast allen Bereichen neue Höchstwerte (Abbildung 2).

Zudem entstanden im internationalen Schiffsverkehr regionale Kapazitätsengpässe, die die Lücke zwischen weltweitem

Warenangebot und -nachfrage verstärkten. Zusammen mit weiteren Erschwernissen wie etwa Hafenschließungen in China und einem außerordentlichen Anstieg der Transportkosten (Abbildung 3) führte dies dazu, dass die weltweite Industrieproduktion und der Warenhandel über weite Strecken des Jahres 2021 auf einem hohen Niveau stagnierten. Ab Herbst nahm die Weltwirtschaft jedoch wieder Fahrt auf, nachdem sich der Rückstau im Containertransport etwas entspannt hatte.

Abbildung 2: Entwicklung der Rohstoff- und Energiepreise

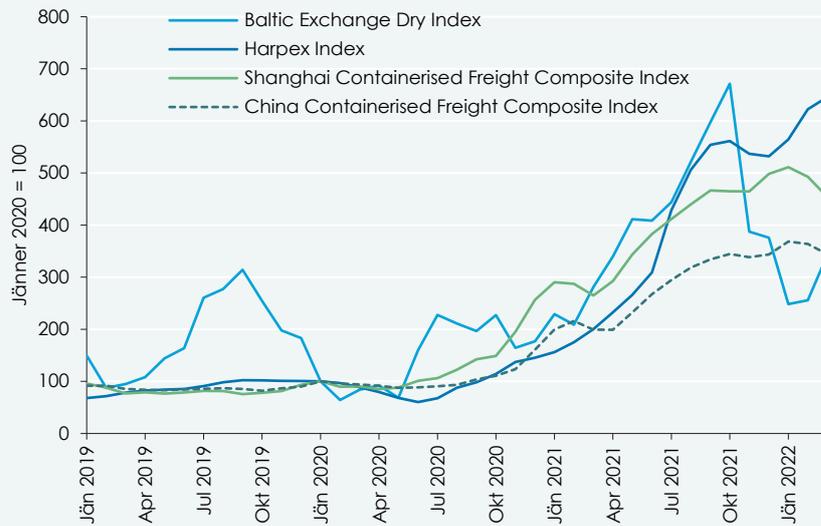


Q: Barchart; HWWI; Österreichische Energieagentur; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. HWWI . . . Weltmarktpreisindex, VPI . . . Verbraucherpreisindex.

Besonders stark betroffen von den internationalen Liefereschwierigkeiten war die deutsche Volkswirtschaft, deren Erholung 2021 deutlich zu schwach ausfiel, um den krisenbedingten Einbruch 2020 auszugleichen. Ein wesentlicher Faktor für die überproportionale Betroffenheit Deutschlands dürfte die hohe Bedeutung der Kfz-Industrie sein. Da Mikrochips in der Endfertigung von Kfz uner-

lässlich sind, litt die deutsche Automobilindustrie besonders unter der Vorproduktknappheit. Der Abwärtstrend der deutschen Industrieproduktion, der schon 2018 eingesetzt hatte, hielt daher bis Herbst 2021 an. Danach profitierte auch die Industrie in Deutschland vom neuerlichen Aufschwung der Weltwirtschaft.

Abbildung 3: Internationale Transport- und Containerfrachtkosten



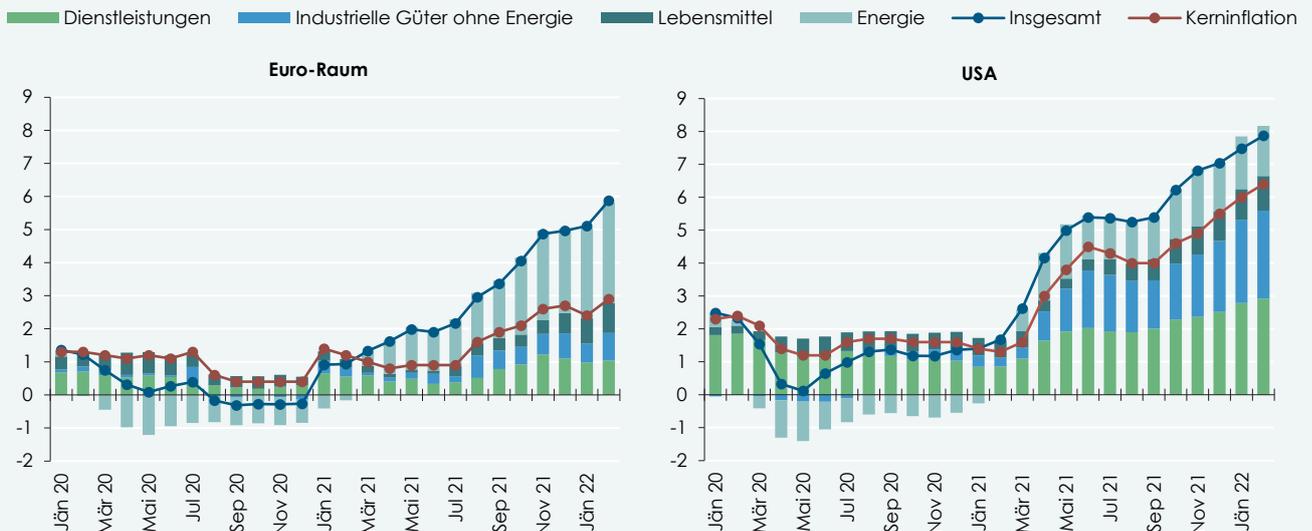
Q: Macrobond.

Im Bereich der Industrierohstoffe erreichte die Teuerung im Frühjahr 2021 ihren vorläufigen Höhepunkt. Der Anstieg der Energiepreise setzte sich hingegen im weiteren Jahresverlauf 2021 fort, insbesondere im Bereich

Erdgas, dessen Preis sich vervielfachte. Der Rohstoffpreisanstieg wirkte sich direkt auf die Verbraucherpreise aus; die Inflation stieg sowohl in den USA als auch im Euro-Raum kräftig (Abbildung 4).

Abbildung 4: Inflation im Euro-Raum und in den USA nach Komponenten

Beitrag zur Gesamtinflation in Prozentpunkten



Q: Eurostat, U.S. Bureau of Labor Statistics, Macrobond, WIFO-Berechnungen.

Die Geldpolitik geriet somit zunehmend unter Druck, da sie weiterhin expansiv und konjunkturstimulierend ausgerichtet war. So wurden die Leitzinsen im Euro-Raum seit Herbst 2019 nicht mehr verändert. Im Zuge ihres seit 2015 wirksamen Anleihenankaufprogram-

mes erwarb die EZB im Jahr 2021 pro Monat Anleihen im Nettoumfang von 20 Mrd. €. Im Rahmen des seit März 2020 laufenden Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) wurden darüber hinaus im Jahres-

durchschnitt 2021 Anleihen im Wert von 70 Mrd. € pro Monat erworben. Die Teuerung im Euro-Raum beschleunigte sich im Jahresverlauf 2021 spürbar. Eine Änderung der geldpolitischen Strategie, die 2021 in Kraft trat, eröffnet der EZB einen größeren Spielraum, um auf den Preisauftrieb zu rea-

gieren: Der Zielwert für die Inflation wurde von "unter, aber nahe 2%" auf 2% angehoben und wird nicht mehr als Obergrenze, sondern als Mittelwert verstanden (Symmetrie), sodass vorübergehend auch eine über dem Zielwert liegende Teuerung zulässig ist.

2. Österreich: Wirtschaftliche Erholung im zweiten Jahr der COVID-19-Krise

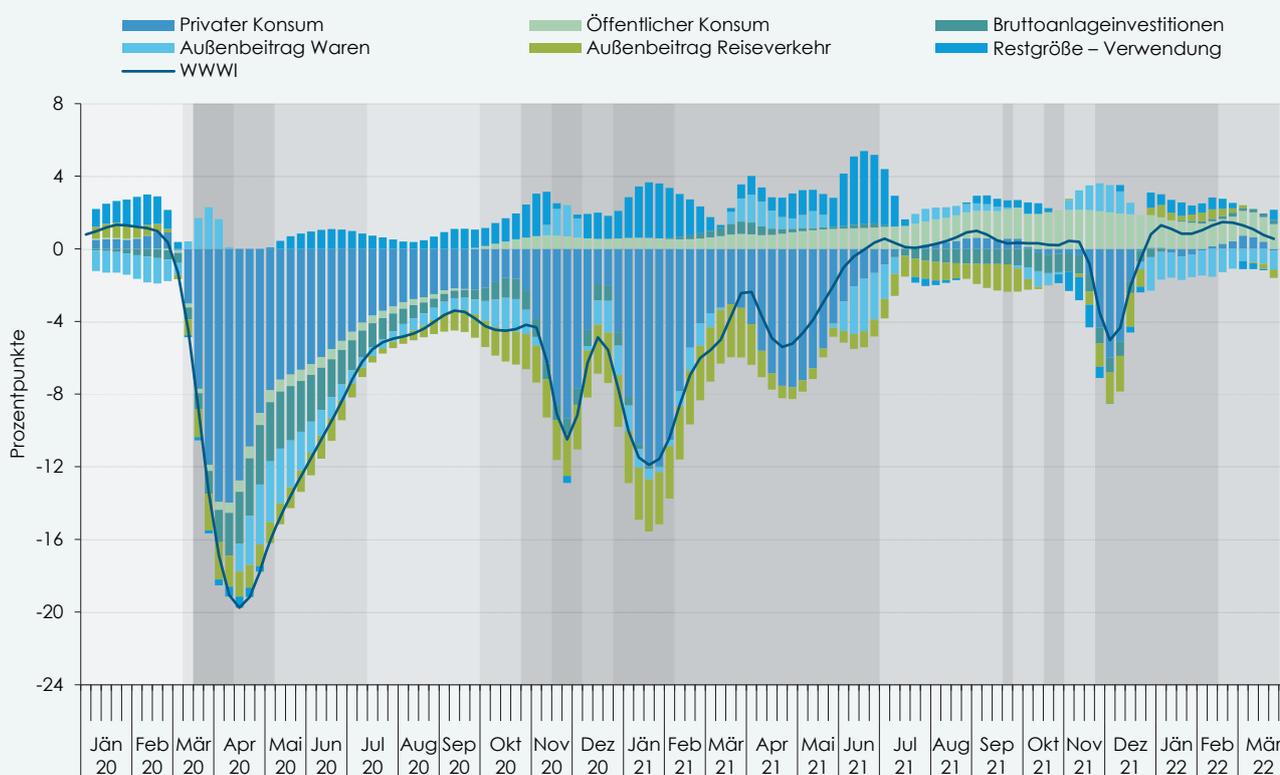
2.1 BIP-Entwicklung durch Lockdowns, Nachholeffekte und eine robuste Industriekonjunktur geprägt

Nach dem drastischen Einbruch der österreichischen Wirtschaftsleistung im Jahr 2020 wuchs das BIP im Jahr 2021 real um 4,5% gegenüber dem Vorjahr (nominell +6,3%). Unterjährig schwankte die wirtschaftliche Aktivität deutlich. In den ersten Monaten des Jahres 2021 dämpften die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie die

heimische Wirtschaftsentwicklung. Von 26. Dezember 2020 bis 8. Februar 2021 galt der dritte vollständige Lockdown. In bestimmten Wirtschaftsbereichen wie der Gastronomie, Hotellerie und Kultur blieben die Einschränkungen bis 19. Mai 2021 aufrecht. Auch regional gab es Unterschiede in der Dauer der behördlichen Einschränkungen¹⁾. Im Laufe des II. Quartals wurden die Restriktionen österreichweit gelockert.

Die konjunkturelle Dynamik in Österreich war auch im Jahr 2021 von gesundheitspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie geprägt.

Abbildung 5: **Wöchentlicher WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI) – Teilkomponenten der Verwendungsseite**



Q: Statistik Austria; University of Oxford, Blavatnik School of Government; WIFO. Die grau hinterlegten Bereiche zeigen die Intensität der in Österreich zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie getroffenen gesundheitspolitischen Maßnahmen laut Stringency Index der Blavatnik School of Government. Dieser Index wird in fünf Intensitätsstufen dargestellt: keine bzw. geringe Einschränkungen . . . lichtgrau: unter 20, 20 bis 40, 40 bis 60, 60 bis 80, starke Einschränkungen . . . dunkelgrau: über 80.

Die mit den COVID-19-Maßnahmen verbundenen Angebotseinschränkungen dämpften den Konsum der privaten Haushalte sowie die Umsätze im Handel und in weiteren

Dienstleistungsbereichen, sodass das BIP im I. Quartal 2021 schrumpfte (-0,4% gegenüber dem Vorquartal). Mit der umfassenden Lockerung der behördlichen Einschrän-

¹⁾ In Vorarlberg kam es bereits ab dem 15. März zu ersten Öffnungen in der Gastronomie. Ein erneuter

vollständiger Lockdown im April war auf Ostösterreich beschränkt.

kungen Mitte Mai weiteten die betroffenen Dienstleistungsbereiche ihre Wirtschaftstätigkeit kräftig aus, wodurch das BIP im II. Quartal um 4,1% stieg. Die Erholung hielt auch im III. Quartal an, in dem die behördlichen Einschränkungen zum Großteil aufgehoben waren.

Im Herbst stiegen die Infektionszahlen wieder an, wodurch ab Anfang November 2021 erneut behördliche Maßnahmen gesetzt wurden (Lockdown für Ungeimpfte ab Kalenderwoche 45, vierter allgemeiner Lockdown in den Kalenderwochen 47 bis 49). Damit sank die heimische Wirtschaftsleistung abermals (IV. Quartal 2021 –1,5% gegenüber dem Vorquartal). Der Einbruch war jedoch nicht so stark wie in früheren Lockdown-Phasen und wurde von einer raschen Erholung abgelöst.

Dies zeigt sich auch am Wöchentlichen WIFO-Wirtschaftsindex (WWWI), der um den Jahreswechsel 2021/22 bereits über dem Niveau der Referenzperiode (Durchschnittswoche im Jahr 2019) notierte. Die heimische Wirtschaftsaktivität profitierte dabei vor allem vom Beginn der Hauptsaison im Wintertourismus. Wenngleich sich die Dynamik im Jänner wieder leicht abschwächte, lag der WWWI auch in den ersten Wochen des Jahres 2022 über dem Vorkrisenniveau (Abbildung 5).

Wie bereits im Vorjahr reagierten auch 2021 vor allem die Konsumausgaben der privaten Haushalte sowie der Außenbeitrag des Reiseverkehrs empfindlich auf Verschärfungen bzw. Lockerung der gesundheitspolitischen Maßnahmen und trugen maßgeblich zur Volatilität der Wirtschaftstätigkeit bei.

Der private Konsum (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) legte 2021 im Vergleich zum Vorjahr, als die behördlichen Maßnahmen die Entwicklung noch deutlicher beeinflusst hatten, um 3,3% zu. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage der öffentlichen Hand im Bereich Gesundheit (z. B. Ausbau des Test- und Impfangebotes) sowie zusätzlicher Personalrekrutierungen in den Bereichen Soziales und Gesundheit wuchs die öffentliche Konsumnachfrage besonders deutlich (+6,7%). Damit stieg der Konsum insgesamt um 4,4%. Auch die Unternehmen erhöhten ihre Nachfrage wieder. Die Bruttoanlageinvestitionen lagen 2021 um 4,0% über dem Vorjahresniveau, wobei der Zuwachs auf alle Teilbereiche entfiel (Ausrüstungsinvestitionen +4,7%, Bauinvestitionen +3,1%, sonstige Investitionen – überwiegend geistiges Eigentum wie Forschung und Entwicklung sowie Computerprogramme und Urheberrechte +4,9%).

Der Außenhandel entwickelte sich 2021 dynamisch, sodass die Rückgänge aus dem Vorjahr mehr als kompensiert wurden. Die Exporte nahmen um 12,7% zu. Zu diesem Anstieg trug sowohl der Waren- als auch der Dienstleistungsexport bei. Das Wachstum der Warenexporte verlor jedoch ab der Jahresmitte im Zuge der aufkeimenden Lieferkettenprobleme an Schwung. Die Entwicklung der Dienstleistungsexporte war vor allem im 1. Halbjahr 2021 durch die volatilen Reiseverkehrsexporte geprägt. Insgesamt stiegen die Importe mit 14,5% etwas stärker als die Exporte, auch hier schwächte sich die Dynamik im Bereich Waren in der zweiten Jahreshälfte ab. Damit dämpfte der Außenhandel im gesamten Jahr 2021 das BIP-Wachstum. Die inländischen Nachfragekomponenten trugen hingegen positiv zum Wachstum bei (Übersicht 3).

Das Aktivitätsniveau der österreichischen Wirtschaft unterlag auch 2021 Schwankungen, wenngleich nicht mehr so stark wie im Vorjahr.

Übersicht 2: Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,1	+ 0,9	– 6,3	+ 4,4
Private Haushalte ¹⁾	+ 1,1	+ 0,7	– 8,5	+ 3,3
Staat	+ 1,2	+ 1,5	– 0,5	+ 6,7
Bruttoinvestitionen	+ 6,1	– 0,2	– 4,6	+ 6,0
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,4	+ 4,8	– 5,2	+ 4,0
Ausrüstungen ²⁾	+ 1,3	+ 4,3	– 8,7	+ 4,7
Bauten	+ 5,6	+ 4,0	– 3,7	+ 3,1
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 6,9	+ 7,3	– 3,2	+ 4,9
Inländische Verwendung	+ 2,5	+ 0,7	– 5,8	+ 5,1
Exporte	+ 5,1	+ 3,4	– 10,8	+ 12,7
Importe	+ 5,3	+ 2,0	– 9,4	+ 14,5
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,5	+ 1,5	– 6,7	+ 4,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Übersicht 3: Wachstumsbeitrag der Nachfragekomponenten zum BIP, real

	2018	2019	2020	2021
	Prozentpunkte			
Konsumausgaben insgesamt	+ 0,8	+ 0,6	- 4,5	+ 3,1
Private Haushalte ¹⁾	+ 0,6	+ 0,3	- 4,4	+ 1,7
Staat	+ 0,2	+ 0,3	- 0,1	+ 1,4
Bruttoinvestitionen	+ 1,5	- 0,0	- 1,2	+ 1,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 1,0	+ 1,2	- 1,3	+ 1,0
Ausrüstungen ²⁾	+ 0,1	+ 0,3	- 0,7	+ 0,4
Bauten	+ 0,6	+ 0,4	- 0,4	+ 0,4
Sonstige Anlagen ³⁾	+ 0,3	+ 0,4	- 0,2	+ 0,3
Inländische Verwendung	+ 2,4	+ 0,6	- 5,6	+ 5,0
Exporte	+ 2,8	+ 1,9	- 6,0	+ 6,5
Importe	- 2,7	- 1,0	+ 4,9	- 7,0
Bruttoinlandsprodukt	in % + 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,5

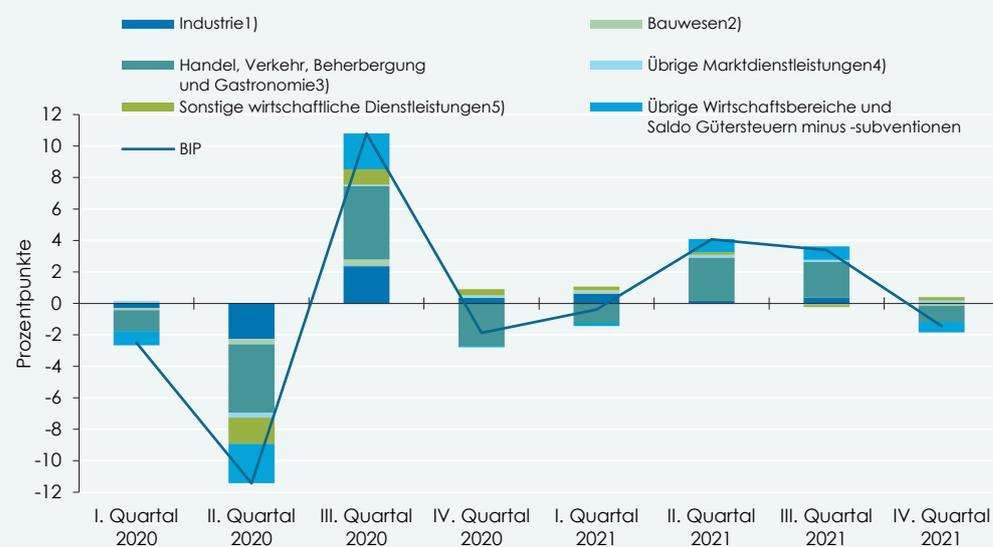
Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Nachdem die Wintersaison 2020/21 fast vollständig ausgefallen war, erholte sich der heimische Tourismus über die Sommermonate. Im Spätherbst dämpfte jedoch die vierte COVID-19-Welle erneut die Erholung. Insgesamt wurde damit eine durchwachsene touristische Bilanz verzeichnet: die Zahl der Nächtigungen ging 2021 im Vergleich zum ersten Krisenjahr 2020 um 18,7% zurück (Fritz & Burton, 2022), wobei sich vor allem der Ausfall der umsatzstarken Monate Jänner bis März stark negativ auf die Jahresbilanz auswirkte.

Die Wertschöpfung im Bereich Beherbergung und Gastronomie sank 2021 um 15,9% (2020 -40,1%). In den anderen von den gesundheitspolitischen Maßnahmen betroffenen Sektoren wurden hingegen nach den Rückgängen 2020 Zuwächse verzeichnet: Im Handel legte die Wertschöpfung um 7,3% zu (nach -4,2% 2020), im Verkehr um 6,5% (nach -13,0%), in den sonstigen Dienstleistungen, zu denen u. a. körpernahe, persönliche Dienstleistungen sowie das Kultur- und Veranstaltungswesen zählen, um 1,3% (nach -19,7%). Unterjährig war vor allem das 1. Halbjahr von starken Zuwächsen gegenüber den Vorquartalen bestimmt.

Abbildung 6: Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zum BIP, real

Beitrag zur Veränderung gegenüber dem Vorquartal, saison- und arbeitstagsbereinigt (gemäß Eurostat-Vorgabe)



Q: Statistik Austria, WIFO. – ¹⁾ ÖNACE B bis E. – ²⁾ ÖNACE F. – ³⁾ ÖNACE G bis I. – ⁴⁾ ÖNACE J bis L. – ⁵⁾ ÖNACE M und N.

Übersicht 4: Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

	2018	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 3,7	- 0,1	- 3,1	+ 6,4
Bergbau, Herstellung von Waren, Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+ 3,9	+ 0,5	- 6,3	+ 9,0
Herstellung von Waren	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,7
Bauwesen	+ 1,1	- 1,6	- 3,0	+ 3,0
Handel	+ 4,2	+ 2,0	- 4,2	+ 7,3
Verkehr	+ 2,1	+ 0,4	- 13,0	+ 6,5
Beherbergung und Gastronomie	+ 1,0	+ 0,6	- 40,1	- 15,9
Information und Kommunikation	+ 8,2	+ 7,9	- 1,7	+ 3,6
Kredit- und Versicherungswesen	+ 3,1	+ 4,4	+ 5,1	+ 2,3
Grundstücks- und Wohnungswesen	+ 1,3	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,4
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	+ 3,8	+ 4,3	- 8,1	+ 7,7
Öffentliche Verwaltung ²⁾	+ 0,9	+ 1,1	- 3,7	+ 2,3
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	+ 0,2	+ 0,8	- 19,7	+ 1,3
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	+ 2,7	+ 1,4	- 6,8	+ 4,4
Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,5

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE M und N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, persönliche Dienstleistungen, private Haushalte (ÖNACE R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

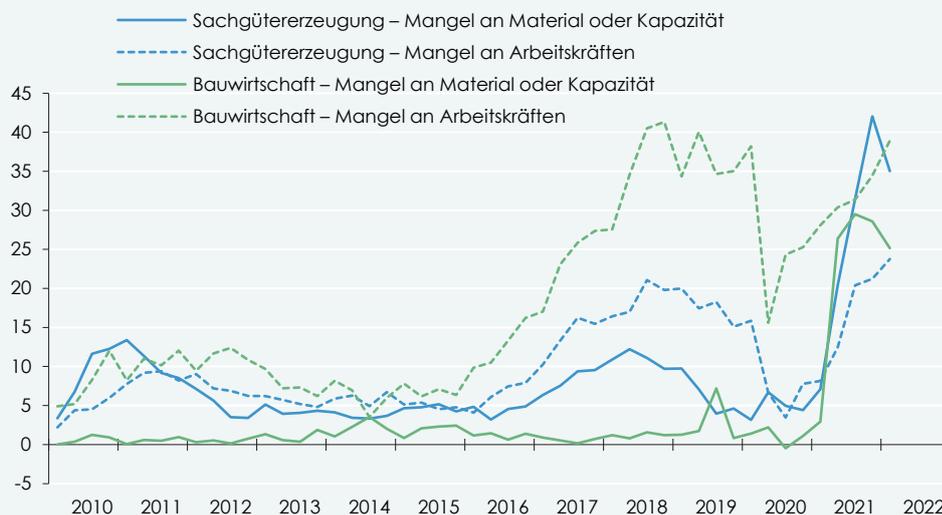
Die heimische Industrie entwickelte sich – ähnlich wie im Euro-Raum – in den ersten drei Quartalen 2021 sehr günstig, verlor allerdings im IV. Quartal an Fahrt. Die Erholung der Weltwirtschaft hatte ab dem Frühling 2021 zunehmend zu Engpässen bei Vorprodukten geführt, die in der Folge auch die

österreichische Industriekonjunktur belasteten. Insgesamt stieg die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung 2021 um 8,7% (nach -7,0% im Jahr 2020). In der Bauwirtschaft betrug das Wachstum 3,0% (nach -3,0%).

Kapazitäts- und Lieferengpässe bei Rohstoffen und Vorprodukten dämpften den Aufschwung der Industriekonjunktur.

Abbildung 7: Produktionshemmnisse in Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft

Anteil der betroffenen Unternehmen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



Q: WIFO-Konjunkturtest. Um die unterjährige Vergleichbarkeit der Zeitreihen zu gewährleisten, werden saisonbereinigte Werte ausgewiesen. Negative Werte können aufgrund des Saisonbereinigungsverfahrens "Dainties" nicht ausgeschlossen werden. Es handelt sich um statistische Artefakte.

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom April 2021 zeigten erstmals eine deutliche Zunahme des Anteils der Unternehmen in der Sachgütererzeugung und Bauwirtschaft, die einen Mangel an Material bzw. Kapazität als

primäres Produktionshemmnis meldeten. Dieser Trend verstärkte sich in den folgenden Befragungen. In der Sachgütererzeugung wurde zu Jahresende 2021 ein Allzeithoch von 42% gemeldet. Auch der Mangel an

Die Konjunkturerholung erhöhte 2021 die Staatseinnahmen und führte zu einer Entspannung auf dem Arbeitsmarkt; die Staatsausgaben stiegen dennoch erneut an.

Arbeitskräften gewann zunehmend an Bedeutung, vor allem in der Bauwirtschaft. Ähnlich hohe Werte waren dort auch unmittelbar vor Beginn der COVID-19-Krise im Frühling 2020 beobachtet worden. Trotz dieser Hemmnisse lagen die Lage- und Erwartungsindizes im Jahr 2021 sowohl im Bauwesen als auch in der Sachgütererzeugung auf sehr hohen Niveaus.

Der Staatshaushalt wurde 2021 erneut durch erhöhte Ausgaben im Zusammenhang mit der COVID-19-Pandemie belastet. Neben fiskalpolitischen Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und Privatpersonen erhöhten auch Aufwendungen für die Test- und Impfinfrastruktur die öffentlichen Ausgaben (+4,4% bzw. +9,4 Mrd. €). Einnahmenseitig wirkte sich der konjunkturelle Aufschwung positiv aus (+8,7% bzw. +16,1 Mrd. €), im Besonderen auf Steuern und Sozialbeiträge. Damit sank das öffentliche Defizit 2021 auf 5,9% des nominellen BIP (nach 8,0% 2020). Die Staatsschulden stiegen erneut an und waren Ende 2021 mit 334,1 Mrd. € um 18,1 Mrd. € höher als Ende 2020. Bei steigendem nominellen BIP ging die Schuldenquote um 0,5 Prozentpunkte auf 82,8% des BIP zurück.

Der Aufschwung führte zu einer raschen Erholung auf dem Arbeitsmarkt. Seit März 2021 stieg die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten im Vorjahresvergleich wieder an, im Jahresdurchschnitt wurde ein Anstieg von 2,5% verzeichnet (nach -2,0% im Jahr 2020). Parallel dazu sank die Arbeitslosenquote auf 8,0% (nach 9,9% 2020).

Auch die Zahl der beim AMS gemeldeten offenen Stellen nahm im Jahresverlauf 2021 deutlich zu und erreichte zu Jahresende

saisonbereinigt einen neuen Höchstwert von über 120.000. Gemessen am gesamten Arbeitskräfteangebot war der Anteil der offenen Stellen nur während der Hochkonjunktur Anfang der 1970er-Jahre ähnlich hoch (Schiman, 2021).

2.2 Tariflohnentwicklung 2021 schwach

Konjunkturelle Entwicklungen wirken sich über den Lohnfindungsprozess mit einer gewissen Verzögerung auf die effektive Lohnentwicklung aus. Die Entwicklung der Löhne und Gehälter im Jahr 2021 wurde maßgeblich durch die Lohnabschlüsse im Herbst 2020 und in den folgenden Monaten mitbestimmt. Die zweite Jahreshälfte 2020 stand im Zeichen der konjunkturellen Erholung, wobei 2021 die Zahl der aktiv unselbständig Beschäftigten mit 3,73 Mio. wieder das Niveau von 2019 erreichte bzw. überschritt. Die Tarifverhandlungen orientierten sich allerdings am niedrigen Verbraucherpreisindex 2020 und allgemein herrschte Unsicherheit über den weiteren Verlauf der COVID-19-Pandemie und etwaige erneute Lockdown-Maßnahmen. Vor diesem Hintergrund einigten sich die Sozialpartner auf Lohnanpassungen für 2021, die in den meisten Fällen deutlich geringer ausfielen als im langjährigen Durchschnitt und im Wesentlichen nur die Inflation des zurückliegenden Jahres ausglich. In den Fachverbänden der Metallindustrie, deren Lohnabschluss traditionell die Herbstlohnrunde einleitet, legten die Tarifpartner eine Anhebung der Ist-Löhne und Ist-Gehälter für 2021 um 1,45% fest. Die Steigerung betrug somit weniger als die Hälfte des Vorjahresabschlusses. Auch im öffentlichen Dienst lag der Abschluss mit 1,45% deutlich unter dem Vorjahr. In den Folgemonaten setzten sich die Abschlüsse in ähnlicher Höhe fort.

Übersicht 5: Entwicklung der kollektivvertraglichen Mindestbezüge

	Gewichtung	Tariflohnindex 2016	
		Beschäftigte insgesamt	
		2020	2021
Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Tariflohnindex insgesamt	1.000.000	+ 2,3	+ 1,7
Ohne öffentlich Bedienstete	837.726	+ 2,3	+ 1,8
Gewerbe und Handwerk	196.327	+ 2,5	+ 1,8
Industrie	163.994	+ 2,4	+ 1,9
Handel	127.187	+ 2,3	+ 1,5
Transport und Verkehr	54.763	+ 2,0	+ 2,2
Tourismus und Freizeitwirtschaft	49.712	+ 1,1	+ 1,7
Banken und Versicherungen	37.035	+ 2,2	+ 1,6
Information und Consulting	67.321	+ 2,3	+ 1,5
Öffentlich Bedienstete	162.274	+ 2,4	+ 1,4

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond; WIFO-Berechnungen auf Basis des Tariflohnindex 2016.

Im gewichteten Durchschnitt führten die Lohnabschlüsse zu einer Erhöhung des Tariflohnindex um 1,7%; gegenüber dem Vorjahr war die Zunahme damit in etwa halb so

groß (Übersicht 5). Der öffentliche Dienst, der mit einem Gewicht von etwa einem Sechstel in den Index eingeht, verzeichnete einen Anstieg um 1,4%, in der Industrie (Gewicht

ebenfalls rund ein Sechstel) waren es 1,9%. In den Dienstleistungsbereichen entsprechen die Steigerungsraten dem gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, einzig im Transport und Verkehr lag die Entwicklung mit +2,2% darüber. Dieser Bereich geht allerdings nur mit einem Gewicht von 5,5% in den Index ein.

Die gesetzlichen Mindestlöhne drücken eine hypothetische Lohnentwicklung aus, die sowohl 2020 als auch 2021 von der effektiven Entwicklung abwich (Übersicht 6). Zum einen wirkt sich die konjunkturell bedingte Veränderung der effektiven Pro-Kopf-Arbeitszeit auf die Pro-Kopf-Einkommen aus. Über alle Branchen lag die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der unselbständig Beschäftigten 2021 bei 27,7 Stunden. Gegenüber dem

Vorjahr kam es somit zu einem deutlichen Anstieg der durchschnittlich geleisteten Arbeitszeit und damit zu einem positiven Effekt auf die Pro-Kopf-Einkommen. Zum anderen stützte auch 2021 das Instrument der Kurzarbeit die Einkommen: im Durchschnitt befanden sich 2021 rund 470.000 Personen in Kurzarbeit, deren Einkommensverluste infolge der Arbeitszeitreduktion großteils durch die öffentliche Hand kompensiert wurden. Insgesamt stiegen die Bruttolöhne und -gehälter pro Kopf 2021 um 3,0% und damit deutlich stärker als die tariflichen Mindestlöhne. Durch den Anstieg der Verbraucherpreise betrug der entsprechende Reallohnzuwachs allerdings nur 0,2%. Auch die Nettolöhne pro Kopf entwickelten sich ähnlich; real legten sie um 0,3% zu (laut WIFO-Prognose von März 2022).

Die Nettoeinkommen entwickelten sich 2021 moderat.

Übersicht 6: Entwicklung der Löhne und Gehälter

	2019	2020	2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter, insgesamt			
Brutto	+ 4,4	- 0,4	+ 5,5
Netto ¹⁾	+ 4,5	+ 0,4	+ 5,6
Beschäftigte ²⁾	+ 1,5	- 2,3	+ 2,4
Löhne und Gehälter pro Kopf³⁾			
Brutto nominell	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,0
Brutto real ⁴⁾	+ 1,4	+ 0,6	+ 0,2
Netto nominell ¹⁾	+ 3,0	+ 2,8	+ 3,1
Netto real ¹⁾⁴⁾	+ 1,4	+ 1,3	+ 0,3
Geleistete Arbeitsstunden pro Kopf³⁾			
	+ 0,5	- 7,2	+ 3,3
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde			
Brutto nominell	+ 2,3	+ 9,9	- 0,2
Brutto real ⁴⁾	+ 0,8	+ 8,4	- 3,0
Netto nominell ¹⁾	+ 2,4	+ 10,7	- 0,1
Netto real ¹⁾⁴⁾	+ 0,9	+ 9,2	- 2,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) 2021: laut WIFO-Konjunkturprognose vom März 2022. – 2) Unselbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – 3) Je unselbständiges Beschäftigungsverhältnis. – 4) Deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex (VPI).

Wird bei der Analyse der Einkommensentwicklung die Arbeitsstunde als Bezugspunkt gewählt, so ergibt sich für 2021 sowohl in der Brutto- als auch in der Nettobetrachtung ein Rückgang der Löhne und Gehälter gegenüber dem Vorjahr. Im Jahr 2020 kam die Kurzarbeitsunterstützung als individueller Lohnersatz für den Arbeitszeitausfall in rund 1,25 Mio. Fällen zum Einsatz (Bock-Schappellwein & Famira-Mühlberger, 2022). Da die Kurzarbeitsunterstützung Teil der monatlichen Bezüge ist, führte die hohe Inanspruchnahme 2020 zu einem außergewöhnlich kräftigen Anstieg der Einkommen pro tatsächlich geleisteter und vom Arbeitgeber abgegoltener Arbeitsstunde (+9,9%). 2021 war der Arbeitsausfall, der durch die Kurzarbeitsunterstützung großteils abgegolten wurde, deutlich geringer als im Vorjahr, wodurch auch die Stundenverdienste je

tatsächlich geleistete Arbeitsstunde sanken. Die Dynamik der Stundenentgelte war 2021 somit stärker von der Veränderung der geleisteten Arbeitsstunden getrieben als von der Entwicklung der Monatslöhne und -gehälter.

2.3 Erholung der Konsumnachfrage – auch Handel verzeichnet wieder Umsatzzuwächse

Nach vorläufigen Daten von Statistik Austria lagen 2021 die Konsumausgaben der inländischen privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) real um 3,3% über dem Vorjahresniveau (Übersicht 7). Nominell entspricht dies einem Anstieg von 5,8%. Der kräftige Einbruch des Jahres 2020 wurde jedoch nicht kompensiert, womit die Konsumausgaben auch 2021

Trotz erneuter einschränkender Maßnahmen wurde die Konsumnachfrage im Vergleich zum historischen Einbruch im Jahr 2020 ausgeweitet.

Mit der Erholung der Konsumnachfrage bei zugleich stabilen verfügbaren Haushaltseinkommen sank die Sparquote auf 11,8%. Die Fortführung der Kurzarbeit und anderer fiskalpolitischer Maßnahmen stützten 2021 die Einkommen der privaten Haushalte.

noch geringer waren als im Vorkrisenjahr 2019 (nominell –3,7 Mrd. €, preisbereinigt –10,3 Mrd. €).

Auch im Jahr 2021 war die Entwicklung des privaten Konsums von der COVID-19-Pandemie und den gesundheitspolitischen Maßnahmen zu ihrer Eindämmung geprägt. Erneute temporäre Schließungen von Handels- und Dienstleistungsbetrieben wie auch Zutrittsbeschränkungen in Geschäften, Lokalen oder zu Sport- und Kulturveranstaltungen führten vor allem im I. und IV. Quartal zu Konsumrückgängen. Auch das Reiseverhalten (u. a. die Wahl des Urlaubslandes, die Dauer oder die Art des Urlaubs) wurde weiterhin von der COVID-19-Pandemie beeinflusst. Die Schwäche der Konsumnachfrage war im Jahr 2021 jedoch insgesamt nicht mehr so ausgeprägt wie noch 2020. Unter anderem stützten auch ausgebaute Take-away- und Click-and-Collect-Angebote die Nachfrage. Dennoch blieb 2021 zusätzlich zu

den Einschränkungen in den Konsummöglichkeiten auch die Unsicherheit über die weitere Entwicklung bestehen, wodurch erneut mehr gespart wurde als in "normalen" Jahren. Die Sparquote der privaten Haushalte sank zwar auf 11,8% (2020: 14,4%), lag aber im langjährigen Vergleich weiterhin auf hohem Niveau und deutlich über dem Wert des Jahres 2019 (8,5%).

Einkommensstützende Maßnahmen aus dem Vorjahr wurden teilweise fortgeführt, wie etwa die Kurzarbeitsunterstützung, der Härtefall-Fonds sowie der Ausfallbonus für Selbständige. Einmalzahlungen wie der Kinderbonus, der Familienhärteausgleich oder Zuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung wurden 2021 hingegen nicht mehr gewährt. In Summe lagen die realen verfügbaren Einkommen 2021 nach vorläufigen Zahlen von Statistik Austria geringfügig über dem Vorjahresniveau (+0,3%; nominell +2,8%).

Übersicht 7: **Privater Konsum, persönlich verfügbares Einkommen, Konsumquote**

	Privater Konsum ¹⁾		Persönlich verfügbares Einkommen		Konsumquote ²⁾
	Nominell	Real ³⁾	Nominell	Real ³⁾	
	Veränderung in % p. a.				
Ø 2009/2013	+ 3,1	+ 0,7	+ 1,9	– 0,5	+ 1,2
Ø 2013/2017	+ 2,8	+ 1,1	+ 2,9	+ 1,2	– 0,2
Ø 2017/2021	+ 0,9	– 1,0	+ 2,2	+ 0,3	– 1,2
2018	+ 3,2	+ 1,1	+ 3,3	+ 1,2	– 0,1
2019	+ 2,4	+ 0,7	+ 3,4	+ 1,6	– 0,9
2020	– 7,2	– 8,5	– 0,7	– 2,0	– 6,6
2021	+ 5,8	+ 3,3	+ 2,8	+ 0,3	+ 3,0

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Konsum in % des persönlichen verfügbaren Einkommens. – ³⁾ Auf Basis von Vorjahrespreisen.

Die Aufgliederung der Konsumnachfrage nach Güterarten (Übersicht 8) zeigt vor allem einen kräftigen Anstieg der Ausgaben für dauerhafte Konsumgüter. Durch die verstärkte Spartätigkeit des Jahres 2020, die vor allem aus den nicht vorhandenen bzw. eingeschränkten Konsummöglichkeiten resultierte (COVID-19-"Zwangssparen"), weiteten viele private Haushalte ihren Sparpolster aus. Dies dürfte 2021 zusammen mit der stabilen Einkommensentwicklung und dem gestiegenen Konsumentenvertrauen wieder zu einer höheren Ausgabenbereitschaft bzw. Nachholkäufen geführt haben, zumindest in den Bereichen Einrichtung, Haushaltsgeräte, Kleidung oder Sportgeräte. Dagegen gingen die Neuzulassungen von konventionell angetriebenen Pkw (Benzin- und Dieselfahrzeuge) abermals kräftig zurück, während Neuzulassungen alternativ angetriebener Pkw weiter stark stiegen. Die Ausgaben für Gebrauchtwagen legten 2021 zu, wodurch der Rückgang des Vorjahres kompensiert wurde.

Ein Nachfragerückgang war 2021 im Bereich der nichtdauerhaften Konsumgüter zu beobachten, worunter auch Nahrungsmittel

und Getränke fallen. Dies ist als Gegenbewegung zum starken Anstieg im Jahr 2020 zu sehen, als Waren des täglichen Bedarfs durch die verminderte Mobilität verstärkt nachgefragt wurden. Der Dienstleistungskonsum, der 2020 aufgrund der Konsumeinschränkungen in der Gastronomie, bei Reisen sowie in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit kräftig zurückgegangen war, stieg 2021 geringfügig (+0,5%).

Im Aggregat ergab sich für den Inlandskonsum eine Stagnation (real +0,2%). Deutlich stärker stieg der Inländerkonsum (real +3,5%). Zu dessen Berechnung wird der Inlandskonsum um Ausgaben erweitert, die in Österreich wohnhafte Personen im Ausland tätigen, und um die Konsumausgaben ausländischer Touristinnen und Touristen im Inland vermindert. Während letztere vor allem in der Winterhauptsaison im I. Quartal 2021 aufgrund von geschlossenen Beherbergungsbetrieben zurückgingen (Gesamtjahr 2021 –29,8%), legte der Konsum von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland stark zu (+81,1%). Im Vergleich zum Vorjahr stiegen 2021 vor allem in den Sommermonaten und im IV. Quartal die Reiseverkehrsimporte.

Übersicht 8: Entwicklung des privaten Konsums im längerfristigen Vergleich

Real, auf Basis von Vorjahrespreisen

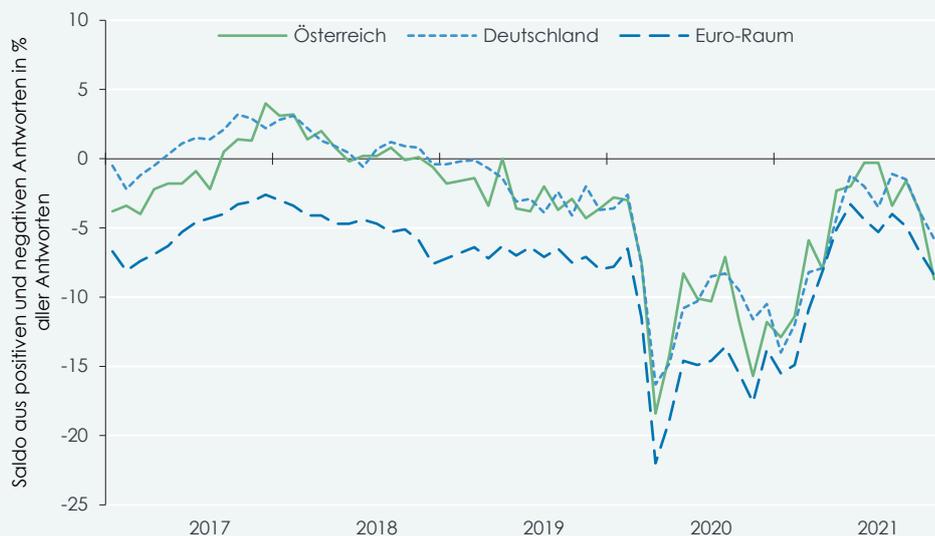
	Ø 2009/ 2013	Ø 2013/ 2017	Ø 2017/ 2021	2018	2019	2020	2021
	Veränderung in % p. a.						
Inlandskonsum	+ 0,8	+ 1,0	- 1,9	+ 1,1	+ 0,7	- 9,2	+ 0,2
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,5	+ 1,3	+ 1,8	+ 0,9	+ 0,2	- 3,2	+ 9,5
Halbdauerhafte Konsumgüter	+ 1,6	+ 1,7	- 2,9	+ 1,0	- 0,0	- 13,7	+ 2,0
Nichtdauerhafte Konsumgüter	+ 0,1	+ 0,5	- 0,6	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,2	- 4,4
Dienstleistungen	+ 1,0	+ 1,0	- 3,0	+ 1,4	+ 1,1	- 14,2	+ 0,5
Konsum von Touristinnen und Touristen in Österreich	+ 0,4	+ 2,4	- 19,5	+ 4,2	+ 2,3	- 43,9	- 29,8
Konsum im Ausland von in Österreich wohnhaften Personen	- 3,0	+ 4,1	- 7,8	+ 7,3	+ 2,0	- 63,6	+ 81,1
Inländerkonsum	+ 0,6	+ 1,0	- 1,0	+ 1,1	+ 0,6	- 8,7	+ 3,5
Konsum privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 1,9	+ 3,0	+ 0,0	+ 1,2	+ 2,6	- 3,7	+ 0,2
Inländerkonsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 0,7	+ 1,1	- 1,0	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,3
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,5	+ 1,4	+ 1,9	+ 1,0	+ 0,3	- 2,6	+ 9,5
Inländerkonsum ohne dauerhafte Konsumgüter	+ 0,7	+ 1,0	- 1,3	+ 1,1	+ 0,7	- 9,1	+ 2,7

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Inländerkonsum . . . Inlandskonsum abzüglich des Konsums von Touristinnen und Touristen in Österreich zuzüglich des Konsums von in Österreich wohnhaften Personen im Ausland.

Das Konsumentenvertrauen, dessen Entwicklung dem Verlauf der COVID-19-Pandemie und den Lockdown-Phasen folgte, verbesserte sich in der ersten Jahreshälfte 2021 deutlich: Nachdem der saisonbereinigte Saldo des harmonisierten EU-Konsumklima-indikators im Jänner 2021 während des dritten Lockdown noch -12,9 Prozentpunkte betragen hatte, stieg der Wert in den Folgemonaten kontinuierlich. Das zwischenzeitliche Tief im April spiegelte den "Ost-Lockdown" in

Wien, Niederösterreich und im Burgenland wider. Danach folgte eine Erholung des Konsumentenvertrauens bis zum Sommer (auf bis zu -0,3 Prozentpunkte im Juli und August), bevor es im Herbst wieder sank und im Dezember während des vierten Lockdown auf -8,7 Prozentpunkte zurückging. Die Entwicklung in Österreich glich dabei jener in Deutschland und im Euro-Raum, wobei in Österreich die Erholung zur Jahresmitte stärker ausgeprägt war (Abbildung 8).

Abbildung 8: Entwicklung des saisonbereinigten Konsumklima-indikators



Q: Eurostat. Arithmetisches Mittel der Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten zur vergangenen und künftigen finanziellen Situation des Haushaltes, zur Ansicht über die künftige allgemeine Wirtschaftslage und zu geplanten größeren Anschaffungen. Saisonbereinigt durch Eurostat mittels Dainties.

Nach teils drastischen Umsatzeinbußen im Jahr 2020 erholten sich die meisten Handelsbranchen im Jahr 2021, wobei die unter-

jährige Entwicklung von den behördlichen Schließungen bestimmt wurde. Der Handel insgesamt verzeichnete 2021 einen Umsatz-

anstieg von 4,7% (real; nominell +11,2%). Der Zuwachs erstreckte sich über alle Bereiche, besonders kräftig waren die Umsatzsteigerungen im Kfz-Handel, wo sie sich vor allem auf die erste Jahreshälfte konzentrierten, nachdem im 1. Halbjahr 2020 ein Nachfrageeinbruch bei Pkw-Neuanschaffungen wie auch auf dem Gebrauchtwagenmarkt verzeichnet worden war. Im Gesamtjahr 2021 stiegen die Umsätze des Kfz-Handels um 9,2% (real; nominell +12,1%). Der Umsatzzuwachs im Großhandel betrug 2021 4,6% (real; nominell +14,9%). Hier war das gesamte Jahr von einem positiven Verlauf gekennzeichnet.

Im Einzelhandel (ohne Kfz-Handel) stiegen die Umsätze um 3,0% real bzw. um 5,1% nominell. In den einzelnen Branchen war jedoch eine heterogene Entwicklung zu beobachten: Während der Lebensmitteleinzelhandel, Drogeriemärkte und Trafiken im Vergleich zum Vorjahr nur moderate

Umsatzsteigerungen erzielten (real +0,5%, nominell +1,7%), entwickelten sich die Umsätze im Einzelhandel mit Nichtnahrungsmitteln besser (real +4,7%, nominell +6,4%). Besonders positiv war hierbei die Entwicklung im Bereich Apotheken und Kosmetik (real +9,6%, nominell +11,5%). Auch andere Teilbereiche des Einzelhandels wie etwa der Sporthandel, der Handel mit Bekleidung und Schuhen, Baumärkte und der Handel mit elektrischen Haushaltsgeräten entwickelten sich 2021 günstig und profitierten teilweise von Nachholkäufen. Umsatzzuwächse verzeichnete auch der Versand- und Internet-Einzelhandel.

Die Beschäftigung im Handel wurde 2021 wieder ausgeweitet (+0,7% nach -1,7% im Jahr 2020; Übersicht 9). Dies gilt sowohl für den Einzelhandel (+1,1%) als auch für den Großhandel (+0,4%), nicht jedoch für den Kfz-Handel (-0,6%).

Übersicht 9: Entwicklung im Handel

	Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz-Handel)	Einzelhandel (ohne Kfz-Handel)
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Umsätze, nominell				
2019	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,9	+ 2,1
2020	- 5,3	- 10,7	- 7,0	+ 0,1
2021	+ 11,2	+ 12,1	+ 14,9	+ 5,1
Umsätze, real				
2019	+ 0,6	- 1,2	+ 0,6	+ 1,2
2020	- 4,8	- 12,5	- 5,3	- 0,2
2021	+ 4,7	+ 9,2	+ 4,6	+ 3,0
Preise (Ø 2015 = 100)				
2019	+ 0,7	+ 1,8	+ 0,4	+ 0,9
2020	- 0,5	+ 2,0	- 1,8	+ 0,4
2021	+ 6,1	+ 2,7	+ 9,7	+ 1,9
Beschäftigung				
2019	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,9	- 0,4
2020	- 1,7	- 1,8	- 1,5	- 1,8
2021	+ 0,7	- 0,6	+ 0,4	+ 1,1

Q: Statistik Austria.

Die Inflationsrate betrug im Jahresdurchschnitt 2021 2,8%; sie stieg dabei von 0,8% im Jänner auf 4,3% im Dezember. Vor allem Energie verteuerte sich kräftig – Mineralölprodukte um 17,6%.

2.4 Energiepreise treiben die Inflation

Die deutlichen Preissteigerungen, die im Jahresverlauf 2021 weltweit beobachtet wurden, waren zu einem großen Teil eine unmittelbare Gegenreaktion (Basiseffekte) auf die wirtschaftlichen Verwerfungen in Folge der COVID-19-Pandemie: auf die globale Rezession im Frühjahr 2020 folgte eine überraschend starke Konjunkturerholung, die vom Sommer 2020 bis zum I. Quartal 2022 anhielt. Das Angebot an Rohstoffen und Vorprodukten konnte mit der rasch wachsenden Nachfrage der Industrie jedoch nicht mithalten, wodurch die Weltmarktpreise deutlich anzogen (siehe auch

Kapitel 1). Der Auftrieb der Verbraucherpreise (laut VPI) im Jahr 2021 ging vor allem auf den starken Anstieg der Energiepreise (Mineralölprodukte ab dem Frühjahr, Erdgas und Strom ab Sommer bzw. Herbst 2021) und der Preise für (dauerhafte) Konsumgüter zurück. Die Inflationsrate, die im Jänner 2021 noch bei 0,8% gelegen war, stieg bis Dezember auf 4,3% (Jahresdurchschnitt 2021: 2,8%, 2020: 1,4%, 2019: 1,5%; Baumgartner, 2021). Die Kerninflation (ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie) betrug 2021 2,0% (Dezember 2,8%, Übersicht 10).

Die starken Preissteigerungen auf dem Weltmarkt bei Rohstoffen (Holz, Erze, Rohöl),

Energie (verarbeitete Mineralölprodukte, Erdgas, Strom; Abbildung 2) und Vorprodukten (z. B. Mikrochips) trieben zusammen mit höheren Transportkosten (Container- und Lkw-Verkehr) die Preise für importierte Güter und die inländischen Produzentenpreise. Dies schlug sich in der Folge rasch auch in den Verbraucherpreisen für Heizöl und Treibstoffe und (deutlich) verzögert in jenen für Erdgas und Strom sowie industrielle Güter (Konsumgüter ohne Nahrungsmittel und Energie) nieder².

Im IV. Quartal 2021 waren rund 44% des Preisanstieges laut VPI auf den Bereich Energie zurückzuführen (1¼ Prozentpunkte; bei einem Gewicht im VPI-Warenkorb von 7,3%), während dieser im I. Quartal noch einen leicht negativen Inflationsbeitrag geliefert hatte. Bei industriellen Gütern (Konsumgüter; Gewicht im VPI-Warenkorb 29%) betrug der Inflationsbeitrag im IV. Quartal 0,9 Prozentpunkte, nach lediglich 0,2 Prozentpunkten im I. Quartal. Der Inflationsbeitrag der Dienstleistungen (Gewicht 49%) blieb im Jahresverlauf mit 1 Prozentpunkt unverändert.

Übersicht 10: Entwicklung des Verbraucherpreisindex

Gliederung nach dem Konsumzweck

	2010	2015	2020	2021	Dezember 2021
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Nationaler Verbraucherpreisindex (VPI)	+ 1,9	+ 0,9	+ 1,4	+ 2,8	+ 4,3
Kerninflationsrate des VPI ¹⁾	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,8
Mikrowarenkorb (täglicher Einkauf)	+ 0,6	+ 1,1	+ 2,9	+ 2,6	+ 4,6
Miniwarenkorb (wöchentlicher Einkauf)	+ 3,4	- 1,3	- 0,6	+ 5,7	+ 9,4
Gebühren und Tarife	+ 0,9	+ 2,5	+ 1,6	+ 1,1	+ 1,1
VPI-COICOP-Gruppen					
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	+ 0,5	+ 0,8	+ 2,3	+ 0,8	+ 1,7
Alkoholische Getränke und Tabak	+ 2,0	+ 3,1	+ 1,2	+ 2,4	+ 3,3
Bekleidung und Schuhe	+ 1,1	+ 0,2	- 0,1	+ 0,7	+ 0,2
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,6	+ 1,2	+ 2,3	+ 3,6	+ 5,4
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,1
Gesundheitspflege	+ 1,6	+ 1,6	+ 2,0	+ 1,7	+ 2,4
Verkehr	+ 3,4	- 3,0	- 1,7	+ 6,6	+ 12,0
Nachrichtenübermittlung	+ 1,9	+ 0,8	- 3,0	- 2,9	- 2,2
Freizeit und Kultur	+ 0,8	+ 1,8	+ 1,7	+ 2,4	+ 4,1
Erziehung und Unterricht	- 4,7	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 1,7
Restaurants und Hotels	+ 1,1	+ 2,9	+ 3,1	+ 3,4	+ 4,3
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,3	+ 1,3
VPI-Sondergliederung					
Unverarbeitete Nahrungsmittel ²⁾	+ 2,0	+ 1,3	+ 3,5	+ 1,5	+ 2,2
Verarbeitete Nahrungsmittel ³⁾	+ 0,1	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,0	+ 2,0
Energie	+ 7,6	- 7,3	- 5,6	+ 12,3	+ 24,3
Industriegüter	+ 1,2	+ 0,5	+ 1,3	+ 2,0	+ 3,6
Dienstleistungen	+ 1,5	+ 2,5	+ 2,4	+ 2,2	+ 2,5
Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)					
Österreich	+ 1,7	+ 0,8	+ 1,4	+ 2,8	+ 3,8
Deutschland	+ 1,1	+ 0,7	+ 0,4	+ 3,2	+ 5,7
Euro-Raum	+ 1,6	+ 0,2	+ 0,3	+ 2,6	+ 5,0

Q: Eurostat, Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel (Fleisch, Fisch, Obst, Gemüse). – ²⁾ Saisonwaren, Fleisch- und Wurstwaren. – ³⁾ Einschließlich alkoholischer Getränke und Tabak.

Die Preise für Nahrungs- und Genussmittel stiegen 2021 um lediglich 1,2%. Die deutliche Verteuerung inländischer Agrargüter und vor allem der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel wurde erst Anfang 2022 in den Konsumentenpreisen sichtbar (I. Quartal 2022: +4,4%, Baumgartner & Sinabell, 2021).

Gemäß harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) betrug die Inflationsrate in Österreich im Jahr 2021 2,8% und war damit niedriger als in Deutschland (+3,2%). Diese Differenz geht vor allem auf Unterschiede in den temporären Mehrwertsteuersenkungen

²⁾ Energiepreissteigerungen im Zeitverlauf (laut VPI): Heizöl 2020 -22,5%, 2021 +21,3%, Dezember 2021 +44,3%; Treibstoffe 2020 -12,6%, 2021 +17,3%, Dezem-

ber 2021 +32,9%; Erdgas 2020 -1,5%, 2021 +7,9%, Dezember 2021 +27,8%; Strom 2020 +5,8%, 2021 +7,0%, Dezember 2021 +12,4%.

zurück, die ab Juli 2020 in beiden Ländern in Reaktion auf die COVID-19-Krise gesetzt wurden. Die Unterschiede betrafen das

Ausmaß, die Dauer, die Breite und die Zielsetzung der Maßnahmen³⁾.

3. Literaturhinweise

- Baumgartner, J. (2021). Verbraucherpreise in Österreich 2021 bis 2023: Entwicklung und Ausblick. *WIFO Research Briefs*, (14). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69237>.
- Baumgartner, J., & Sinabell, F. (2021). Einschätzungen zur aktuellen und erwarteten Preisentwicklung von Nahrungsmitteln in Österreich. *WIFO Research Briefs*, (10). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67442>.
- Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U. (2022). Beschäftigung 2021: nicht alle Branchen konnten von der guten Entwicklung profitieren. *WIFO Research Briefs*, (1). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69291>.
- Fritz, O., Burton, A. (2022). Tourismusanalyse 2021: Gästenächtfügungen auf dem Niveau von 1970. Trotz rasant steigender COVID-19-Infektionszahlen positive Bilanz für Weihnachtstourismus 2021. *WIFO Research Briefs*, (2). <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/69333>.
- Fuest, C., Neumeier, F., & Stöhlker, D. (2020). Die Preiseffekte der Mehrwertsteuersenkung in deutschen Supermärkten: Eine Analyse für mehr als 60.000 Produkte. *ifo Schnelldienst digital*, 1(13), 1-5.
- Loretz, S., & Fritz, O. (2021). Wirkungen der im Zuge der COVID-19-Krise reduzierten Mehrwertsteuersätze. Erfahrungswerte aus rezenten Reformen. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67258>.
- Url, T. (2022). Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhaftere Kreditnachfrage absorbiert. *WIFO-Monatsberichte*, 95(4), 263-274. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69645>.
- Schiman, S. (2021). Vierte COVID-19-Welle bremst kräftigen Aufschwung. Prognose für 2021. *WIFO-Monatsberichte*, 94(10), 695-709. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/68088>.

³⁾ In Deutschland wurde die Mehrwertsteuer auf (fast) alle Güter und Dienstleistungen um rund 2 Prozentpunkte gesenkt. Die Senkung galt von 1. Juli bis 31. Dezember 2020 und zielte darauf ab, die allgemeine Kaufkraft zu stärken und damit den privaten Konsum zu unterstützen (Fuest et al., 2020). In Österreich wurde die Mehrwertsteuer für die von der Pan-

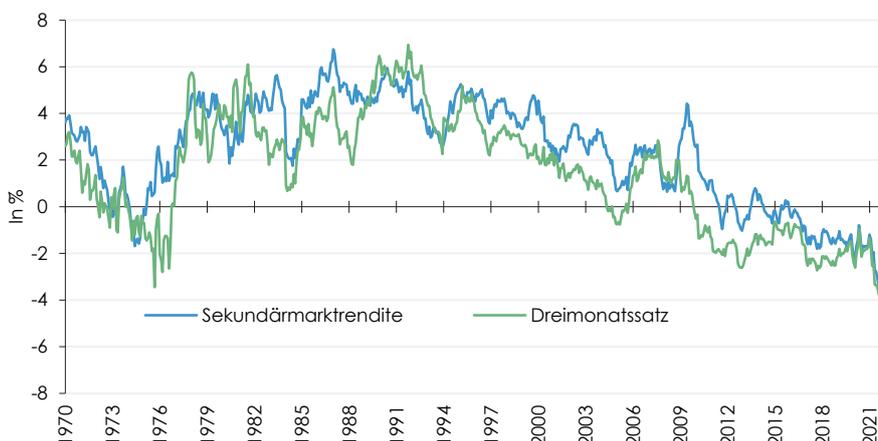
demie besonders betroffenen Wirtschaftsbereiche Gastronomie, Beherbergung und Veranstaltungen im Zeitraum 1. Juli 2020 bis 31. Dezember 2021 um durchschnittlich 8 Prozentpunkte auf 5% gesenkt. Das Ziel war dabei, die Liquidität dieser Unternehmen zu stützen; Preisreduktionen waren nicht intendiert und wurden auch nicht beobachtet (Loretz & Fritz, 2021).

Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhafte Kreditnachfrage absorbiert

Thomas Url

- Die Europäische Zentralbank setzte 2021 ihren expansiven geldpolitischen Kurs fort und kaufte Staatsanleihen im Umfang der gesamten Neuemission an.
- Die Realzinssätze auf Staatsanleihen fielen zu Jahresende mit steigender Inflation tief in den negativen Bereich.
- Die Sparquote der privaten Haushalte blieb 2021 wegen weiterer Lockdowns hoch.
- Das lebhafte Kreditwachstum und günstigere Refinanzierungskosten steigerten den Jahresüberschuss der heimischen Kreditwirtschaft.
- Das Finanzmarktstabilitätsgremium nutzte erstmals die neuen makroprudenziellen Instrumente.
- Der EZB-Stresstest 2021 bestätigte die Krisenfestigkeit der Kreditinstitute in Österreich
- Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse erreichte 2021 knapp 40% des BIP.
- Der real-effektive Wechselkursindex wertete im Jahresverlauf 2021 um bis zu 2,9% ab. Dies stärkte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

Kurz- und langfristige Zinssätze in Österreich, real



"Die Realzinssätze lagen bereits seit Mitte 2011 immer wieder leicht im negativen Bereich. Der unerwartet rasche Anstieg der Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte 2021 erzeugte einen spürbaren Vermögensverlust für festverzinsliche Veranlagungen."

Die Realzinssätze entsprechen den nominellen Zinssätzen abzüglich der Inflationsrate. Der unerwartet rasche Anstieg der Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte 2021 erzeugte einen spürbaren realen Vermögensverlust. Dies gilt sowohl für kurz- als auch für langfristige Veranlagungen in österreichischen Wertpapieren (Q: OeKB; OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond).

Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhaftere Kreditnachfrage absorbiert

Thomas Url

Hohe Liquiditätszufuhr im Kreditwesen 2021 nur teilweise durch lebhaftere Kreditnachfrage absorbiert

Die Zentralbanken setzten 2021 ihren expansiven geldpolitischen Kurs unvermindert fort. Die hohe Versorgung des Kreditwesens mit Liquidität führte zwar zu einer deutlichen Ausweitung der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen und der Wohnbaurdarlehen an private Haushalte; trotzdem bauten die österreichischen Kreditinstitute bis zum Jahresende Überschussreserven im System der Europäischen Zentralbanken im Ausmaß von 125 Mrd. € auf. Gleichzeitig veranlasste die hohe Dynamik in der Neuvergabe von Wohnbaurdarlehen das Finanzmarktstabilitätsgremium zur Vorgabe makroprudenzieller Kriterien. Die österreichische Kreditwirtschaft konnte in diesem Umfeld die Refinanzierungskosten deutlich senken und damit das Nettozinsergebnis steigern. Der kräftige Anstieg der Börsenkurse beflügelte auch die Provisionserträge, sodass sich die Ertragslage insgesamt verbesserte. Die Notenbank der USA bereitete den Finanzmarkt im Zuge ihrer Forward Guidance auf eine geldpolitische Wende vor; dementsprechend wertete der Euro im Jahresverlauf 2021 gegenüber dem Dollar ab.

Buoyant Credit Demand Could Only Partially Absorb High Liquidity Supply in the Banking Sector in 2021

Central banks continued their expansionary monetary policy stance unabated in 2021. Although the high supply of liquidity to the banking sector led to a significant expansion in loans to nonfinancial corporations and in mortgages, Austrian credit institutions accumulated excess reserves within the European System of Central Banks of 125 billion € until the end of 2021. At the same time, the high momentum in mortgages prompted the Austrian Financial Stability Board to prescribe macroprudential criteria. In this environment, the Austrian banking industry was able to reduce its refinancing costs and thus improve net interest income. A strong surge in stock prices also boosted income from fees and commissions, resulting in an overall increase in earnings. With its forward guidance, the Federal Reserve Bank prepared the financial market for a change in monetary policy; accordingly, the euro depreciated against the dollar in the course of 2021.

JEL-Codes: E52, G21, G32, G52 • **Keywords:** Geldpolitik, Kreditwesen, Unternehmensfinanzierung, Sparen der privaten Haushalte

Begutachtung: Atanas Pekanov • **Wissenschaftliche Assistenz:** Cornelia Schobert (cornelia.schobert@wifo.ac.at), Ursula Glauninger (ursula.glauninger@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 14. 4. 2022

Kontakt: Thomas Url (thomas.url@wifo.ac.at)

Importierte Energie- und Agrarpreissteigerungen verlangen eine verhaltene Reaktion der Geldpolitik.

1. Europäische Zentralbank setzt ihren expansiven Kurs fort

Die Europäische Zentralbank (EZB) behielt ihre expansive geldpolitische Strategie über das gesamte Jahr 2021 bei. Die Leitzinssätze blieben konstant niedrig und die mengenorientierten Instrumente waren weiterhin auf eine großzügige Versorgung der Kreditwirtschaft mit Liquidität ausgerichtet. Die direkten Interventionen auf dem Kapitalmarkt in Form von Wertpapierankaufprogrammen wurden ebenfalls im geplanten Umfang von 20 Mrd. € monatlich im Rahmen des Programmes zum Erwerb von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme – APP) und 70 Mrd. € monatlich im Rahmen des Pandemie-Notfallankaufprogrammes (Pandemic Emergency Purchase Programme – PEPP) durchgeführt. Die EZB reagierte damit kaum auf die Fortschritte in der Eindämmung der COVID-19-Pandemie infolge der zunehmenden Durchimpfung der Bevölkerung und die im Jahresverlauf anziehende Inflation.

Während die Inflationsrate im Euro-Raum zu Jahresbeginn 2021 noch um 0,9% geschwankt hatte, erreichte sie zu Jahresende bereits 5%. Die Differenz zwischen der allgemeinen Teuerungsrates und der Inflationsrate ohne unbearbeitete Nahrungsmittel und Energie (Kerninflation) wurde im Jahresverlauf 2021 zunehmend größer, da der allgemeine Preisauftrieb hauptsächlich auf die Bereiche Energie und Nahrungsmittel zurückging. In einer Situation, in der die Inflation wesentlich auf Preissteigerungen von importierten Rohstoffen zurückzuführen ist, ist eine verhaltene Reaktion der Geldpolitik auf den Inflationsschub angebracht, weil die Inlandsnachfrage ohnehin durch unerwartete Reallohnverluste und den Kaufkraftabfluss in die rohstoffproduzierenden Länder gebremst wird.

Die geldpolitische Strategie der EZB stand 2021 nicht nur im Hinblick auf die Beschleunigung der Inflation auf dem Prüfstand, sondern war auch Gegenstand einer strategischen Überprüfung, die zur Anpassung des Inflationszieles führte (Europäische Zentralbank, 2021a). In Zukunft verfolgt die EZB ein symmetrisches mittelfristiges Inflationsziel von 2%¹⁾; sie wird sich dabei weiterhin an der Entwicklung des harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) orientieren. Zusätzlich will die EZB Klimaschutzaspekte in ihren geldpolitischen Handlungen berücksichtigen, und die unerwünschte Konzentration klimabezogener Risiken in der Kreditwirtschaft beschränken. Die drei Leitzinssätze der EZB sollen weiterhin die wichtigsten Instrumente der Geldpolitik bilden, wobei die nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise entwickelten unkonventionellen Instrumente, wie etwa Forward Guidance, Wertpapierankaufprogramme und längerfristige Refinanzierungsgeschäfte, auch in Zukunft eingesetzt werden sollen.

Zur Jahresmitte 2021 initiierte die EZB auch eine zweijährige Untersuchungsphase zur Einführung des digitalen Euro. Bis Mitte 2023 sollen vor allem die Ausgestaltung und die Möglichkeiten zur Ausgabe eines digitalen Euro an private Haushalte und Unternehmen untersucht werden. Ziel des Projektes ist die Vermeidung unerwünschter Auswirkungen der Einführung einer solchen digitalen Währung auf die Finanzmarktstabilität und die Geldpolitik.

Bereits zu Jahresbeginn 2021 veröffentlichte die Notenbank der USA das Ergebnis ihrer Überlegungen zur Anpassung der geldpolitischen Strategie (Federal Reserve Board, 2021). Dabei bekräftigte sie das Ziel einer

längerfristigen durchschnittlichen Inflationsrate von 2%, in Verbindung mit dem Bestreben, in konjunkturellen Abschwüngen eine höchstmögliche Beschäftigung sicherzustellen. Nach einer Periode unterdurchschnittlicher Inflation wird die Federal Reserve Bank künftig auch moderat über 2% liegende Inflationsraten vorübergehend tolerieren. Als Zielgröße wurde die Veränderungsrate des Preisindex für persönliche Konsumausgaben definiert; dieser Index berücksichtigt die gesamten Konsumausgaben privater Haushalte.

Die konjunkturelle Erholung von der COVID-19-Krise war 2021 in den USA dynamischer als im Euro-Raum, zugleich reagierte die Inflationsrate wegen der umfangreichen fiskalpolitischen Impulse in den USA deutlich stärker. Zum Jahresende 2021 legte der VPI in den USA im Vorjahresvergleich bereits um 7% zu, wobei die Differenz zur Kerninflationsrate im Gegensatz zum Euro-Raum gering war. Die geldpolitische Kurskorrektur der Federal Reserve erfolgte nach den weltweit negativen Auswirkungen des "Taper Tantarum" im Jahr 2013 sehr vorsichtig (Lopez-Villavicencio & Pourroy, 2021) und setzte Anfang Juni 2021 mit der Ankündigung ein, das Portfolio angekaufter Unternehmensanleihen (Secondary Market Corporate Credit Facility) abzubauen. Danach wurde im Rahmen der Forward Guidance wiederholt ein Ende des Wertpapierankaufprogrammes angekündigt; gleichzeitig wurden die Finanzmärkte auf eine erste Zinsanhebung im März 2022 vorbereitet.

2021 wurde eine Überprüfung der geldpolitischen Strategie der EZB abgeschlossen. Das Inflationsziel wurde angepasst. Ein größeres Augenmerk soll künftig auf Klimarisiken liegen.

Die Ausgestaltung und die Möglichkeiten zur Ausgabe eines digitalen Euro werden bis Mitte 2023 genauer analysiert.

Das Federal Reserve Board der USA passte seine geldpolitische Strategie ebenfalls an.

Die Notenbank der USA kündigte im Rahmen der Forward Guidance 2021 wiederholt ein Ende der Niedrigzinspolitik an.

2. Geldmarktzinssätze im Euro-Raum weiterhin negativ

Der Geldmarkt im Euro-Raum war auch 2021 durch den negativen Einlagezinssatz der EZB geprägt. Die Taggeldsätze bewegten sich in einem engen Korridor um -0,48. Da der Euribor-Dreimonatszinssatz im Jahresdurchschnitt 2021 bei -0,55% zu liegen kam, war die Zinsstrukturkurve am kurzen Ende sogar leicht invers (Abbildung 1). Die Markterwartungen blieben das ganze Jahr 2021 hindurch konstant und spiegelten die unverändert expansive Geldpolitik der EZB wider.

Die Renditen auf festverzinsliche österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren waren zu Jahresbeginn 2021 zunächst deutlich negativ (Jänner 2021 -0,4%), erholten sich aber bereits im Frühjahr und schwankten für den Rest des Jahres rund um null. Die Emissionstätigkeit der Republik war durch die Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos

von -8,3% des BIP (2020) auf -5,3% (2021)²⁾ geprägt, die vor allem durch die Rücknahme von COVID-19-bedingten Unterstützungsleistungen verursacht wurde. Der Bund nahm im Jahr 2021 Schulden im Ausmaß von 61,9 Mrd. € auf und erreichte eine durchschnittliche negative Verzinsung von -0,34% (Österreichische Bundesfinanzierungsagentur, 2022). Die niedrigen Kosten der Neuverschuldung leisteten auch 2021 einen wichtigen Beitrag zum Rückgang des Zinsaufwandes in den öffentlichen Haushalten. Im Einklang mit der WIFO-Prognose von Dezember 2020 (Schiman, 2021) erwartete der Kapitalmarkt für das Jahr 2021 eine weitere Verringerung des öffentlichen Finanzierungsbedarfs. Im Gegensatz dazu waren die privaten Haushalte 2021 weiterhin mit Lockdowns konfrontiert, was ein Nachholen des privaten Konsums erschwerte. Die Sparquote der privaten Haushalte (einschließlich betrieblicher

Die von der Republik Österreich im Jahr 2021 neu aufgenommenen Schulden von 62 Mrd. € erzielten eine negative Rendite.

¹⁾ Zu den geldpolitischen Strategieänderungen der EZB und der Federal Reserve siehe Pekanov (2021).

²⁾ Siehe Schiman (2022), in diesem Heft.

Versorgungsansprüche) verringerte sich von 14,4% des verfügbaren Einkommens (2020)

auf 11,8% (2021), lag damit aber weiterhin deutlich über den Werten der Vorjahre.

Abbildung 1: **Geldmarktzinssätze in Österreich**



Q: EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond.

Die EZB kaufte 2021 Staatsanleihen im Umfang der gesamten Neuemission an.

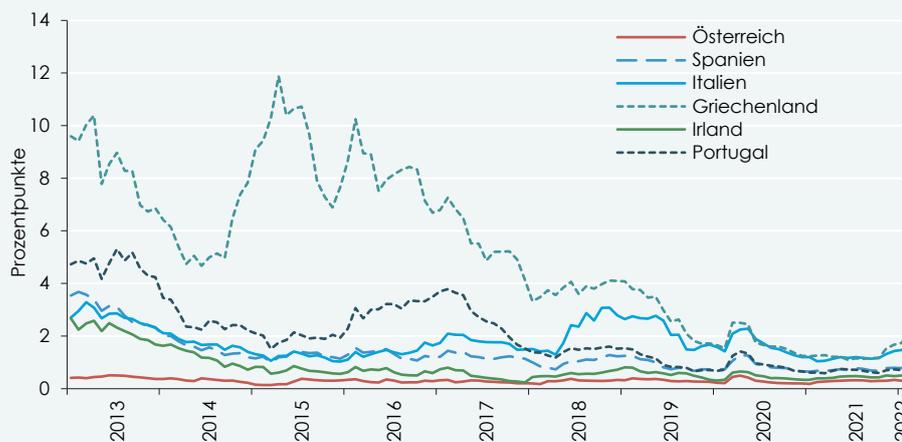
Die Realzinssätze auf Staatsanleihen fielen 2021 mit steigender Inflation tief in den negativen Bereich.

In den anderen Euro-Ländern bot sich 2021 ein ähnliches Bild: Der öffentliche Sektor erholte sich vom Ausgabenschock durch die COVID-19-Hilfsmaßnahmen aber etwas langsamer als in Österreich. Die Nettoneuverschuldung des öffentlichen Sektors blieb 2021 im Euro-Raum mit 7,1% des BIP annähernd konstant (Europäische Kommission, 2021). Das entsprach auf Grundlage der aktuellen Schätzungen für das nominelle BIP einer Neuemission von rund 1.030 Mrd. €. Dass eine Neuverschuldung in diesem Ausmaß kaum Auswirkungen auf die durchschnittliche Rendite europäischer Staatsanleihen hatte und die Zinsabstände zwischen den Staatsanleihen der EU-Mitgliedsländer im Vorjahresvergleich sogar leicht schrumpften (Abbildung 2), war vor allem auf die beiden Wertpapierankaufprogramme der EZB zurückzuführen. Im Rahmen des APP kaufte die

EZB 2021 netto 215 Mrd. € an Wertpapieren an. Zusätzlich ermöglichte das PEPP einen Nettoankauf im Ausmaß von rund 840 Mrd. €, sodass insgesamt Wertpapiere im Umfang des gesamten Neuemissionsvolumens aufgekauft wurden.

Die Realzinssätze – gemessen als Renditen auf die jeweilige Benchmark-Anleihe abzüglich der aktuellen Inflationsrate – fielen im Jahresverlauf sowohl im Euro-Raum als auch in den USA weit in den negativen Bereich. Den Tiefstwert innerhalb des Euro-Raumes verzeichnete Litauen mit einem Realzinssatz von -10,4% (Dezember 2021), aber auch in den USA wurden Ende 2021 mit -5,6% sehr niedrige Werte verzeichnet. Niedrige Inflationserwartungen und die nach wie vor hohe Liquiditätspräferenz der privaten Haushalte begünstigten diese Entwicklung.

Abbildung 2: **Zinsabstand 10-jähriger Staatsanleihen ausgewählter Länder zu deutschen Staatsanleihen**



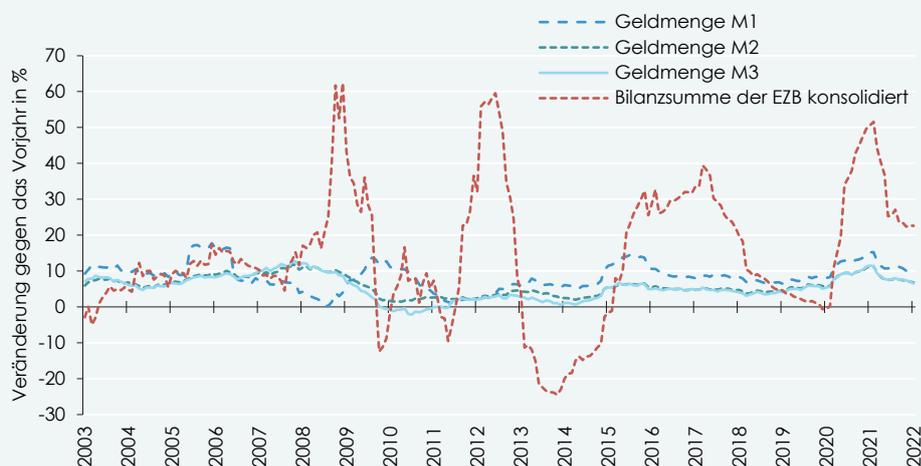
Q: OeNB.

Die Zinsstrukturkurve beschreibt den Unterschied zwischen den Renditen auf Benchmark-Anleihen und den Geldmarktsätzen für Dreimonatspapiere. Sie reflektiert einerseits die aktuelle geldpolitische Ausrichtung der Zentralbank und ist andererseits ein Vorlaufindikator für wirtschaftliche Abschwünge (Rudebusch & Williams, 2009; Chinn & Kucko, 2015). Niedrige Leitzinssätze führen tendenziell zu einem Anstieg der Zinsstrukturkurve und geben gleichzeitig zinsensitiven Ausgabenkategorien einen positiven Impuls. Bei einer restriktiven Geldpolitik drücken steigende Leitzinssätze die Zinsstrukturkurve, und

die zukünftige Nachfrage nimmt tendenziell ab. Der niedrige Wert der Zinsstrukturkurve für österreichische Staatsanleihen von 0,5 Prozentpunkten im Jahresdurchschnitt 2021 steht im Widerspruch zu dieser konventionellen Interpretation und zeigt, dass sich die EZB auch 2021 einer Liquiditätsfalle gegenüber sah: Der geldpolitische Transmissionsmechanismus konnte in einem Niedrigzinsumfeld nahe der unteren Nullgrenze (Zero-Lower-Bound) trotz des extensiven Einsatzes unkonventioneller Instrumente nicht die erhoffte Wirkung entfalten (Inhoffen et al., 2021).

Der gestörte geldpolitische Transmissionsmechanismus und die Wertpapierankaufprogramme verhinderten 2021 weiterhin einen Anstieg der Zinsstrukturkurve.

Abbildung 3: **Geldmengenwachstum im Euro-System**



Q: EZB, Geldmengen saisonbereinigt.

Dieser Befund wird auch durch die Entwicklung der europäischen Geldmengenaggregate untermauert, deren Struktur sich weiter zugunsten hochliquider Formen verschob. Mit einer Zunahme der Geldmenge M3 um 7% war die Dynamik 2021 insgesamt deutlich schwächer als im Vorjahr (2020 +11,2%). Hinter dieser Beruhigung verbirgt sich jedoch weiterhin eine lebhaftere Nachfrage nach kurzfristig verfügbaren Finanzmitteln. Die Sichteinlagen (+10,2%) und die Bargeldhaltung (+7,7%) verzeichneten 2021 besonders hohe Zuwachsraten. Im Gegensatz dazu schrumpften Einlagen mit einer Laufzeit von bis zu zwei Jahren deutlich (-11,4%), was auch durch ein verhaltenes Wachstum der noch länger gebundenen Einlagen (+2,7%)

und der Geldmarktfonds (+3,6%) nicht kompensiert wurde. Nur die Wertpapierpensionsgeschäfte der sonstigen Finanzintermediäre (ohne Pensionsfonds und Versicherungen) – ebenfalls Bestandteil von M3 – legten kräftig zu (+11,9%). Dieses Wachstum dürfte aber durch die Umschichtung von Transaktionen vom Interbankenmarkt auf die elektronischen Plattformen der Wertpapier-Clearinghäuser, die zu den sonstigen Finanzintermediären zählen, verzerrt sein. Aus ökonomischer Sicht handelt es sich dabei um Zwischenbankgeschäfte, die nicht als Ausweitung der Geldmenge betrachtet werden sollten und die auch keine Gefährdung für die Preisstabilität im Euro-Raum erzeugen (Moutot, 2007).

Die Ausweitung der Geldmenge im Euro-Raum ist auf sehr liquide Einlagen konzentriert.

3. Sparquote der privaten Haushalte durch Lockdowns weiterhin hoch

Die Sparquote der privaten Haushalte sank 2021 nach dem Höchstwert im Vorjahr leicht von 14,4% auf 11,8% des verfügbaren Haushaltseinkommens. Die Konsummöglichkeiten der privaten Haushalte waren 2021 weiterhin durch behördliche Maßnahmen eingeschränkt, wodurch die Sparquote deutlich über dem langfristigen Durchschnitt blieb.

Dies ermöglichte den privaten Haushalten im Jahr 2021 eine Ausweitung ihrer finanziellen Aktiva (Transaktionen) um insgesamt 23,3 Mrd. €. Allerdings boten die Konditionen der Kreditwirtschaft für Neueinlagen wenig Anlass für eine deutliche Erhöhung der Einlagen in den Kreditinstituten. Die Zinssätze im Neugeschäft lagen für kurzfristige Einlagen

bis zu einem Jahr Bindungsfrist unverändert bei rund 0,1%; auch für Einlagen mit Bindungsfristen über zwei Jahren konnten nur geringfügig höhere Zinssätze von 0,5% lukriert werden.

Veranlagungsformen auch bei negativen Realzinsen attraktiv.

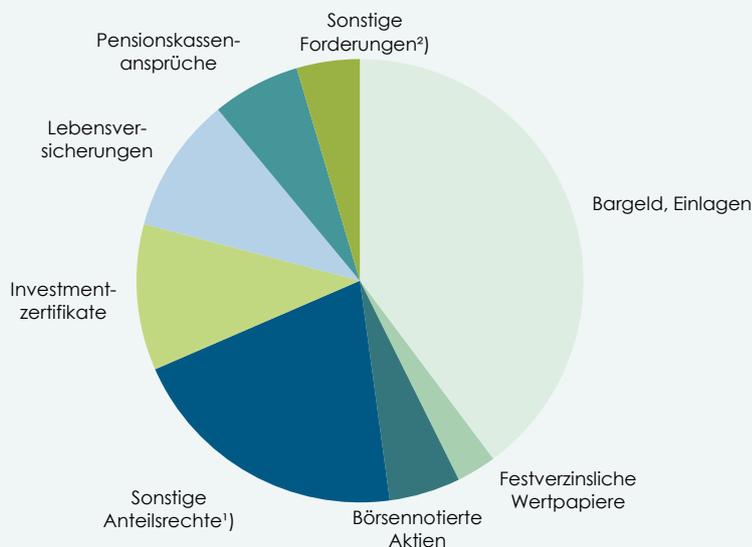
Die privaten Haushalte investierten 2021 deutlich mehr in Investmentfondsanteile.

Die Einlagen im Kreditwesen dominieren nach wie vor die Veranlagungsstruktur der privaten Haushalte.

Die Struktur der Neuveranlagung verschob sich 2021 daher von Bargeld und den sonstigen Einlagen in den Kreditinstituten zu den Investmentfondsanteilen (+9,1 Mrd. € gegenüber 2020). Angesichts des Niedrigzinsumfeldes reduzierten die privaten Haushalte sowohl ihren Bestand an festverzinslichen Wertpapieren (-2,1 Mrd. €) als auch ihre langfristigen Veranlagungen in Form von Lebensversicherungen (-0,6 Mrd. €). Die Bargeld- und Einlagenbestände wurden 2021 dennoch um 11,5 Mrd. € ausgebaut. Darin zeigt sich die weiterhin hohe Liquiditätspräferenz der privaten Haushalte. Die ausgeprägte Unsicherheit über die weitere Entwicklung der COVID-19-Pandemie und die zu Jahresende 2021 verhältnismäßig hoch bewerteten Wertpapiere machten hochliquide und gegen Kurskorrekturen robuste

Die Struktur des Finanzvermögens der privaten Haushalte veränderte sich 2021 kaum gegenüber dem Vorjahr. Sie hängt von der Neuveranlagung und von den Veränderungen der Wertpapierkurse ab. Bargeld und die Spareinlagen in den Kreditinstituten bildeten 2021 nach wie vor den größten Teil der Aktiva; ihr Anteil war nahezu doppelt so hoch wie jener der übrigen Anteilsrechte (Abbildung 4), die neben direkten Unternehmensbeteiligungen von Selbständigen und freiberuflich Tätigen am eigenen Unternehmen auch die Beteiligungen an nicht börsennotierten Kapitalgesellschaften umfassen. Zu den Forderungen an Lebensversicherungen zählen in Österreich auch die Forderungen an private Krankenversicherungen, weil diese Versicherungsverträge eine große Sparkomponente enthalten, mit der die überproportional hohen Gesundheitsausgaben im Alter finanziert werden. Insgesamt machte die altersbezogene Vorsorge 2021 ein Zehntel des Geldvermögens aus.

Abbildung 4: **Struktur des Finanzvermögens der privaten Haushalte**
2021



Q: OeNB. Das Geldvermögen der privaten Haushalte belief sich 2021 insgesamt auf 806 Mrd. €. – ¹⁾ Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²⁾ Kredite, Nicht-Lebensversicherungsansprüche, Ansprüche auf andere Leistungen als Altersversicherungsleistungen, sonstige Forderungen einschließlich Finanzderivate.

4. Höherer Jahresüberschuss im Kreditwesen durch Kreditwachstum und günstigere Refinanzierungskosten

Im Jahr 2021 bauten die privaten Haushalte insgesamt 23,3 Mrd. € an Finanzvermögen neu auf. Dem stand eine beachtliche Ausweitung ihrer Neuverschuldung um 8,1 Mrd. € gegenüber. Sie führte nur teilweise zu einem Aufbau kurzfristiger Konsumkredite, sondern konzentrierte sich vor allem auf Wohnbaudarlehen (+8,0 Mrd. €). Neben

günstigen Kreditzinsen war der rasante Anstieg der Immobilienpreise für den höheren Finanzierungsbedarf bei der Anschaffung von Wohnraum verantwortlich. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete die OeNB österreichweit eine weitere Beschleunigung des Immobilienpreisauftriebs (+11,8%, 2020 +7%).

Nachdem die Veröffentlichung der Leitlinien des Finanzmarktstabilitätsgremiums (FMSG) zur nachhaltigen Vergabe von Wohnbaudarlehen im September 2018 keine ausreichende Verschärfung der Kreditvergaberichtlinien bewirkt hatte, forderte das FMSG die OeNB in seiner letzten Sitzung des Jahres 2021 auf, konkrete Empfehlungen nach dem Bankwesengesetz § 23h an die Finanzmarkt-aufsicht zu formulieren. Damit setzte das FMSG erstmals die neuen makroprudenziellen Instrumente zur Dämpfung der hohen Dynamik in der Vergabe von Wohnbaudarlehen ein (FMSG, 13. 12. 2021). Das FMSG will die nachhaltige Vergabe von Wohnbaudarlehen an folgende Kriterien knüpfen:

- eine Mindest-Eigenmittelquote der Kreditnehmer von 20% des Kaufpreises,
- eine Kreditlaufzeit von höchstens 35 Jahren und
- eine Begrenzung des Schuldendienstes auf höchstens 40% des laufenden Haushaltseinkommens, wobei das Haushaltseinkommen konservativ einzuschätzen sei.

Diese Kriterien werden ab Juli 2022 wirksam. Österreich versucht mit diesem neuen Instrument, die Auswirkungen des expansiven geldpolitischen Kurses der EZB lokal einzudämmen und schließt damit an den bereits in der Phase der Hartwährungspolitik entwickelten Instrumentenmix an (Androsch, 1985; Jobst & Kernbauer, 2016). Die EZB versorgt die Kreditwirtschaft seit der Staatsschuldenkrise 2012/13 über konventionelle und unkonventionelle Instrumente in umfangreichem Ausmaß mit Liquidität. Die österreichischen Kreditinstitute nahmen dieses Angebot 2021 stark in Anspruch, konnten ihr Kreditvolumen aber nicht im selben Umfang ausweiten. Daraus ergab sich ein neuer Höchststand an Überschussreserven österreichischer Kreditinstitute im System der Europäischen Zentralbanken von 125 Mrd. €.

Neben Wohnbaudarlehen verzeichnete die heimische Kreditwirtschaft 2021 auch eine lebhaftere Nachfrage nach Unternehmenskrediten. Die rege Investitionstätigkeit in der österreichischen Wirtschaft (+7,6%) erforderte auch ein entsprechendes Fremdfinanzierungsvolumen. Der Bestand der Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen legte bis zum Jahresende um 8,8% zu, wobei die Unternehmen – angesichts günstiger Zinssätze bei der Neuvergabe von rund 1,5% – vermehrt längerfristige Kreditlaufzeiten wählten. Durch den raschen Anstieg der Unternehmenskredite erhöhte sich deren Anteil am Kreditvolumen insgesamt (ohne Interbankkredite) auf 45% (2020: 44%). Die Kredite der privaten Haushalte stellten 2021 ebenfalls einen Anteil von rund 45%, wobei sich der Anteil der freiberuflich Tätigen und der Selbständigen leicht auf 9,1% verringerte (2020: 9,5%). Die Kreditnachfrage der öffentlichen Hand entwickelte sich im Gleichklang mit der Privat-

wirtschaft, sodass sich ihr Anteil mit 6,2% (2021) kaum veränderte. Auf dem Interbankenmarkt legte das ausstehende Kreditvolumen nach dem Ausnahmejahr 2020 (218 Mrd. €) abermals kräftig auf 235 Mrd. € (2021) zu. Die Kreditvergabe in Österreich entwickelte sich 2021 auch im Vergleich mit dem Euro-Raum sehr schwungvoll: Im gesamten Euro-Raum übertrafen die Kredite (ohne Interbankkredite) das Vorjahresniveau nur um 3,7%.

Die COVID-19-Pandemie weckte vor allem die Befürchtung eines potentiellen Liquiditätsmangels in den privaten Unternehmen. Umfangreiche Hilfsmaßnahmen der öffentlichen Hand konnten eine Insolvenzwellen im Jahr 2020 abwenden (Kaniovski et al., 2021) und trugen bis weit ins Jahr 2021 hinein zur unterdurchschnittlichen Zahl an Insolvenzen bei. Die Finanzierungsrechnung zeigt dementsprechend bis Ende 2021 keine erheblichen Ausfälle auf der Passivseite der Unternehmensbilanzen an. In die nicht börsennotierten Unternehmen wurden 1,8 Mrd. € an Eigenkapital eingebracht. Die Zunahme anderer Positionen auf der Passivseite – vor allem der Kredite (+30,4 Mrd. €) – ermöglichte eine Ausweitung der finanziellen Passiva um insgesamt 32 Mrd. €. Da in den Bestandsgrößen auch die Kursänderungen an den Börsen berücksichtigt werden, vergrößerte sich der Anteil der börsennotierten Aktien seit Jahresbeginn um 2,1 Prozentpunkte, d. h. die Finanzierungsstruktur verschob sich wieder leicht vom Fremd- (51,6%) zum Eigenkapital (48,4%; Abbildung 5).

Die EZB hielt die Leitzinssätze 2021 auf niedrigem Niveau und sorgte damit weiterhin für negative Zinssätze auf dem Geldmarkt. Damit sollten die Refinanzierungskosten der Kreditwirtschaft niedrig gehalten werden. Diese Politik wurde durch günstige Refinanzierungsbedingungen und großzügig dotierte gezielte langfristige Refinanzierungsgeschäfte mit der EZB (TLTRO) noch verstärkt. Weiters wird der Zinsaufwand des Kreditwesens derzeit durch einen Struktureffekt gemildert: alte höher verzinsten gebundene Einlagen reifen ab und können nur zum aktuell niedrigen Zinssatz neu veranlagt werden. Insgesamt gelang es der Kreditwirtschaft dadurch, die Zinsaufwendungen 2021 um 17,3% zu verringern. Die günstigeren Refinanzierungskosten überkompensierten die weiter rückläufigen Zinseinnahmen (-3,3%), wodurch der Nettozinsertrag insgesamt um knapp 400 Mio. € auf 9 Mrd. € zulegen konnte. Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft ist für die Kreditwirtschaft nach wie vor die zweitwichtigste Ertragskomponente. Die vielerorts befürchtete Verlagerung dieses Geschäftszweiges zu Fintech-Unternehmen zeigte sich 2021 noch nicht. Angesichts der weltweit steigenden Wertpapierpreise entwickelten sich die Provisionserträge sehr günstig (+600 Mio. €). Nach zwei verhaltenen Jahren konnte auch durch Investitionen in Wertpapiere und Be-

Das Finanzmarktstabilitätsgremium setzte 2021 erstmals die neuen makroprudenziellen Instrumente für die Vergabe neuer Wohnbaudarlehen ein.

In Österreich entwickelte sich die Kreditvergabe 2021 sehr schwungvoll, auch im Vergleich zum Euro-Raum.

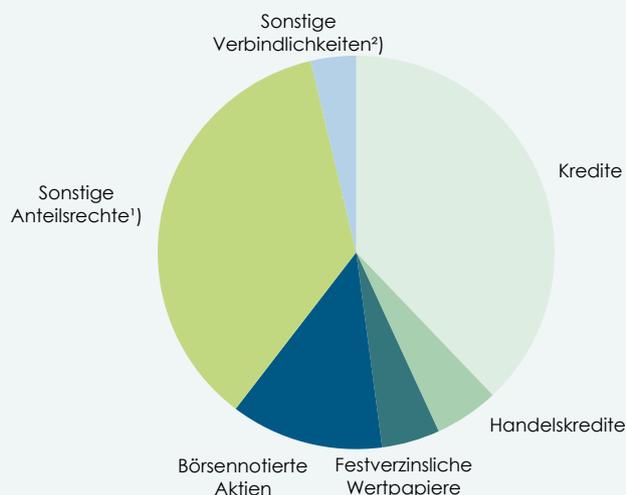
Kurssteigerungen an der Börse erhöhten 2021 den Grad an Eigenkapitalfinanzierung.

Das Kreditwesen konnte 2021 sowohl den Nettozinsertrag als auch die Provisionserträge deutlich steigern.

teiligungen wieder ein Ertrag in Höhe von 3,2 Mrd. € erzielt werden. Insgesamt legten

die Betriebserträge 2021 um 9,7% auf 21,2 Mrd. € zu (Abbildung 6).

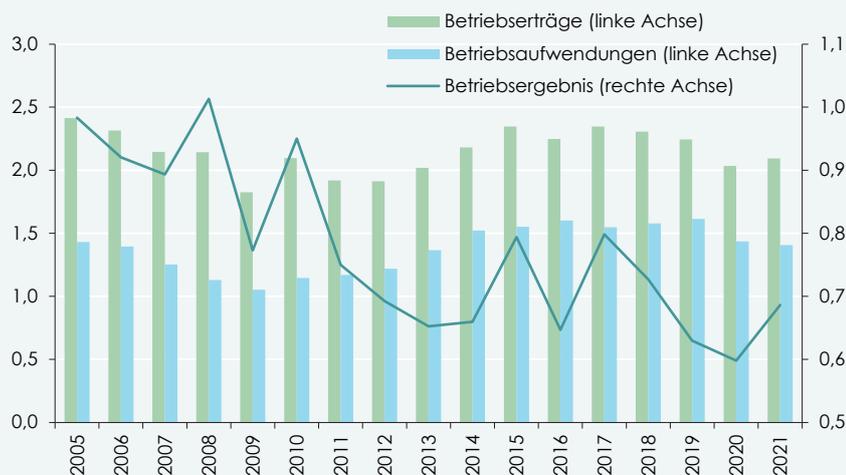
Abbildung 5: **Struktur des Finanzverbindlichkeiten der nichtfinanziellen Unternehmen 2021**



Q: OeNB. Die gesamten Verpflichtungen der nichtfinanziellen Unternehmen beliefen sich 2021 auf rund 955 Mrd. €. – ¹⁾ Nicht börsennotierte Aktien und sonstige Anteilsrechte. – ²⁾ Kapitalgedeckte Pensionsansprüche und sonstige Verbindlichkeiten einschließlich Finanzderivate.

Abbildung 6: **Ertragslage des Bankensystems**

In % der durchschnittlichen Bilanzsumme



Q: OeNB.

Zusammenlegungen und Filialschließungen ermöglichten der Kreditwirtschaft einen fortgesetzten Personalabbau.

Die fortschreitende Digitalisierung und Automatisierung im konventionellen Bankgeschäft eröffnet der Kreditwirtschaft ein breites Spektrum an zusätzlichen Kommunikationsmöglichkeiten mit den Kundinnen und Kunden. Gleichzeitig erfordert der technische Fortschritt auch eine Neuausrichtung des gewöhnlichen Filialbetriebs. Im Jahr 2021 waren 520 Hauptanstalten mit 3.438 Zweigstellen in Betrieb; gegenüber 2008, dem ersten Jahr der Finanzmarkt- und Wirtschafts-

krise, hat sich damit die Zahl der Hauptanstalten um 347 und die der Zweigstellen um 813 verringert. Die umfangreichste Verkleinerung des Filialnetzes erfolgte 2021 im Raiffeisensektor bzw. unter den Volksbanken. Im Gegensatz dazu weiteten die Aktienbanken ihre Zweigniederlassungen bei leicht reduzierter Zahl der Hauptanstalten aus. Mit der Ausdünnung des physischen Filialnetzes ging 2021 auch ein verstärkter Personalabbau einher. Der Jahresdurchschnittsbestand an

unselbständig Beschäftigten lag mit 59.231 Vollzeitäquivalenten um 1,5% unter dem Vorjahreswert. Dementsprechend gedämpft war die Dynamik des Personalaufwands (+1,7%), die deutlich hinter jener des Sachaufwands (+3,3%) und der sonstigen betrieblichen Aufwendungen zurückblieb (+9,8%). Die erwarteten Wertberichtigungen für Kreditrisiken bewegten sich 2021 im unteren Bereich (614 Mio. €), die Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen

verzeichneten 2021 sogar eine Zuschreibung von 1 Mrd. €. Insgesamt wird für die österreichische Kreditwirtschaft ein Jahresüberschuss von 6,5 Mrd. € erwartet (2020: 2,7 Mrd. €), wodurch der Return on Equity von 3,4% (2020) auf 8,1% (2021) steigen würde. Die Cost-Income-Ratio konnte mit 67,2% wieder näher an den langfristigen Durchschnittswert von 66,5% herangeführt werden.

5. EZB-Stresstest 2021 bestätigt Krisenfestigkeit der Kreditinstitute in Österreich

Die EZB führte 2021 den ursprünglich für 2020 geplanten Stresstest für europäische Kreditinstitute durch (Europäische Zentralbank, 2021b). Insgesamt nahmen 89 Institute teil, darunter sechs Gruppen aus Österreich. Der Test wurde für die Erste Group Bank und die Raiffeisen Bank International direkt von der EZB durchgeführt und für die kleineren Institute (BAWAG P.S.K., Raiffeisenlandesbank Oberösterreich, die Volksbanken und Sberbank Europe) durch die OeNB und die Finanzmarktaufsicht unter Führung der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) umgesetzt. Die Ergebnisse wurden zur Jahresmitte veröffentlicht und zeigten, dass alle österreichischen Kreditinstitute auch im harten Stressszenario die gesetzlichen Kapitalanforderungen erfüllten. In den Simulationen von Krisenfällen erwies sich der sprunghafte Anstieg des Kreditrisikos als Hauptfaktor für den potentiellen Verzehr von Eigenkapital. Mit einem durchschnittlichen Verhältnis der notleidenden und uneinbringlichen Forderungen zum aushaftenden Bestand an Krediten von 1,5% (2021) konnte das österreichische Kreditwesen eine leichte Verbesserung gegenüber dem Vorjahr erzielen (-0,1 Prozentpunkt). Der Anteil des Tier-1-Eigenkapitals im Kreditwesen gemessen an den risikogewichteten Aktiva (DCCB) blieb 2021 gegenüber dem Jahresende 2020 nahezu konstant (16,4%). Damit ist ein ausreichend großer Polster für zukünftige Krisen vorhanden. Dementsprechend hob die OeNB Ende Juli 2021 ihre Empfehlung an die Kreditwirtschaft

zur Beschränkung der Dividendenauszahlung auf.

Das positive Ergebnis ging maßgeblich auf die umfangreichen Stützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand zur Vermeidung von Insolvenzen nichtfinanzieller Unternehmen in der COVID-19-Pandemie zurück (Kaniowski et al., 2021). Durch die rasche Liquiditätszufuhr und die Gewährung staatlicher Garantien wurde das Kreditrisiko merklich entschärft. In ihrer Aufsichtsarbeit will die EZB in Zukunft stärker auf zukünftige, noch nicht vollständig realisierte Risiken eingehen. Dazu zählen vor allem klimabezogene und ökologische Risiken der Kreditwirtschaft, die künftig proaktiv von den Kreditinstituten erfasst und in ihre Geschäftsstrategien bzw. ihr Risikomanagement einbezogen werden sollen.

Die von der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berechnete Lücke im Kredit-BIP-Verhältnis zeigt den Unterschied zwischen dem aktuellen und dem über die Zeit mittels Hodrick-Prescott-Filters geglätteten Verhältnis. Eine positive Kreditlücke deutet eine Überhitzung an, während ein negativer Wert Potential für zusätzliche Fremdverschuldung signalisiert. Im III. Quartal 2021 tendierte diese Lücke gegen null (0,4%), was einer ausgeglichenen Situation entspricht. Das FMSG teilte diese Schlussfolgerung in Bezug auf den Gesamtmarkt und setzte den antizyklischen Kapitalpuffer weiterhin mit null fest (FMSG, 13. 12. 2021).

Umfangreiche Stützungsmaßnahmen der öffentlichen Hand verhinderten eine Insolvenzwelle unter den nichtfinanziellen Unternehmen.

Die von der BIZ für Österreich ermittelte Kreditlücke zeigt für 2021 ein ausgeglichenes Kreditwachstum.

6. ATX trotz der internationalen Stimmungswende zur Jahresmitte

Die weltweiten Kurssteigerungen auf den Aktienmärkten, die bereits Ende 2020 begonnen hatten, setzten sich in der ersten Jahreshälfte 2021 fort; nur in Japan beruhigte sich der Markt bereits im Februar und schwenkte in eine Seitwärtsbewegung ein. In den USA und in Deutschland hielt sich die Hausse bis zur Jahresmitte. Nur einzelne Märkte – wie das Vereinigte Königreich und Österreich – konnten den Schwung bis zum Jahresende 2021 mitnehmen. Dieses Muster passt gut zur Entwicklung der internationalen Wirtschaft, die im Frühling 2021 von einem überraschend kräftigen Aufschwung der globalen

Nachfrage gekennzeichnet war. Im weiteren Jahresverlauf 2021 machten sich jedoch Lieferkettenprobleme, lokale Lockdowns, Arbeitskräfteknappheit und nicht zuletzt ein scharfer Anstieg der Energiepreise als dämpfende Faktoren immer stärker bemerkbar (Europäische Kommission, 2021) und trübten die Stimmung ein. Zudem bereitete die Federal Reserve mit ihrer Forward Guidance den Markt immer deutlicher auf eine Straffung der Geldpolitik der USA vor und entzog dem Aktienmarkt damit einen wichtigen Stimulus.

Die Aktienmärkte profitierten 2021 weltweit von der Verringerung der Unsicherheit und der Wiederaufnahme der Dividendenzahlungen.

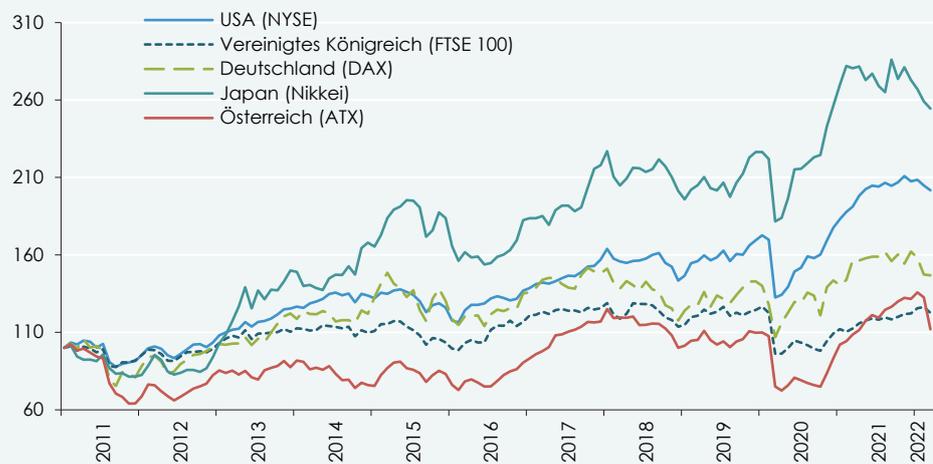
2021 erreichte die Marktkapitalisierung der Wiener Börse knapp 40% des BIP.

Die Wiener Börse (Austrian Traded Index – ATX) schloss das Jahr 2021 dennoch mit einem Kursgewinn von 29% und übertraf damit sowohl den deutschen Aktienindex DAX (+15%) als auch den Standard & Poors 500 der USA (+23%) deutlich. Die starke Konzentration des ATX auf Finanztitel, die in der Vergangenheit oftmals dämpfend gewirkt hatte, erwies sich 2021 als vorteilhaft. Die allgemein gute Entwicklung auf den Aktienmärkten spiegelte sich auch im MSCI-Weltindex, der 2021 um 20% zulegte (ohne Dividendenzahlungen und auf Dollarbasis). Durch die Aufwertung des Dollar im Jahresverlauf verzeichneten europäische Investoren leichte Kursgewinne; in Euro umgerechnet ergab sich ein Zuwachs von 29%. Einschließlich der Dividendenausschüttungen und auf Euro-Basis gewann ein internationales MSCI-gewichtetes Portfolio 2021 32% an Wert. Die Aktienmärkte zeigten trotz der Stimmungswende in der zweiten Jahreshälfte 2021 wenig Unsicherheit. Die implizite

Volatilität von Optionen auf Aktien der Chicago Board Options Exchange (VIX) lag im Jahresdurchschnitt 2021 bei 19,7% und entsprach damit dem langjährigen Durchschnitt seit der Index-Einführung im Jahr 1986 (19,9%).

Die Marktkapitalisierung der Wiener Börse stieg 2021 dank der guten Kursentwicklung auf 156,8 Mrd. € oder 38,9% des nominellen Bruttoinlandsproduktes. Der durchschnittliche monatliche Umsatz erhöhte sich 2021 leicht auf 5,7 Mrd. € (2020: 5,5 Mrd. €), vor allem weil das Interesse an inländischen Aktien und dem Optionshandel zunahm. Das Umsatzvolumen mit ausländischen Aktien erreichte hingegen einen historischen Tiefstand. Sehr erfolgreich präsentierte sich die Wiener Börse als Markt für die Neuemission von Anleihen. In den ersten drei Quartalen 2021 wurden im Vorjahresvergleich mehr als doppelt so viele neue Anleihen in den Handel aufgenommen.

Abbildung 7: Internationale Börsenindizes
Jänner 2011 = 100



Q: Deutsche Bundesbank, OECD, Wiener Börse.

Das Veranlagungsergebnis der Pensionskassen profitierte 2021 von der günstigen Entwicklung auf dem Aktienmarkt.

Die günstige Entwicklung auf den Aktienmärkten und die weiterhin starke Nachfrage der Zentralbanken nach Anleihen ermöglichte den Pensionskassen 2021 ein Veranlagungsergebnis, das deutlich über dem langfristigen Mittelwert von 4% lag. Im Durchschnitt erreichten die Pensionskassen eine Rendite von 7,65%, wobei 2021 die überbetrieblichen Pensionskassen (+7,93%) erneut

eine etwas erfolgreichere Veranlagungsstrategie verfolgten als die betrieblichen (+4,71%). Das in den Pensionskassen veranlagte Kapital legte auf 27,3 Mrd. € oder 6,8% des nominellen BIP zu. In den acht Vorsorgekassen wurden Ende 2021 insgesamt 16,5 Mrd. € bzw. 4,1% des nominellen BIP veranlagt.

7. Nominell- und real-effektive Abwertung

In der zweiten Jahreshälfte 2021 begann die Inflationsrate langsam auf den Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise zu reagieren. Weiterhin spürbare Lieferengpässe für einzelne Vorprodukte verschärften den Preisauftrieb vor allem im Bereich der Produzen-

tenpreise. Zudem erzeugte der starke fiskalische Impuls in den USA eine Überschussnachfrage, die sowohl der allgemeinen wie auch der Kerninflationsrate weiteren Auftrieb verlieh. Schließlich kündigte die Federal Reserve mit einer intensiveren Forward

Die reale Abwertung bis zum Jahresende 2021 stärkte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs.

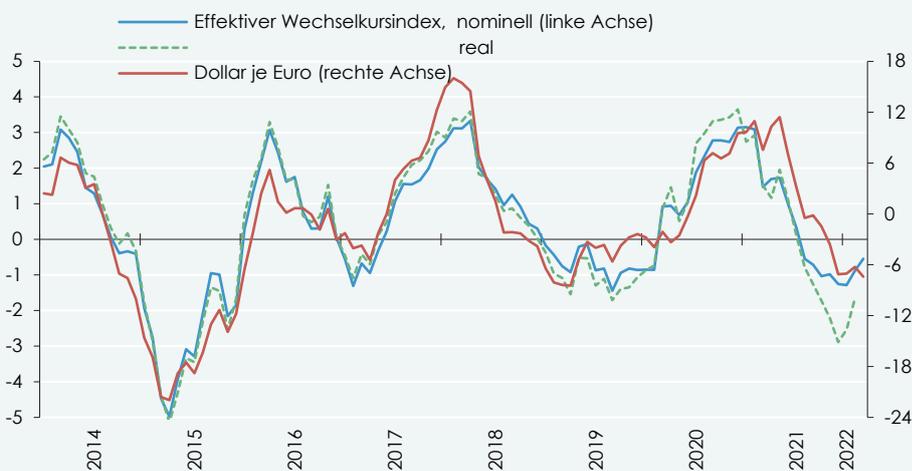
Guidance die Kehrtwende zu einer restriktiven Geldpolitik an. Diese Konstellation stärkte ab Mitte 2021 den Dollar und führte im Jahresverlauf zu einer spürbaren Abwertung des Euro (Dezember 2021 -7,1%). Da durch die Europäische Währungsunion viele bilaterale Wechselkurse im effektiven Wechselkursindex fixiert sind, werden die kurzfristige Bewegungen des nominellen und real effektiven Wechselkursindex überwiegend durch den Kurs des Euro gegenüber dem Dollar und den daran angebotenen Währungen bestimmt³⁾, was sich am ähnlichen Verlauf der Graphen in Abbildung 8 ablesen lässt. Insgesamt ergab sich bis zum Dezember 2021 eine nominell-effektive Abwertung um 1,3%, die in erster Linie durch die kräftige Gegenbewegung der türkischen Lira abgeschwächt wurde.

Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit Österreichs wird zusätzlich durch die Entwicklung der relativen Preise für handelbare Güter

und Dienstleistungen bestimmt. Näherungsweise wird dafür die Entwicklung der Verbraucherpreise in Österreich mit jener in den wichtigsten Partnerländern verglichen. Eine bilaterale Abwertung des Euro sollte in Österreich tendenziell einen verhältnismäßig stärkeren Preisauftrieb verursachen als im jeweiligen Partnerland, sodass die nominelle Abwertung real wieder korrigiert wird und der real-effektive Wechselkursindex mittelfristig stabil bleibt (Peneder et al., 2021); allerdings reagieren die Verbraucherpreise deutlich langsamer als die auf dem Devisenmarkt täglich gebildeten Wechselkurse, sodass die Korrekturbewegung verzögert einsetzt. Im Jahresverlauf 2021 war die reale Abwertung wegen der relativ niedrigeren Inflationsrate in Österreich mit 2,9% stärker als die nominelle. Die leicht abweichende Gewichtung des effektiven Wechselkursindex mit den Industriewaren ergab 2021 eine sehr ähnliche Dynamik wie die Berechnung anhand der Standardgewichtung.

Abbildung 8: **Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Q: OeNB, WIFO.

8. Ausblick

Der Jahresbeginn 2022 war von einer Beschleunigung der Konjunktur geprägt, die mit der Aufhebung des letzten umfangreichen Lockdown Mitte Dezember 2021 einherging. Die zunehmende Inflationsdynamik überraschte sowohl die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger als auch die Sozialpartner, die in den zuletzt abgeschlossenen Kollektivverträgen eine deutlich schwächere Preisentwicklung antizipiert hatten. Dementsprechend verfestigten sich auf den Märkten die Erwartungen einer bevorstehenden geldpolitischen Wende in den USA und

im Euro-Raum. Die EZB kündigte Mitte Dezember 2021 das Auslaufen des PEPP für Ende März 2022 an. Die über dieses Programm angekauften Wertpapiere sollen bis Ende 2024 im EZB-Portfolio verbleiben. Zugleich stellte die EZB ein mögliches Ende des Wertpapierankaufprogrammes APP zum Ende des III. Quartals 2022 in Aussicht. Damit wird die Unterstützung der Wirtschaft im Euro-Raum durch "Quantitative-Easing"-Maßnahmen, wie ursprünglich geplant, auslaufen. Die Federal Reserve zeigte sich auf ihrem letzten geldpolitischen Treffen Mitte

³⁾ Die Gewichte der effektiven Wechselkursindizes Österreichs wurden 2021 neu berechnet (siehe Glauning et al., 2021).

März 2022 noch entschlossener als erwartet und kündigte eine Anhebung der Leitzinssätze auf bis zu 2% bis Ende 2022 an (Vortrag J. H. Powell vom 21. 3. 2022).

Der Einmarsch russischer Truppen in der Ukraine und die nachfolgenden Sanktionen der EU gegen Russland werden das Wachstum in der EU dämpfen und führten bereits zu heftigen Ausschlägen auf den Anleihen- und Devisenmärkten. Damit verbunden war eine unerwartet rasche Aufwärtskorrektur der Renditen auf europäische Staatsanleihen, die eine restriktivere EZB-Politik im Jahr 2022 weniger wahrscheinlich erscheinen lässt. Gleichzeitig vervielfachten sich die Rohstoffpreise bis März 2022 infolge der Verhängung umfangreicher Sanktionen gegen einen der weltweit größten Exporteure von Rohstoffen und Agrarprodukten bzw. aufgrund der erwarteten Produktionsausfälle in

der Ukraine. Falls die allgemeinen Inflationserwartungen durch diese Entwicklung steigen, könnte die Geldpolitik sowohl im Euro-Raum als auch in den USA stärker gestrafft werden als bislang geplant.

Die Aktienkurse reagierten seit Jahresbeginn 2022 auf breiter Basis negativ auf die Eintrübung der Geschäftsaussichten. Darunter litt vor allem der österreichische ATX, der einen überproportionalen Rückgang verzeichnete (-15,6%; Stand 14. 4. 2022). Die Normalisierung der Zinsstrukturkurve wird 2022 und 2023 zu einer weiteren Verbesserung der Zinsmarge in der österreichischen Kreditwirtschaft beitragen, sodass das WIFO derzeit – trotz geringerer erwarteter Provisionseinnahmen – von einer Ausweitung der realen Wertschöpfung in den Finanzdienstleistungen um rund 4,5% pro Jahr ausgeht.

9. Literaturhinweise

- Androsch, H. (1985). *Die politische Ökonomie der österreichischen Währung*. Orac.
- Chinn, M., & Kucko, K. (2015). The Predictive Power of the Yield Curve Across Countries and Time. *International Finance*, 18(2), 129-156. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/abs/10.1111/infi.12064>.
- Europäische Kommission (2021). European Economic Forecast. Autumn 2021. *European Economy, Institutional Paper*, (160). https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/economy-finance/ip160_en_0.pdf.
- Europäische Zentralbank – EZB (2021a). *The ECB's Monetary Policy Strategy Statement*. https://www.ecb.europa.eu/home/search/review/pdf/ecb.strategyreview_monopol_strategy_statement.de.pdf.
- Europäische Zentralbank – EZB (2021b). SSM-wide stress test 2021. https://www.bankingsupervision.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ssm.pr210730_aggregate_results~5a1c5fb6bd.en.pdf.
- Federal Reserve Board (2021). *Statement on Longer-Run Goals and Monetary Policy Strategy*. https://www.federalreserve.gov/monetarypolicy/files/FOMC_LongerRunGoals.pdf.
- Glauning, U., Url, T., & Vondra, K. (2021). Exchange rate index update for Austria shows lower effective appreciation than previously measured. *Monetary Policy & the Economy*, Q4/21, 13-41. <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/Geldpolitik-und-Wirtschaft.html>.
- Inhoffen, J., Pekanov, A., & Url, T. (2021). Low for Long: Side Effects of Negative Interest Rates. European Parliament, Monetary Dialogue Papers. [https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU\(2021\)662920](https://www.europarl.europa.eu/thinktank/en/document/IPOL_STU(2021)662920).
- Jobst, C., & Kernbauer, H. (2016). *The Quest for Stable Money*. Campus Verlag.
- Kaniovski, S., Pekanov, A., & Url, T. (2021). *Ex-post-Analyse der Wirkungen des COVID-19-Maßnahmenpaketes auf die Unternehmensliquidität*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/www/pubid/67189>.
- Lopez-Villavicencio, A., & Pourroy, M. (2021). Fed's Policy Changes and Inflation in Emerging Markets: Lessons from the Taper Tantrum. *Journal of Money, Credit and Banking*. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/jmcb.12803>.
- Moutot, P. (2007). The Role of Other Financial Intermediaries in Monetary and Credit Developments in the Euro Area. European Central Bank, Occasional Paper, (75). <https://www.ecb.europa.eu/pub/pdf/scpops/ecbocp75.pdf>.
- Österreichische Bundesfinanzierungsagentur – ÖBFA (2022). *Republik Österreich Schuldenmanagement. Jahresrückblick 2021*. <https://www.oebfa.at/investor-relations/jahresueckblick.html>.
- Peneder, M., Köppl, A., Bitschi, B., Mayerhofer, P., & Url, T. (2021). Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2021. *WIFO-Monatsberichte*, 94(12), 869-881. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69241>.
- Pekanov, A. (2021). Europäische Wirtschaftspolitik in der COVID-19-Krise. Zwischen Rettungspaket und Maßnahmen zur Konjunkturbelebung. *WIFO-Monatsberichte*, 94(3), 193-203. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/67037>.
- Rudebusch, G. D., & Williams, J. C. (2009). Forecasting Recessions: The Puzzle of the Enduring Power of the Yield Curve. *Journal of Business & Economic Statistics*, 27(4), 492-503. <https://www.tandfonline.com/doi/abs/10.1198/ibes.2009.07213>.
- Schiman, S. (2021). Kompensation hoher Wertschöpfungseinbußen. Prognose für 2020 bis 2022. *WIFO-Monatsberichte*, 94(1), 25-38. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/66830>.
- Schiman, S., & Ederer, S. (2022). Negative Angebotschocks treffen auf kräftige Konjunktur. Prognose für 2022 und 2023. *WIFO-Monatsberichte*, 95(4), 215-230. <https://monatsberichte.wifo.ac.at/69642>.

Kennzahlen zur Wirtschaftslage

1. Internationale Konjunkturindikatoren

- Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote
- Übersicht 2: Verbraucherpreise
- Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes
- Übersicht 4: Dreimonatszinssätze
- Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESGV 2010

- Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren
- Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

2.2 Konjunkturklima

- Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

2.3 Tourismus

- Übersicht 11: Tourismusedwicklung in der laufenden Saison

2.4 Außenhandel

- Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

2.5 Landwirtschaft

- Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

2.6 Herstellung von Waren

- Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage
- Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

2.7 Bauwirtschaft

- Übersicht 16: Bauwesen

2.8 Binnenhandel

- Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

2.9 Private Haushalte

- Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

2.10 Verkehr

- Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

1.1 Wechselkurse

- Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

- Übersicht 7: HWWI-Index

2.11 Bankenstatistik

- Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

2.12 Arbeitsmarkt

- Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren
- Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen
- Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

2.13 Preise und Löhne

- Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise
- Übersicht 25: Tariflöhne
- Übersicht 26: Effektivverdienste

2.14 Soziale Sicherheit

- Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern
- Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten
- Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren
- Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

- Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen
- Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung
- Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen
- Übersicht 34: Beschäftigung
- Übersicht 35: Arbeitslosigkeit
- Übersicht 36: Arbeitslosenquote

2.16 Staatshaushalt

- Übersicht 37: Staatsquoten

Der Tabellensatz "Kennzahlen zur Wirtschaftslage" bietet monatlich einen Überblick über die wichtigsten Indikatoren zur Entwicklung der österreichischen und internationalen Wirtschaft. Die Daten werden unmittelbar vor Redaktionsschluss aus der Volkswirtschaftlichen Datenbank des WIFO abgefragt. Täglich aktuelle Informationen enthalten die "WIFO-Wirtschaftsdaten" auf der WIFO-Website (<https://www.wifo.ac.at/daten/wifo-wirtschaftsdaten>).

1. Internationale Konjunkturindikatoren

Übersicht 1: Standardisierte Arbeitslosenquote

	2019	2020	2021	2021				2022					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	September	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar
	In % der Erwerbspersonen (saisonbereinigt)												
OECD insgesamt	5,4	7,2	6,2	6,7	6,5	5,9	5,5	5,7	5,7	5,5	5,4	5,4	5,2
USA	3,7	8,1	5,4	6,2	5,9	5,1	4,2	4,7	4,6	4,2	3,9	4,0	3,8
Japan	2,4	2,8	2,8	2,9	2,9	2,8	2,7	2,8	2,7	2,8	2,7	2,8	2,7
Euro-Raum	7,6	8,0	7,7	8,2	8,1	7,5	7,1	7,3	7,2	7,1	7,0	6,9	6,8
Belgien	5,5	5,8	6,3	6,7	6,3	6,3	5,8	6,2	5,9	5,8	5,7	5,6	5,6
Deutschland	3,2	3,9	3,6	3,9	3,7	3,5	3,3	3,4	3,3	3,3	3,2	3,1	3,1
Irland	5,0	5,8	6,3	7,4	6,9	5,5	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2	5,2
Griechenland	17,3	16,4	14,8	16,4	16,0	13,7	13,1	13,1	13,1	13,4	12,8	12,8	11,9
Spanien	14,1	15,5	14,8	15,7	15,4	14,6	13,4	14,2	13,8	13,4	13,1	12,8	12,6
Frankreich	8,4	8,0	7,9	8,1	8,2	7,8	7,5	7,6	7,5	7,4	7,5	7,5	7,4
Italien	9,9	9,3	9,5	10,2	9,8	9,1	9,0	9,0	9,2	9,0	8,9	8,6	8,5
Luxemburg	5,6	6,7	5,5	6,3	5,5	5,2	4,9	5,1	5,0	4,9	4,9	4,7	4,6
Niederlande	4,4	4,9	4,2	4,7	4,4	4,1	3,8	4,1	3,9	3,7	3,8	3,6	3,4
Österreich	4,8	6,1	6,2	7,1	6,7	5,6	5,3	4,9	5,8	5,2	4,8	4,9	4,8
Portugal	6,7	7,1	6,6	6,8	6,9	6,4	6,1	6,4	6,4	6,2	5,8	5,8	5,8
Slowakei	5,7	6,6	6,9	7,1	7,0	6,7	6,6	6,7	6,6	6,6	6,6	6,6	6,5
Finnland	6,7	7,8	7,6	8,0	8,1	7,5	6,9	7,7	6,7	6,8	7,2	7,0	6,5
Tschechien	2,0	2,6	2,8	3,3	3,1	2,7	2,2	2,6	2,4	2,2	2,1	2,2	2,4
Ungarn	3,3	4,1	4,1	4,3	4,1	3,9	3,9	3,4	4,0	3,9	3,7	3,8	3,7
Polen	3,3	3,2	3,4	3,6	3,5	3,2	3,1	3,2	3,1	3,1	3,1	3,0	3,0
Schweiz	4,4	4,8	.	5,4	5,3	5,0

Q: OECD; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 2: Verbraucherpreise

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem- ber	Oktober	Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Verbraucherpreisindex													
OECD insgesamt	+ 2,1	+ 1,4	+ 4,0	+ 1,9	+ 3,7	+ 4,4	+ 5,9	+ 4,6	+ 5,2	+ 5,9	+ 6,6	+ 7,2	+ 7,7
USA	+ 1,8	+ 1,2	+ 4,7	+ 1,9	+ 4,8	+ 5,3	+ 6,7	+ 5,4	+ 6,2	+ 6,8	+ 7,0	+ 7,5	+ 7,9
Japan	+ 0,5	- 0,0	- 0,2	- 0,5	- 0,7	- 0,2	+ 0,5	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,5	+ 0,9
Harmonisierter VPI													
Euro-Raum	+ 1,2	+ 0,3	+ 2,6	+ 1,1	+ 1,8	+ 2,8	+ 4,6	+ 3,4	+ 4,1	+ 4,9	+ 5,0	+ 5,1	+ 5,9
Belgien	+ 1,2	+ 0,4	+ 3,2	+ 0,8	+ 2,4	+ 3,3	+ 6,4	+ 3,8	+ 5,4	+ 7,1	+ 6,6	+ 8,5	+ 9,5
Deutschland	+ 1,4	+ 0,4	+ 3,2	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,5	+ 5,4	+ 4,1	+ 4,6	+ 6,0	+ 5,7	+ 5,1	+ 5,5
Irland	+ 0,9	- 0,5	+ 2,4	- 0,1	+ 1,5	+ 3,0	+ 5,4	+ 3,8	+ 5,1	+ 5,4	+ 5,7	+ 5,0	+ 5,7
Griechenland	+ 0,5	- 1,3	+ 0,6	- 2,1	- 0,6	+ 1,3	+ 3,7	+ 1,9	+ 2,8	+ 4,0	+ 4,4	+ 5,5	+ 6,3
Spanien	+ 0,8	- 0,3	+ 3,0	+ 0,5	+ 2,3	+ 3,4	+ 5,8	+ 4,0	+ 5,4	+ 5,5	+ 6,6	+ 6,2	+ 7,6
Frankreich	+ 1,3	+ 0,5	+ 2,1	+ 1,0	+ 1,8	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,4	+ 3,4	+ 3,3	+ 4,2
Italien	+ 0,6	- 0,1	+ 1,9	+ 0,7	+ 1,2	+ 2,1	+ 3,7	+ 2,9	+ 3,2	+ 3,9	+ 4,2	+ 5,1	+ 6,2
Luxemburg	+ 1,6	+ 0,0	+ 3,5	+ 1,0	+ 3,6	+ 3,6	+ 5,7	+ 4,0	+ 5,3	+ 6,3	+ 5,4	+ 4,6	+ 7,8
Niederlande	+ 2,7	+ 1,1	+ 2,8	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,4	+ 5,3	+ 3,0	+ 3,7	+ 5,9	+ 6,4	+ 7,6	+ 7,3
Österreich	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 1,5	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,9	+ 3,3	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 5,5
Portugal	+ 0,3	- 0,1	+ 0,9	+ 0,2	- 0,1	+ 1,2	+ 2,4	+ 1,3	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,8	+ 3,4	+ 4,4
Slowakei	+ 2,8	+ 2,0	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,1	+ 3,4	+ 4,8	+ 4,0	+ 4,4	+ 4,8	+ 5,1	+ 7,7	+ 8,3
Finnland	+ 1,1	+ 0,4	+ 2,1	+ 1,1	+ 2,1	+ 1,9	+ 3,1	+ 2,1	+ 2,8	+ 3,5	+ 3,2	+ 4,1	+ 4,4
Tschechien	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,2	+ 2,8	+ 3,3	+ 5,0	+ 4,0	+ 4,8	+ 4,8	+ 5,4	+ 8,8	+ 10,0
Ungarn	+ 3,4	+ 3,4	+ 5,2	+ 3,3	+ 5,3	+ 5,0	+ 7,1	+ 5,5	+ 6,6	+ 7,5	+ 7,4	+ 7,9	+ 8,4
Polen	+ 2,1	+ 3,7	+ 5,2	+ 3,9	+ 4,6	+ 5,1	+ 7,3	+ 5,6	+ 6,4	+ 7,4	+ 8,0	+ 8,7	+ 8,1
Schweiz	+ 0,4	- 0,8	+ 0,5	- 0,4	+ 0,2	+ 0,7	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,3	+ 1,4	+ 1,9

Q: Statistik Austria; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 3: Internationale Aktienkursindizes

	2019	2020	2021	2021			2022		2021		2022		März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Novem- ber	Dezember	Jänner	Februar		
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Europa, MSCI Europa	+ 0,8	- 4,3	+ 23,0	+ 31,1	+ 28,3	+ 25,8	+ 11,4	+ 27,0	+ 21,1	+ 17,9	+ 12,4	+ 4,9	
Euro-Raum, STOXX 50	+ 1,4	- 4,7	+ 22,9	+ 34,4	+ 25,5	+ 25,2	+ 9,2	+ 27,0	+ 19,2	+ 18,4	+ 11,4	- 0,4	
Deutschland, DAX 30	- 1,3	+ 1,9	+ 23,3	+ 36,9	+ 21,8	+ 20,5	+ 5,7	+ 23,0	+ 16,0	+ 14,1	+ 8,2	- 3,4	
Österreich, ATX	- 9,0	- 20,5	+ 42,5	+ 52,9	+ 59,5	+ 56,9	+ 20,1	+ 58,4	+ 41,3	+ 33,1	+ 27,2	+ 3,1	
Vereinigtes Königreich, FTSE 100	- 1,2	- 13,7	+ 11,6	+ 17,2	+ 16,9	+ 16,9	+ 11,6	+ 16,7	+ 11,7	+ 12,0	+ 14,5	+ 9,0	
Ostmitteleuropa, CECE Composite Index	- 3,1	- 22,1	+ 20,4	+ 26,5	+ 30,3	+ 34,0	+ 13,9	+ 33,3	+ 18,6	+ 22,2	+ 17,5	+ 3,1	
Tschechien, PX 50	- 3,2	- 11,6	+ 29,1	+ 28,4	+ 37,4	+ 48,7	+ 30,7	+ 48,7	+ 41,3	+ 35,1	+ 35,3	+ 22,8	
Ungarn, BUX Index	+ 10,0	- 10,2	+ 29,6	+ 29,7	+ 43,4	+ 41,9	+ 10,7	+ 41,6	+ 23,7	+ 20,1	+ 14,4	- 1,9	
Polen, WIG Index	- 1,3	- 13,9	+ 29,4	+ 34,8	+ 35,0	+ 37,8	+ 13,4	+ 39,9	+ 22,4	+ 20,6	+ 13,8	+ 7,0	
Russland, RTS Index	+ 12,7	- 4,0	+ 28,0	+ 34,1	+ 34,3	+ 39,1	- 7,3	+ 42,1	+ 16,6	+ 1,8	- 7,0	- 37,2	
Amerika													
USA, Dow Jones Industrial Average	+ 5,3	+ 2,0	+ 26,4	+ 38,9	+ 27,9	+ 22,1	+ 9,9	+ 22,9	+ 18,3	+ 15,1	+ 10,6	+ 5,1	
USA, S&P 500 Index	+ 6,1	+ 10,5	+ 32,8	+ 42,7	+ 33,2	+ 29,5	+ 15,5	+ 31,5	+ 26,5	+ 20,6	+ 14,2	+ 12,3	
Brasilien, BM&FBOVESPA	+ 23,3	- 1,9	+ 18,4	+ 45,9	+ 19,4	+ 0,6	- 4,6	- 0,3	- 8,8	- 11,0	- 4,1	+ 1,0	
Asien													
Japan, Nikkei 225	- 2,7	+ 4,7	+ 27,0	+ 39,4	+ 24,7	+ 14,4	- 6,4	+ 16,2	+ 6,4	- 0,6	- 8,2	- 9,3	
China, Shanghai Index	- 0,8	+ 7,2	+ 13,1	+ 22,3	+ 6,8	+ 6,8	- 3,0	+ 5,8	+ 6,7	- 0,9	- 3,2	- 4,6	
Indien, Sensex 30 Index	+ 8,3	- 1,1	+ 41,8	+ 56,2	+ 46,6	+ 36,9	+ 16,1	+ 38,1	+ 24,7	+ 22,5	+ 13,6	+ 12,7	

Q: Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

Übersicht 4: Dreimonatszinssätze

	2019	2020	2021	2021			2022		2021		2022		März
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem- ber	Dezember	Jänner	Februar	
	In %												
USA	2,2	0,6	0,1	0,1	0,1	0,1	0,4	0,1	0,1	0,2	0,2	0,4	0,7
Japan	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1
Kanada	1,9	0,6	0,2	0,2	0,2	0,3	0,6	0,2	0,3	0,3	0,5	0,6	0,9
Euro-Raum	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,5
Tschechien	2,1	0,9	1,1	0,4	0,9	2,8	.	2,0	3,0	3,5	4,2	4,7	.
Dänemark	- 0,4	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	.	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,3	.
Ungarn	0,2	0,7	1,4	0,8	1,1	2,8	4,8	2,0	2,6	3,7	4,1	4,4	6,0
Polen	1,7	0,6	0,6	0,2	0,2	1,8	3,8	0,7	2,1	2,5	3,0	3,7	4,8
Schweden	- 0,4	- 0,1	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,4	- 0,2	- 0,1	- 0,2
Vereinigtes Königreich	0,8	0,3	0,1	0,1	0,1	0,2	0,8	0,2	0,1	0,2	0,5	0,8	1,0
Norwegen	1,6	0,7	0,5	0,2	0,5	0,9	.	0,7	0,8	1,0	1,1	1,2	.
Schweiz	- 0,7	- 0,7	- 0,8	- 0,7	- 0,8	- 0,8	.	- 0,8	- 0,8	- 0,8	.	.	.

Q: OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

Übersicht 5: Sekundärmarktrendite

	2019	2020	2021	2021			2022		2021			2022	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	In %												
USA	2,1	0,9	1,4	1,6	1,3	1,5	1,9	1,6	1,6	1,5	1,8	1,9	2,1
Japan	- 0,1	- 0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Kanada	1,6	0,8	1,4	1,5	1,2	1,6	1,9	1,6	1,7	1,5	1,8	1,9	2,1
Euro-Raum	0,6	0,2	0,2	0,3	0,1	0,3	0,8	0,4	0,3	0,3	0,5	0,9	1,1
Belgien	0,2	- 0,1	- 0,0	0,1	- 0,1	0,1	0,5	0,2	0,1	0,0	0,3	0,6	0,8
Deutschland	- 0,3	- 0,5	- 0,4	- 0,3	- 0,5	- 0,3	0,1	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,1	0,2	0,3
Irland	0,3	- 0,1	0,1	0,2	0,0	0,2	0,7	0,2	0,2	0,1	0,4	0,8	0,9
Griechenland	2,6	1,3	0,9	0,9	0,7	1,2	2,2	1,0	1,2	1,3	1,6	2,5	2,6
Spanien	0,7	0,4	0,3	0,4	0,3	0,5	1,0	0,5	0,5	0,4	0,7	1,1	1,2
Frankreich	0,1	- 0,1	0,0	0,1	- 0,0	0,1	0,6	0,2	0,1	0,1	0,3	0,7	0,8
Italien	2,0	1,2	0,8	0,9	0,7	1,0	1,7	1,0	1,0	1,1	1,4	1,8	1,9
Luxemburg	- 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,3	- 0,4	- 0,2	0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,0	0,4	0,6
Niederlande	- 0,1	- 0,4	- 0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,3	0,2	- 0,2	- 0,3	- 0,3	- 0,1	0,2	0,3
Österreich	0,1	- 0,2	- 0,1	0,0	- 0,1	0,0	0,5	0,1	- 0,0	- 0,0	0,2	0,5	0,7
Portugal	0,8	0,4	0,3	0,4	0,2	0,4	0,9	0,4	0,4	0,4	0,6	1,1	1,2
Finnland	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,0	- 0,1	0,0	0,5	0,1	0,0	- 0,1	0,2	0,5	0,7
Dänemark	- 0,2	- 0,4	- 0,1	0,1	- 0,1	0,0	0,4	0,1	0,0	- 0,1	0,1	0,5	0,6
Schweden	0,0	- 0,0	0,3	0,4	0,2	0,3	0,6	0,4	0,3	0,1	0,4	0,6	0,8
Vereinigtes Königreich	0,9	0,3	0,7	0,8	0,7	1,0	1,4	1,1	0,9	0,8	1,2	1,5	1,5
Norwegen	1,5	0,8	1,4	1,5	1,3	1,6	2,1	1,7	1,6	1,6	1,9	2,1	2,3
Schweiz	- 0,5	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	0,2	- 0,1	- 0,1	- 0,2	0,0	0,2	0,4

Q: OeNB; OECD; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Rendite langfristiger staatlicher Schuldverschreibungen. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

1.1 Wechselkurse

Übersicht 6: Referenzkurse der wichtigsten Währungen zum Euro

	2019	2020	2021	2021				2022		2021		2022		
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Fremdwährung je Euro													
Dollar	1,12	1,14	1,18	1,21	1,21	1,18	1,14	1,12	1,14	1,13	1,13	1,13	1,13	1,10
Yen	122,06	121,78	129,86	127,73	131,90	129,76	130,04	130,46	130,12	128,80	130,01	130,66	130,71	
Schweizer Franken	1,11	1,07	1,08	1,09	1,10	1,08	1,05	1,04	1,05	1,04	1,04	1,05	1,02	
Pfund Sterling	0,88	0,89	0,86	0,87	0,86	0,86	0,85	0,84	0,85	0,85	0,84	0,84	0,84	
Schwedische Krone	10,59	10,49	10,14	10,12	10,14	10,19	10,12	10,48	10,05	10,27	10,36	10,53	10,55	
Dänische Krone	7,47	7,45	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	7,44	
Norwegische Krone	9,85	10,72	10,16	10,26	10,09	10,33	9,97	9,93	9,97	10,13	10,01	10,05	9,74	
Tschechische Krone	25,67	26,46	25,65	26,07	25,65	25,50	25,38	24,64	25,39	25,25	24,47	24,44	25,01	
Russischer Rubel	72,46	82,65	87,23	89,72	89,49	86,59	83,13	98,28	83,11	83,49	86,56	88,89	119,41	
Ungarischer Forint	325,23	351,21	358,46	360,98	354,72	353,87	364,27	364,10	364,50	367,50	358,68	356,97	376,64	
Polnischer Zloty	4,30	4,44	4,56	4,54	4,53	4,57	4,62	4,62	4,65	4,61	4,55	4,55	4,75	
Neuer Rumänischer Leu	4,75	4,84	4,92	4,88	4,92	4,93	4,95	4,95	4,95	4,95	4,95	4,95	4,95	
Bulgarischer Lew	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	1,96	
Chinesischer Renminbi	7,73	7,87	7,63	7,81	7,79	7,63	7,31	7,13	7,29	7,20	7,19	7,20	6,99	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Effektiver Wechselkursindex														
Nominell	- 0,7	+ 1,5	+ 0,6	+ 2,6	+ 1,5	- 0,3	- 1,1	- 0,9	- 1,0	- 1,3	- 1,3	- 0,9	- 0,5	
Industriewaren	- 0,7	+ 1,4	+ 0,6	+ 2,5	+ 1,4	- 0,4	- 1,1	- 1,1	- 1,0	- 1,4	- 1,4	- 1,0	- 1,0	
Real	- 1,1	+ 1,8	+ 0,2	+ 2,4	+ 1,4	- 0,6	- 2,3	.	- 2,2	- 2,9	- 2,5	- 1,7	.	
Industriewaren	- 1,1	+ 1,7	+ 0,2	+ 2,4	+ 1,4	- 0,6	- 2,2	.	- 2,1	- 2,8	- 2,5	- 1,6	.	

Q: OeNB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schober@wifo.ac.at

1.2 Weltmarkt-Rohstoffpreise

Übersicht 7: HWWI-Index

	2019	2020	2021	2021			2022		2021		2022		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Auf Dollarbasis	- 14,8	- 23,3	+ 87,6	+ 110,0	+ 97,3	+ 114,2	+ 95,3	+ 143,3	+ 106,3	+ 96,2	+ 77,2	+ 77,4	+ 129,9
Ohne Energierohstoffe	- 7,8	+ 2,9	+ 43,2	+ 69,5	+ 40,3	+ 27,9	+ 24,3	+ 32,5	+ 29,1	+ 22,6	+ 20,1	+ 22,8	+ 29,6
Auf Euro-Basis	- 10,2	- 24,9	+ 82,4	+ 92,2	+ 96,0	+ 123,9	+ 110,5	+ 147,4	+ 114,3	+ 111,7	+ 90,8	+ 89,5	+ 148,6
Ohne Energierohstoffe	- 2,7	+ 0,8	+ 38,5	+ 54,9	+ 39,2	+ 33,4	+ 33,6	+ 34,4	+ 33,8	+ 32,1	+ 29,2	+ 31,1	+ 39,9
Nahrungs- und Genussmittel	+ 0,5	+ 3,6	+ 33,5	+ 37,8	+ 39,7	+ 35,8	+ 37,2	+ 33,1	+ 35,5	+ 38,7	+ 29,5	+ 33,4	+ 48,3
Industrierohstoffe	- 4,3	- 0,7	+ 41,3	+ 64,9	+ 38,9	+ 32,0	+ 31,5	+ 35,1	+ 32,9	+ 28,4	+ 29,0	+ 29,7	+ 35,5
Energierohstoffe	- 11,9	- 31,4	+ 98,6	+ 108,8	+ 117,7	+ 156,8	+ 136,3	+ 190,5	+ 143,4	+ 139,8	+ 111,6	+ 109,0	+ 185,2
Rohöl	- 5,3	- 33,4	+ 60,3	+ 97,3	+ 67,8	+ 84,8	+ 72,1	+ 104,8	+ 91,9	+ 61,3	+ 67,4	+ 62,7	+ 84,8

Q: Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Jahreswerte auf Basis von Monatswerten berechnet. Revision aufgrund neuer Gewichtung der Indizes. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at

2. Kennzahlen für Österreich

2.1 Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung laut ESVG 2010

Übersicht 8: Verwendung des Bruttoinlandsproduktes und Herstellung von Waren

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2020				2021	
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,3	+ 2,5	+ 1,5	- 6,7	+ 4,5	+ 3,9	+ 2,0	- 4,4	- 5,7	- 5,0	+12,9	+ 5,4	+ 5,5
Exporte	+ 4,9	+ 5,1	+ 3,4	-10,8	+12,7	+ 6,1	+ 3,9	- 8,8	- 7,5	- 7,8	+34,6	+17,1	+12,6
Importe	+ 5,3	+ 5,3	+ 2,0	- 9,4	+14,5	+ 4,6	+ 3,8	- 9,8	- 3,2	+ 2,1	+29,3	+18,6	+10,4
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 2,4	+ 2,5	+ 0,7	- 5,8	+ 5,1	+ 3,0	+ 1,9	- 4,8	- 3,4	+ 0,5	+10,4	+ 5,7	+ 4,2
Konsumausgaben insgesamt	+ 1,6	+ 1,1	+ 0,9	- 6,3	+ 4,4	+ 2,3	+ 1,7	- 4,4	- 5,4	- 3,8	+ 8,0	+ 7,1	+ 6,3
Private Haushalte ²⁾	+ 2,0	+ 1,1	+ 0,7	- 8,5	+ 3,3	+ 3,9	+ 2,3	- 5,5	- 8,6	- 6,7	+ 7,7	+ 6,5	+ 6,0
Staat	+ 0,8	+ 1,2	+ 1,5	- 0,5	+ 6,7	- 1,6	+ 0,1	- 1,3	+ 3,2	+ 3,0	+ 8,6	+ 8,6	+ 6,8
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 4,5	+ 6,1	- 0,2	- 4,6	+ 6,0	+ 5,7	+ 2,6	- 5,3	+ 1,1	+10,8	+15,4	+ 0,6	- 1,6
Bruttoanlageinvestitionen	+ 4,2	+ 4,4	+ 4,8	- 5,2	+ 4,0	+ 3,5	+ 2,5	- 3,1	- 3,8	+ 3,5	+13,6	+ 0,3	- 0,3
Ausrüstungen und Waffensysteme	+ 7,4	+ 1,3	+ 4,3	- 8,7	+ 4,7	+ 5,0	+ 3,5	- 3,3	- 4,5	+ 4,6	+20,1	- 5,2	+ 0,6
Bauten	+ 2,7	+ 5,6	+ 4,0	- 3,7	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,8	- 2,1	- 3,5	+ 4,0	+12,1	+ 1,1	- 2,9
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 2,5	+ 6,9	+ 7,3	- 3,2	+ 4,9	+ 4,0	+ 2,7	- 5,4	- 3,7	+ 1,6	+ 7,7	+ 6,6	+ 4,3
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+ 3,2	+ 4,3	+ 0,6	- 7,0	+ 8,7	±0,0	+ 1,0	- 4,1	- 1,3	+ 2,9	+20,9	+ 7,4	+ 5,0

Saison- und arbeitsstagsbereinigt, gemäß Eurostat-Vorgabe, Veränderung gegen das Vorquartal in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

Verwendung des Bruttoinlandsproduktes													
	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2020				2021	
							III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Bruttoinlandsprodukt	+10,8	- 1,9	- 0,4	+ 4,1	+ 3,4	- 1,5							
Exporte	+15,2	+ 2,6	- 1,3	+14,0	+ 0,8	- 0,9							
Importe	+10,7	+ 5,2	+ 6,4	+ 3,6	+ 0,2	- 1,6							
Inländische Verwendung ¹⁾	+ 8,5	- 0,7	+ 3,6	- 1,3	+ 3,1	- 1,9							
Konsumausgaben insgesamt	+ 8,7	- 1,2	- 2,1	+ 2,8	+ 7,8	- 1,9							
Private Haushalte ²⁾	+11,7	- 3,1	- 3,0	+ 2,6	+10,4	- 3,6							
Staat	+ 1,8	+ 3,6	- 0,2	+ 3,0	+ 1,8	+ 2,1							
Bruttoinvestitionen ³⁾	+ 6,4	+ 3,6	+ 8,1	- 3,3	- 7,0	+ 2,1							
Bruttoanlageinvestitionen	+ 9,1	- 0,5	+ 4,1	- 0,1	- 3,0	- 0,7							
Ausrüstungen und Waffensysteme	+16,2	- 4,1	+ 6,5	- 0,2	- 6,6	+ 2,1							
Bauten	+ 8,0	+ 0,8	+ 2,8	- 0,1	- 2,4	- 2,7							
Sonstige Anlagen ⁴⁾	+ 1,9	+ 1,9	+ 3,6	+ 0,1	+ 0,9	- 0,1							
Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen													
Herstellung von Waren	+13,6	+ 1,6	+ 3,1	+ 0,5	+ 1,3	- 0,3							

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 und 2023: Prognose. – 1) Einschließlich statistischer Differenz. – 2) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – 3) Einschließlich Vorratsveränderung und Nettozugang an Wertsachen. – 4) Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte). • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

Übersicht 9: Einkommen und Produktivität

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2020				2021		
								III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Bruttonationaleinkommen, nominell	+ 2,3	+ 4,3	+ 3,8	- 4,3	+ 6,1	+ 7,5	+ 5,7							
Arbeitnehmerentgelte	+ 3,5	+ 5,1	+ 4,2	- 0,4	+ 5,5	+ 5,7	+ 6,1	+ 0,5	+ 0,8	- 0,9	+10,1	+ 6,2	+ 6,0	
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	+ 3,2	+ 4,4	+ 1,7	- 0,7	+ 5,5	+ 2,7	+ 3,8	- 0,5	+ 4,6	+ 7,1	+11,0	+ 6,7	- 1,3	
Gesamtwirtschaftliche Produktivität BIP real pro Kopf (Erwerbstätige)	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,2	- 5,0	+ 1,9	+ 1,9	+ 0,9	- 3,0	- 4,1	- 3,2	+ 7,5	+ 2,0	+ 1,8	
BIP nominell	Mrd. €	369,36	385,42	397,52	379,32	403,37	433,65	457,95	96,70	99,90	91,62	100,34	103,93	107,47
Pro Kopf (Bevölkerung)	in €	41.996	43.611	44.778	42.540	45.043	47.757	49.799	10.839	11.185	10.253	11.218	11.596	11.971
Arbeitsvolumen Gesamtwirtschaft ¹⁾	+ 1,0	+ 1,9	+ 1,6	- 8,7	+ 5,1	+ 3,9	+ 1,5	- 3,4	- 9,9	- 2,7	+16,4	+ 3,8	+ 4,0	
Stundenproduktivität Gesamtwirtschaft ²⁾	+ 1,2	+ 0,5	- 0,1	+ 2,1	- 0,6	+ 0,0	+ 0,5	- 1,0	+ 4,7	- 2,4	- 3,0	+ 1,5	+ 1,4	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2022 und 2023: Prognose. – 1) Von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden. – 2) Produktion je geleistete Arbeitsstunde. • Rückfragen: christine.kaufmann@wifo.ac.at

2.2 Konjunkturklima

Übersicht 10: WIFO-Konjunkturklimaindex

	2021				2022		2021				2022	
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
Indexpunkte (saisonbereinigt)												
Konjunkturklimaindex Gesamtwirtschaft	- 9,9	+15,5	+18,2	+16,2	+15,6	+19,1	+17,7	+11,7	+13,0	+16,0	+17,8	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	-11,8	+14,1	+21,2	+17,2	+16,6	+20,7	+19,1	+11,8	+14,0	+15,4	+20,2	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 8,0	+16,8	+15,2	+15,2	+14,6	+17,6	+16,3	+11,6	+12,0	+16,7	+15,3	
Konjunkturklimaindex Wirtschaftsbereiche												
Sachgütererzeugung	- 5,6	+18,3	+19,7	+20,2	+17,4	+20,6	+19,5	+20,5	+16,8	+18,6	+16,7	
Bauwirtschaft	+16,1	+37,4	+37,1	+37,6	+39,8	+35,5	+36,7	+40,7	+38,6	+40,4	+40,4	
Dienstleistungen	-17,3	+12,7	+17,2	+14,2	+14,3	+19,6	+17,2	+ 5,7	+ 9,1	+14,1	+19,8	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. <https://konjunktur.wifo.ac.at/>. WIFO-Konjunkturklimaindex: Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnev@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.3 Tourismus

Übersicht 11: Tourismusentwicklung in der laufenden Saison

	Umsätze im Gesamtreiseverkehr	Wintersaison 2020/21			November 2021 bis Februar 2022			
		Insgesamt	Übernachtungen Aus dem Inland	Aus dem Ausland	Insgesamt	Übernachtungen ¹⁾ Aus dem Inland	Aus dem Ausland	
		Veränderung gegen den Vergleichszeitraum der Vorkrisensaison 2018/19 in %						
Österreich	- 88,2	- 92,4	- 76,0	- 97,2	- 26,0	- 33,2	- 27,4	- 34,9
Wien	- 87,3	- 94,0	- 82,4	- 96,6	- 65,1	- 68,3	- 56,8	- 71,0
Niederösterreich	- 36,9	- 62,0	- 55,3	- 76,2	- 30,2	- 36,0	- 30,4	- 48,4
Burgenland	- 64,7	- 76,8	- 76,9	- 76,7	- 19,8	- 26,2	- 27,2	- 18,4
Steiermark	- 74,4	- 85,0	- 80,9	- 92,1	- 18,3	- 25,9	- 23,1	- 29,3
Kärnten	- 74,0	- 84,8	- 68,7	- 94,4	- 25,4	- 32,2	- 12,0	- 44,1
Oberösterreich	- 51,8	- 73,3	- 67,0	- 83,1	- 31,1	- 37,4	- 32,5	- 44,9
Salzburg	- 93,2	- 96,1	- 86,5	- 98,7	- 22,2	- 29,4	- 25,5	- 30,5
Tirol	- 94,4	- 97,5	- 79,5	- 98,7	- 21,2	- 29,2	- 22,5	- 29,7
Vorarlberg	- 93,7	- 97,0	- 80,8	- 98,5	- 14,5	- 23,3	- 20,0	- 23,6

Q: OeNB; Statistik Austria; WIFO-Berechnungen; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Unbereinigte Werte. Wintersaison: 1. November bis 30. April des Folgejahres, Sommersaison: 1. Mai bis 31. Oktober. Umsätze einschließlich des internationalen Personentransportes. – ¹⁾ Februar 2022: Hochrechnung. – ²⁾ Schätzung. • Rückfragen: sabine.ehn-fragner@wifo.ac.at, anna.burton@wifo.ac.at

2.4 Außenhandel

Übersicht 12: Warenexporte und Warenimporte

	2021		2022		2019	2020	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
	Mrd. €	Anteile in %	Jänner	Jänner			2021	2022	2021	2022	2021	2022	
Warenexporte insgesamt	165,5	13,6	100,0	100,0	+ 2,3	- 7,1	+ 16,1	+ 21,3	+ 14,8	+ 8,4	+ 19,5	+ 20,3	+ 21,3
Intra-EU 27 (ab 2020)	112,6	9,2	68,1	67,9	+ 1,7	- 5,9	+ 16,9	+ 17,7	+ 16,0	+ 9,6	+ 19,3	+ 22,1	+ 17,7
Deutschland	49,9	3,9	30,1	28,9	- 0,4	- 3,6	+ 14,8	+ 11,7	+ 9,9	+ 4,2	+ 12,5	+ 18,8	+ 11,7
Italien	11,2	0,9	6,8	6,9	- 0,1	- 9,5	+ 26,8	+ 28,6	+ 25,7	+ 19,9	+ 27,7	+ 32,1	+ 28,6
Frankreich	6,3	0,6	3,8	4,1	+ 4,8	- 9,2	+ 2,9	+ 19,6	+ 26,8	+ 19,1	+ 21,5	+ 23,7	+ 19,6
EU-Länder seit 2004	31,5	2,7	19,1	19,6	+ 2,7	- 5,6	+ 19,8	+ 24,0	+ 21,9	+ 11,7	+ 28,5	+ 23,8	+ 24,0
5 EU-Länder ¹⁾	25,4	2,1	15,4	15,8	+ 3,1	- 5,5	+ 19,5	+ 24,9	+ 21,8	+ 12,2	+ 30,3	+ 23,0	+ 24,9
Tschechien	6,0	0,5	3,6	3,8	- 4,6	- 6,0	+ 18,5	+ 24,3	+ 19,1	+ 8,3	+ 25,8	+ 15,7	+ 24,3
Ungarn	6,1	0,5	3,7	3,7	+ 9,3	- 11,4	+ 24,1	+ 32,7	+ 36,9	+ 18,6	+ 36,6	+ 44,2	+ 32,7
Polen	6,6	0,6	4,0	4,2	+ 8,1	+ 6,6	+ 19,3	+ 18,6	+ 11,6	+ 7,3	+ 29,0	+ 8,8	+ 18,6
Extra-EU 27 (ab 2020)	52,8	4,4	31,9	32,1	+ 3,5	- 9,6	+ 14,4	+ 29,4	+ 12,3	+ 6,0	+ 20,2	+ 16,7	+ 29,4
Schweiz	8,2	0,7	4,9	5,0	+ 3,6	+ 3,0	+ 9,3	+ 40,3	+ 12,0	+ 7,4	+ 21,1	+ 28,7	+ 40,3
Vereinigtes Königreich	4,4	0,4	2,7	3,1	+ 7,1	- 9,3	+ 8,8	+ 62,1	+ 3,0	- 9,6	+ 5,5	- 11,5	+ 62,1
Westbalkanländer	1,7	0,1	1,0	1,0	+ 12,8	- 10,4	+ 21,4	+ 40,2	+ 19,1	+ 4,0	+ 52,8	+ 31,8	+ 40,2
GUS-Europa	2,2	0,2	1,3	1,4	+ 11,5	- 11,6	- 3,4	+ 29,3	- 5,3	+ 10,9	+ 30,2	- 8,2	+ 29,3
Russland	2,0	0,2	1,2	1,3	+ 12,3	- 10,3	- 5,7	+ 33,0	- 8,6	+ 10,7	+ 31,8	- 9,1	+ 33,0
Industrieländer in Übersee	18,1	1,5	10,9	10,8	+ 0,4	- 11,9	+ 18,4	+ 21,2	+ 12,0	+ 3,8	+ 21,2	+ 21,1	+ 21,2
USA	11,1	0,9	6,7	6,3	- 3,4	- 9,2	+ 19,4	+ 27,4	+ 8,5	+ 6,1	+ 32,7	+ 28,7	+ 27,4
China	4,8	0,4	2,9	3,0	+ 10,0	- 12,2	+ 23,1	+ 25,4	+ 20,6	+ 8,5	+ 12,3	+ 24,6	+ 25,4
Japan	1,7	0,1	1,0	1,0	+ 5,5	- 5,6	+ 12,0	- 31,0	+ 33,0	- 6,5	- 4,9	+ 29,6	- 31,0
Agrarwaren	13,1	1,0	7,9	7,7	+ 6,7	+ 3,1	+ 9,4	+ 13,0	+ 12,4	+ 5,1	+ 15,9	+ 12,8	+ 13,0
Roh- und Brennstoffe	10,0	1,0	6,0	7,1	+ 2,0	- 14,8	+ 41,0	+ 60,4	+ 49,4	+ 46,0	+ 54,9	+ 83,2	+ 60,4
Industriewaren	142,3	11,6	86,0	85,2	+ 1,9	- 7,5	+ 15,3	+ 19,6	+ 13,1	+ 6,7	+ 18,0	+ 17,5	+ 19,6
Chemische Erzeugnisse	25,2	2,2	15,2	16,2	+ 8,4	+ 2,8	+ 13,6	+ 27,8	+ 18,8	+ 19,8	+ 31,8	+ 26,8	+ 27,8
Bearbeitete Waren	35,3	3,1	21,3	22,8	- 3,2	- 9,9	+ 22,8	+ 29,9	+ 24,6	+ 18,4	+ 27,7	+ 26,2	+ 29,9
Maschinen, Fahrzeuge	61,3	4,6	37,0	34,2	+ 2,5	- 11,9	+ 12,6	+ 10,4	+ 5,7	- 3,1	+ 9,1	+ 10,1	+ 10,4
Konsumnahe Fertigwaren	17,7	1,3	10,7	9,7	+ 1,8	- 7,3	+ 10,6	+ 10,4	+ 6,4	+ 0,5	+ 13,7	+ 13,6	+ 10,4
Warenimporte insgesamt	178,0	15,3	100,0	100,0	+ 1,1	- 8,5	+ 23,2	+ 32,0	+ 23,7	+ 16,4	+ 24,8	+ 32,6	+ 32,0
Intra-EU 27 (ab 2020)	118,6	9,4	66,6	61,7	+ 0,3	- 8,4	+ 20,1	+ 22,0	+ 17,4	+ 12,6	+ 21,1	+ 22,7	+ 22,0
Deutschland	58,9	4,7	33,1	30,5	- 1,1	- 8,5	+ 16,5	+ 22,3	+ 12,5	+ 7,9	+ 18,1	+ 17,6	+ 22,3
Italien	11,5	0,8	6,5	5,2	+ 4,1	- 12,0	+ 26,4	+ 18,1	+ 19,2	+ 20,2	+ 30,9	+ 29,6	+ 18,1
Frankreich	4,5	0,4	2,5	2,4	- 1,4	- 11,4	+ 21,1	+ 24,3	+ 30,1	+ 20,0	+ 13,8	+ 13,1	+ 24,3
EU-Länder seit 2004	28,6	2,3	16,0	15,2	+ 1,2	- 6,6	+ 26,7	+ 22,6	+ 27,4	+ 22,0	+ 28,6	+ 30,9	+ 22,6
5 EU-Länder ¹⁾	24,2	2,0	13,6	13,1	+ 1,1	- 8,6	+ 25,9	+ 22,3	+ 26,3	+ 22,4	+ 29,1	+ 31,4	+ 22,3
Tschechien	7,8	0,7	4,4	4,3	- 2,4	- 9,3	+ 29,2	+ 28,3	+ 45,3	+ 33,1	+ 37,7	+ 39,4	+ 28,3
Ungarn	4,7	0,4	2,7	2,5	+ 2,5	- 9,9	+ 22,3	+ 14,3	+ 15,3	+ 12,2	+ 21,6	+ 36,2	+ 14,3
Polen	5,8	0,5	3,2	3,0	+ 11,0	- 3,4	+ 27,9	+ 13,9	+ 24,2	+ 14,5	+ 14,3	+ 12,9	+ 13,9
Extra-EU 27 (ab 2020)	59,4	5,9	33,4	38,3	+ 2,8	- 8,7	+ 30,1	+ 52,2	+ 38,1	+ 24,7	+ 33,5	+ 54,5	+ 52,2
Schweiz	9,7	0,7	5,5	4,6	- 10,8	+ 25,5	+ 27,7	+ 0,8	+ 50,0	+ 0,3	+ 25,9	+ 56,0	+ 0,8
Vereinigtes Königreich	2,7	0,4	1,5	2,7	- 1,3	- 24,2	+ 27,7	+ 244,0	+ 0,2	- 16,7	- 1,0	+ 199,1	+ 244,0
Westbalkanländer	1,6	0,1	0,9	0,9	+ 16,0	- 10,3	+ 25,0	+ 48,8	+ 32,8	+ 25,1	+ 41,3	+ 36,5	+ 48,8
GUS-Europa	4,7	0,9	2,7	5,8	- 15,9	- 20,7	+ 110,5	+ 243,0	+ 224,5	+ 157,8	+ 166,7	+ 236,3	+ 243,0
Russland	4,7	0,9	2,6	5,8	- 16,1	- 21,4	+ 115,1	+ 247,5	+ 237,4	+ 164,7	+ 175,9	+ 241,2	+ 247,5
Industrieländer in Übersee	9,9	0,8	5,6	5,3	+ 10,6	- 19,4	+ 11,7	+ 27,3	+ 18,3	+ 7,1	+ 5,9	+ 1,5	+ 27,3
USA	5,7	0,5	3,2	3,0	+ 18,5	- 25,9	+ 8,1	+ 35,2	+ 17,0	- 2,9	- 2,1	+ 1,1	+ 35,2
China	13,1	1,3	7,4	8,6	+ 7,9	+ 3,7	+ 28,6	+ 54,1	+ 29,9	+ 28,9	+ 27,3	+ 46,3	+ 54,1
Japan	2,2	0,2	1,3	1,2	+ 0,2	- 8,7	+ 9,1	+ 7,7	+ 12,3	+ 18,1	+ 20,8	+ 1,2	+ 7,7
Agrarwaren	12,7	1,0	7,1	6,4	+ 4,7	- 0,4	+ 8,7	+ 13,2	+ 14,5	+ 10,4	+ 19,3	+ 22,8	+ 13,2
Roh- und Brennstoffe	22,1	2,7	12,4	17,7	- 4,0	- 23,4	+ 57,2	+ 108,9	+ 87,5	+ 88,0	+ 93,9	+ 106,6	+ 108,9
Industriewaren	143,2	11,6	80,5	75,9	+ 1,6	- 7,1	+ 20,6	+ 23,2	+ 17,8	+ 9,2	+ 17,8	+ 24,4	+ 23,2
Chemische Erzeugnisse	26,2	2,2	14,7	14,6	+ 3,1	- 4,1	+ 24,9	+ 27,1	+ 29,6	+ 12,1	+ 23,6	+ 42,6	+ 27,1
Bearbeitete Waren	29,0	2,4	16,3	15,6	- 2,2	- 6,1	+ 26,4	+ 31,9	+ 31,2	+ 28,1	+ 38,9	+ 32,0	+ 31,9
Maschinen, Fahrzeuge	58,9	4,4	33,1	28,9	+ 3,7	- 11,2	+ 16,7	+ 10,8	+ 11,5	+ 1,3	+ 5,9	+ 8,3	+ 10,8
Konsumnahe Fertigwaren	24,6	1,9	13,8	12,4	+ 3,1	- 7,9	+ 12,5	+ 18,2	+ 5,4	+ 5,0	+ 15,9	+ 19,2	+ 18,2

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Monatsdaten für das aktuelle Jahr werden laufend revidiert. – ¹⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. • Rückfragen: irene.langer@wifo.ac.at

2.5 Landwirtschaft

Übersicht 13: Markt- und Preisentwicklung von Agrarprodukten

	2018	2019	2020	2021	2021				2021				
					IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	1.000 t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Marktentwicklung													
Milchanlieferung ¹⁾	3.391	3.378	3.384	3.403	- 1,7	- 2,4	+ 0,6	+ 0,9	+ 3,3	+ 1,4	+ 3,1	+ 3,2	+ 3,7
Marktleistung Getreide insgesamt ²⁾	2.493	2.691	2.962	2.712
BEE ³⁾ Rindfleisch	218	215	205	200	- 9,3	- 8,3	- 0,2	- 1,3	+ 0,4	- 1,7	- 7,6	+ 8,9	- 0,3
BEE ³⁾ Kalbfleisch	7	7	7	7	- 5,6	- 9,0	- 10,6	+ 13,2	+ 12,1	+ 14,9	+ 24,3	+ 10,1	+ 5,5
BEE ³⁾ Schweinefleisch	468	468	475	479	+ 2,8	+ 1,3	+ 4,2	- 0,7	- 0,8	- 0,1	- 5,2	+ 1,3	+ 1,4
Geflügelschlachtungen ⁴⁾	110	116	125	129	+ 4,3	+ 6,8	- 0,1	+ 3,9	+ 3,8	+ 3,6	- 1,1	+ 4,9	+ 7,7
	€ je t				Veränderung gegen das Vorjahr in %								
Erzeugerpreise (ohne Umsatzsteuer)													
Milch (4% Fett, 3,3% Eiweiß)	359	359	366	384	+ 9,2	+ 4,7	+ 4,7	+ 5,5	+ 5,5	+ 3,8	+ 4,5	+ 4,7	+ 7,2
Qualitätsweizen ⁵⁾	159	166	161	213	+ 3,4	+ 8,1	+ 24,5	+ 23,5	+ 69,8	+ 38,0	+ 49,1	+ 69,9	+ 89,9
Körnermais ⁵⁾	149	143	143	202	+ 2,9	+ 21,7	+ 37,8	+ 57,0	+ 50,5	+ 68,9	+ 54,3	+ 47,6	+ 49,9
Jungtiere (Handelsklasse R3) ⁶⁾ 7)	3.868	3.703	3.650	3.989	+ 0,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 9,5	+ 14,8	+ 10,4	+ 13,4	+ 14,7	+ 16,1
Schweine (Handelsklasse E) ⁶⁾	1.487	1.757	1.678	1.565	- 26,2	- 25,1	- 3,3	+ 2,1	+ 4,2	- 0,6	+ 0,0	+ 3,5	+ 9,6
Masthühner bratfertig, lose ⁸⁾	2.731	2.665	2.385	2.419	- 7,5	- 0,7	+ 5,3	- 0,1	+ 1,3	- 1,3	- 0,8	+ 1,3	+ 3,4

Q: Agrarmarkt Austria; Statistik Austria; Bundesanstalt für Agrarwirtschaft; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Milchlieferung an die Be- und Verarbeitungsbetriebe. – ²⁾ Wirtschaftsjahre, Summe der Marktleistung von Juli bis Juni des nächsten Jahres, Körnermais von Oktober bis September (Wirtschaftsjahr 2019/20 = Jahr 2019). – ³⁾ Bruttoeigenerzeugung (BEE) von Fleisch: untersuchte Schlachtungen in Österreich einschließlich Exporte und abzüglich Importe von lebenden Tieren. – ⁴⁾ Schlachtungen von Brat-, Back- und Suppenhühnern in Betrieben mit mindestens 5.000 Schlachtungen im Vorjahr. – ⁵⁾ Preise der ersten Handelsstufe; für das laufende Wirtschaftsjahr Mischpreise aus A-Konto-Zahlungen und zum Teil endgültigen Preisen. – ⁶⁾ € je t Schlachtgewicht. – ⁷⁾ Preis frei Rampe Schlachthof, gemäß Viehmeldeverordnung. – ⁸⁾ Verkaufspreis frei Filiale. • Rückfragen: dietmar.weinberger@wifo.ac.at

2.6 Herstellung von Waren

Übersicht 14: Produktion, Beschäftigung und Auftragslage

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Produktionsindex (arbeitslagsbereinigt)													
Insgesamt	+ 0,0	- 7,0	+ 10,8	+ 3,8	+ 25,6	+ 8,6	+ 7,1	+ 6,0	+ 5,8	+ 8,0	+ 7,7	+ 11,5	+ 11,1
Vorleistungen	- 1,1	- 4,6	+ 12,1	+ 4,9	+ 24,6	+ 12,2	+ 8,0	+ 9,7	+ 5,8	+ 9,8	+ 8,6	+ 12,9	+ 13,4
Investitionsgüter	+ 2,5	- 12,4	+ 13,8	+ 7,0	+ 37,6	+ 8,0	+ 8,1	+ 3,8	+ 7,3	+ 8,8	+ 8,2	+ 10,3	+ 9,7
Kfz	+ 4,9	- 17,6	+ 8,1	+ 16,7	+ 64,6	- 10,1	- 14,3	- 21,8	- 18,0	- 21,9	+ 1,3	- 2,6	- 14,8
Konsumgüter	- 1,5	- 3,0	+ 4,2	- 1,8	+ 13,1	+ 2,0	+ 4,2	+ 0,6	+ 1,2	+ 4,7	+ 7,1	+ 8,3	+ 7,7
Langlebige Konsumgüter	- 2,3	- 0,6	+ 14,3	+ 13,0	+ 43,1	+ 5,3	+ 2,6	+ 3,4	+ 1,7	- 1,2	+ 8,1	+ 7,7	+ 8,9
Kurzlebige Konsumgüter	- 1,4	- 3,6	+ 1,7	- 5,1	+ 6,3	+ 1,2	+ 4,6	- 0,1	+ 1,5	+ 6,3	+ 6,3	+ 9,0	+ 7,3
Arbeitsmarkt													
Beschäftigte	+ 1,6	- 1,3	+ 0,5	- 1,2	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,7	+ 1,1	+ 1,2	+ 1,7	+ 2,0	.	.
Geleistete Stunden	+ 2,2	- 4,6	+ 5,4	+ 0,3	+ 16,0	+ 4,6	+ 1,6	+ 4,5	- 1,5	+ 1,2	+ 5,4	.	.
Produktion pro Kopf (Beschäftigte)	- 1,5	- 5,8	+ 10,2	+ 5,0	+ 24,8	+ 7,6	+ 5,4	+ 4,9	+ 4,5	+ 6,1	+ 5,5	.	.
Produktion (unbereinigt) je geleistete Stunde	- 1,9	- 2,1	+ 5,0	+ 2,4	+ 9,4	+ 3,8	+ 5,3	+ 1,2	+ 3,1	+ 7,5	+ 5,4	.	.
Aufträge													
Auftragseingänge	- 2,1	- 7,4	+ 29,3	+ 18,4	+ 61,1	+ 23,3	+ 21,4	+ 17,0	+ 14,3	+ 23,6	+ 26,2	.	.
Inland	- 0,9	- 4,5	+ 28,0	+ 8,9	+ 60,7	+ 33,7	+ 17,0	+ 24,1	+ 26,1	+ 29,1	- 0,4	.	.
Ausland	- 2,5	- 8,3	+ 29,7	+ 21,4	+ 61,2	+ 20,2	+ 22,9	+ 14,9	+ 10,9	+ 22,0	+ 36,0	.	.
Auftragsbestand	+ 2,5	- 1,6	+ 20,6	+ 8,1	+ 18,9	+ 26,3	+ 29,4	+ 26,3	+ 27,8	+ 29,2	+ 31,2	.	.
Inland	+ 2,1	+ 6,2	+ 24,4	+ 10,1	+ 19,4	+ 33,9	+ 34,3	+ 36,5	+ 37,1	+ 36,1	+ 30,0	.	.
Ausland	+ 2,6	- 3,2	+ 19,7	+ 7,6	+ 18,8	+ 24,5	+ 28,2	+ 24,0	+ 25,6	+ 27,6	+ 31,4	.	.

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ab 2021: vorläufig. • Rückfragen: tim.slickers@wifo.ac.at

Übersicht 15: Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests für die Sachgütererzeugung

	2021				2022		2021				2022	
	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
	Indexpunkte (saisonbereinigt) ¹⁾											
Konjunkturklimaindex Sachgütererzeugung	- 5,6	+ 18,3	+ 19,7	+ 20,2	+ 17,4	+ 20,6	+ 19,5	+ 20,5	+ 16,8	+ 18,6	+ 16,7	
Index der aktuellen Lagebeurteilungen	- 7,4	+ 18,3	+ 22,3	+ 21,7	+ 20,5	+ 23,3	+ 19,4	+ 22,3	+ 18,6	+ 21,3	+ 21,5	
Index der unternehmerischen Erwartungen	- 3,9	+ 18,2	+ 17,2	+ 18,7	+ 14,4	+ 17,9	+ 19,7	+ 18,6	+ 15,1	+ 16,0	+ 12,1	
	In % der Unternehmen (saisonbereinigt)											
Auftragsbestände zumindest ausreichend	59,8	74,9	79,6	80,7	81,5	81,9	79,7	80,6	80,4	81,7	82,6	
Auslandsauftragsbestände zumindest ausreichend	54,1	70,0	72,2	75,2	76,0	76,9	72,3	76,4	74,3	76,1	77,6	
	Salden aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)											
Fertigwarenlager zur Zeit	+ 4,3	- 8,5	- 9,3	- 9,3	- 6,3	- 11,0	- 6,8	- 10,0	- 7,0	- 5,1	- 6,7	
Produktion in den nächsten 3 Monaten	+ 1,1	+ 22,3	+ 16,6	+ 20,9	+ 16,4	+ 19,3	+ 23,6	+ 19,8	+ 16,5	+ 17,9	+ 14,9	
Geschäftslage in den nächsten 6 Monaten	- 8,4	+ 17,6	+ 16,0	+ 12,5	+ 7,9	+ 11,8	+ 12,6	+ 13,0	+ 8,6	+ 10,4	+ 4,8	
Verkaufspreise in den nächsten 3 Monaten	+ 9,2	+ 39,2	+ 49,4	+ 56,5	+ 58,9	+ 54,0	+ 56,4	+ 59,1	+ 57,7	+ 56,0	+ 63,1	

Q: WIFO-Konjunkturtest; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Werte zwischen -100 (pessimistisches Konjunkturklima) und +100 (optimistisches Konjunkturklima). • Rückfragen: birgit.gagnezy@wifo.ac.at, alexandros.charos@wifo.ac.at

2.7 Bauwirtschaft

Übersicht 16: Bauwesen

	2019	2020	2021	2021			2022		2021			2022	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Konjunkturdaten¹⁾													
Produktion ²⁾													
Bauwesen insgesamt	+ 7,3	- 1,7	+12,9	+26,2	+ 8,3	+10,3	.	+ 4,5	+10,7	+15,2	.	.	.
Hochbau	+ 9,6	- 2,9	+12,8	+22,3	+ 7,9	+12,0	.	+ 6,4	+ 9,4	+20,2	.	.	.
Tiefbau	+ 5,9	- 2,4	+11,3	+25,5	+ 5,8	+ 7,6	.	+ 3,8	+ 4,2	+17,0	.	.	.
Baunebengewerbe ³⁾	+ 6,2	- 0,6	+13,5	+29,3	+ 9,5	+ 9,9	.	+ 3,5	+13,4	+12,0	.	.	.
Auftragsbestände	+ 4,8	- 0,9	+15,9	+18,9	+17,7	+15,7	.	+13,4	+13,5	+20,4	.	.	.
Auftragsgänge	- 1,7	+ 2,3	+18,7	+33,7	+ 2,3	+ 9,8	.	- 8,6	+17,8	+19,7	.	.	.
Arbeitsmarkt													
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 3,8	- 0,1	+ 5,1	+ 7,4	+ 3,0	+ 3,6	+ 4,5	+ 3,4	+ 3,7	+ 3,8	+ 5,8	+ 5,4	+ 2,7
Arbeitslose	- 8,6	+29,9	-18,7	-37,0	-22,0	-17,1	-17,2	-22,4	-23,8	-12,4	-13,9	-18,1	-23,2
Offene Stellen	+10,5	+ 2,2	+24,9	+28,9	+29,3	+33,5	+28,1	+31,8	+29,3	+43,1	+54,0	+34,5	+ 9,1
Baupreisindex													
Hoch- und Tiefbau	+ 3,1	+ 2,6	+ 5,3	+ 4,9	+ 6,2	+ 7,4
Hochbau	+ 3,4	+ 3,2	+ 8,2	+ 7,4	+ 9,9	+11,8
Wohnhaus-, Siedlungsbau	+ 3,3	+ 3,2	+ 8,0	+ 7,2	+ 9,6	+11,4
Sonstiger Hochbau	+ 3,4	+ 3,1	+ 8,6	+ 7,7	+10,4	+12,5
Tiefbau	+ 2,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,1

Q: Statistik Austria; Arbeitsmarktservice Österreich; Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2021: vorläufig. – 2) Abgesetzte Produktion nach Aktivitätsansatz. – 3) Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.8 Binnenhandel

Übersicht 17: Umsätze und Beschäftigung

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner
Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Nettoumsätze nominell	+ 1,2	- 5,3	+11,2	+ 3,5	+22,3	+ 8,1	+11,3	+11,7	+ 9,0	+ 6,0	+17,3	+11,1	+25,6
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,6	-10,7	+12,1	+17,7	+35,6	+ 1,3	- 1,1	+ 7,2	- 0,1	- 4,7	+ 7,6	- 6,4	+19,0
Großhandel	+ 0,9	- 7,0	+14,9	+ 1,1	+26,7	+13,7	+18,9	+17,9	+15,0	+12,1	+23,4	+21,6	+27,4
Einzelhandel	+ 2,1	+ 0,1	+ 5,1	+ 2,1	+10,6	+ 2,3	+ 5,3	+ 4,2	+ 2,9	+ 1,4	+11,4	+ 4,1	+25,1
Nettoumsätze real ¹⁾	+ 0,6	- 4,8	+ 4,7	+ 1,1	+15,4	+ 0,8	+ 2,2	+ 4,4	+ 1,1	- 2,5	+ 7,0	+ 2,4	+15,0
Kfz-Handel und -Reparatur	- 1,2	-12,5	+ 9,2	+15,7	+32,7	- 1,4	- 5,1	+ 4,2	- 2,9	- 7,9	+ 3,3	-11,1	+11,8
Großhandel	+ 0,6	- 5,3	+ 4,6	- 3,0	+15,5	+ 2,0	+ 4,5	+ 5,9	+ 2,7	- 1,3	+ 8,0	+ 7,4	+13,1
Einzelhandel	+ 1,2	- 0,2	+ 3,0	+ 2,1	+ 8,6	- 0,1	+ 1,7	+ 1,7	+ 0,3	- 1,7	+ 7,3	+ 0,2	+19,8
Beschäftigte ²⁾	+ 0,2	- 1,7	+ 0,7	- 1,1	+ 2,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,2	+ 3,2
Kfz-Handel und -Reparatur	+ 0,9	- 1,8	- 0,6	- 1,5	+ 0,9	- 1,1	- 0,6	- 1,2	- 1,1	- 0,9	- 0,4	- 0,5	+ 1,5
Großhandel	+ 0,9	- 1,5	+ 0,4	- 1,5	+ 1,3	+ 0,6	+ 1,2	+ 0,6	+ 0,7	+ 0,9	+ 1,3	+ 1,4	+ 3,0
Einzelhandel	- 0,4	- 1,8	+ 1,1	- 0,8	+ 3,4	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,5	+ 1,0	+ 1,5	+ 3,8

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. ÖNACE 2008, 2015 = 100. – 1) Die Preisbereinigung der nominellen Umsatzindizes erfolgt mit den Messzahlen jener Waren des Großhandelspreisindex und des Verbraucherpreisindex, die den einzelnen Gliederungsbereichen entsprechen. – 2) Unselbständige und selbständige Beschäftigungsverhältnisse. • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.9 Private Haushalte

Übersicht 18: Privater Konsum, Sparquote, Konsumklima

	2019	2020	2021	2021			2022		2021			2022	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März
Veränderung gegen das Vorjahr in %, real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)													
Privater Konsum	+ 0,7	- 8,5	+ 3,3	+ 7,7	+ 6,5	+ 6,0
Dauerhafte Konsumgüter	+ 0,3	- 2,6	+ 9,5	+34,2	+ 1,0	- 8,3
In % des persönlichen verfügbaren Einkommens													
Sparquote ¹⁾	8,5	14,4	11,8	14,7	13,3	11,8
Saldo aus positiven und negativen Antworten in % aller Antworten (saisonbereinigt)													
Konsumklimaindikator	- 2,7	-10,1	- 5,1	- 4,1	- 1,3	- 4,7	-11,8	- 1,6	- 3,9	- 8,7	- 8,1	- 7,7	-19,5
Finanzielle Situation in den letzten 12 Monaten	+ 1,9	- 2,3	- 6,2	- 8,1	- 4,2	- 4,5	- 6,9	- 3,0	- 3,9	- 6,6	- 4,6	- 6,6	- 9,5
Finanzielle Situation in den nächsten 12 Monaten	+ 6,2	+ 0,4	+ 2,4	+ 4,7	+ 4,3	+ 0,1	- 6,8	+ 1,8	- 0,3	- 1,2	- 2,6	- 2,6	-15,1
Allgemeine Wirtschaftslage in den nächsten 12 Monaten	- 4,9	-22,2	- 3,2	± 0,0	+ 7,4	+ 1,3	-13,0	+10,2	+ 2,7	- 8,9	- 8,2	- 1,5	-29,4
Größere Anschaffungen in den nächsten 12 Monaten	-14,0	-16,3	-13,2	-13,0	-12,8	-15,8	-20,3	-15,3	-14,0	-18,2	-16,9	-20,1	-23,8

Q: Statistik Austria; Europäische Kommission; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Gleitende Summen über jeweils vier Quartale ("rolling years" bzw. "gleitende Jahre"). • Rückfragen: marfina.einsiedl@wifo.ac.at

2.10 Verkehr

Übersicht 19: Güter- und Personenverkehr

	2019	2020	2021	2021				2022		2021			2022	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
Veränderung gegen das Vorjahr in %														
Güterverkehr														
Verkehrsleistung														
Straße	+ 1,7	- 0,9	.	+ 15,1	+ 0,5	
Schiene	- 0,4	- 5,7	.	+ 26,6	+ 7,1	
Luffahrt ¹⁾	- 4,6	- 26,6	+ 19,4	+ 49,6	+ 26,1	+ 22,3	.	+ 22,9	+ 17,4	+ 26,9	+ 14,3	+ 3,4	.	
Binnenschifffahrt	+ 20,7	- 10,2	- 1,5	- 7,4	+ 25,0	- 11,1	.	- 27,6	- 25,7	+ 28,5	.	.	.	
Lkw-Fahrleistung ²⁾	+ 0,9	- 4,6	+ 8,8	+ 22,6	+ 6,3	+ 2,9	+ 2,3	- 1,2	+ 4,6	+ 6,0	+ 6,7	+ 1,7	- 0,4	
Neuzulassungen Lkw ³⁾	+ 1,5	- 17,1	+ 60,5	+125,7	+ 44,5	+ 39,9	- 55,1	+148,4	- 32,7	- 4,6	- 53,6	- 56,0	- 55,3	
Personenverkehr														
Straße (Pkw-Neuzulassungen)	- 3,4	- 24,5	- 3,6	+ 22,0	- 18,2	- 26,7	- 17,5	- 39,2	- 12,6	- 25,8	+ 10,5	- 18,9	- 30,1	
Bahn (Personenkilometer)	+ 0,8	- 44,6	
Luftverkehr (Passagiere ⁴⁾)	+ 14,0	- 74,3	+ 20,1	+718,0	+150,1	+371,4	.	+310,2	+543,4	+342,2	+403,6	+615,8	.	
Arbeitsmarkt Verkehr und Lagerei														
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+ 1,6	- 3,8	- 0,4	+ 0,8	- 0,5	+ 3,5	+ 5,7	+ 2,2	+ 3,0	+ 5,5	+ 6,0	+ 6,1	+ 5,1	
Arbeitslose	- 1,0	+ 52,0	- 22,6	- 34,1	- 30,8	- 33,1	- 35,2	- 31,5	- 34,0	- 33,7	- 34,3	- 35,7	- 35,5	
Offene Stellen	+ 6,0	- 31,4	+ 63,8	+ 61,1	+109,7	+130,6	+115,3	+108,9	+129,6	+158,8	+136,3	+125,0	+ 91,3	
Kraftstoffpreise														
Dieselmotorkraftstoff	- 1,4	- 12,8	+ 17,4	+ 17,8	+ 22,0	+ 36,4	+ 41,6	+ 36,0	+ 40,0	+ 33,4	+ 30,2	+ 32,4	+ 60,9	
Normalbenzin	- 2,0	- 12,4	+ 17,9	+ 20,5	+ 24,1	+ 32,2	+ 35,7	+ 30,2	+ 35,7	+ 30,6	+ 27,3	+ 29,6	+ 49,3	

Q: Statistik Austria; BMK; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Aufkommen im Fracht- und Postverkehr. – 2) Lkw mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von 3,5 t oder mehr im hochrangigen mautpflichtigen Straßennetz. – 3) Lkw mit einer Nutzlast von 1 t oder mehr. – 4) Ankünfte und Abflüge. • Rückfragen: michael.weingaertler@wifo.ac.at

2.11 Bankenstatistik

Übersicht 20: Zinssätze, Bankeinlagen und -kredite

	2019	2020	2021	2021				2022		2021			2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
In %														
Geld- und Kapitalmarktzinssätze														
Basiszinssatz	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	
Taggeldsatz (€STR)	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,6	
Dreimonatszinssatz	- 0,4	- 0,4	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,5	- 0,6	- 0,5	- 0,6	- 0,6	- 0,6	- 0,5	- 0,5	
Sekundärmarktzinssätze														
Benchmark	0,1	- 0,2	- 0,1	- 0,1	0,0	- 0,1	- 0,0	0,7	- 0,0	- 0,0	0,2	0,5	0,7	
Umlaufgewichtete Durchschnittszinssätze	- 0,1	- 0,3	- 0,3	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,2	0,3	- 0,2	- 0,2	- 0,1	0,1	0,3	
Soll-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
An private Haushalte														
Für Konsum: 1 bis 5 Jahre	4,0	4,0	4,3	3,7	4,2	4,5	4,2	.	4,4	4,2	4,3	4,4	.	
Für Wohnbau: über 10 Jahre	1,9	1,5	1,3	1,4	1,4	1,3	1,4	.	1,3	1,4	1,4	1,4	.	
An nichtfinanzielle Unternehmen														
Bis 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,7	1,7	1,6	1,7	1,6	1,7	1,6	.	1,6	1,6	1,6	1,6	.	
Über 1 Mio. €: bis 1 Jahr	1,2	1,3	1,3	1,0	1,3	1,5	1,0	.	1,3	1,0	1,3	1,2	.	
An private Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen														
In Yen	1,5	1,4	1,3	1,2	1,2	1,1	1,2	.	1,5	1,2	1,1	1,3	.	
In Schweizer Franken	1,0	1,0	1,0	1,1	1,1	0,9	0,9	.	0,9	0,9	1,0	1,0	.	
Haben-Zinssätze der inländischen Kreditinstitute														
Einlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,2	0,1	0,1	0,2	0,1	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.	
Über 2 Jahre	0,5	0,5	0,4	0,5	0,4	0,3	0,6	.	0,5	0,6	0,5	0,5	.	
Spareinlagen von privaten Haushalten														
Bis 1 Jahr	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	.	0,1	0,1	0,1	0,1	.	
Über 2 Jahre	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,7	.	0,6	0,7	0,6	0,6	.	
Veränderung der Endstände gegen das Vorjahr in %														
Einlagen und Kredite														
Einlagen insgesamt	+ 3,7	+ 8,6	+ 3,9	+ 7,6	+ 6,1	+ 4,9	+ 3,9	
Spareinlagen	+ 0,3	+20,0	+ 0,7	+21,2	+22,0	+21,4	+ 0,7	
Einlagen ohne Bindung	+ 6,4	+13,5	+ 8,6	+12,5	+11,3	+ 9,2	+ 8,6	
Einlagen mit Bindung	- 1,8	- 2,2	- 7,9	- 3,3	- 6,0	- 5,4	- 7,9	
Forderungen an inländische Nichtbanken														
	+ 4,4	+ 3,8	+ 6,5	+ 3,7	+ 3,6	+ 4,2	+ 6,5	

Q: OeNB; EZB; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauninger@wifo.ac.at, cornelia.schobert@wifo.ac.at

2.12 Arbeitsmarkt

Übersicht 21: Saisonbereinigte Arbeitsmarktindikatoren

	2020		2021		2022		2021		2022		März		
	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber		Jänner	Februar
	Veränderung gegen die Vorperiode in %												
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,8	+ 0,1	- 0,6	+ 2,2	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,2	- 0,1	+ 0,5	+ 0,5	± 0,0
Arbeitslose	- 19,6	- 5,7	- 1,2	- 9,0	- 10,0	- 8,2	- 7,3	- 4,4	- 1,0	- 1,8	- 3,0	- 3,2	- 2,7
Offene Stellen	+ 13,0	+ 4,5	+ 9,5	+ 26,7	+ 17,9	+ 11,1	+ 8,1	+ 4,6	+ 1,9	+ 7,9	- 0,5	+ 3,5	+ 1,3
Arbeitslosenquote													
In % der unselbständigen Erwerbspersonen	9,8	9,3	9,3	8,4	7,5	6,9	6,4	7,0	6,9	6,8	6,6	6,3	6,2
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat)	6,5	6,3	7,1	6,7	5,6	5,3	.	5,8	5,2	4,8	4,9	4,8	.

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Eurostat; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 22: Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und offene Stellen

	2019	2020	2021	2021		2022		2021		2022		März	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner		Februar
	In 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	3.797	3.717	3.805	3.806	3.893	3.846	3.859	3.872	3.854	3.813	3.822	3.860	3.895
Männer	2.034	1.991	2.042	2.051	2.097	2.061	2.058	2.088	2.078	2.019	2.027	2.057	2.090
Frauen	1.763	1.726	1.763	1.755	1.796	1.785	1.801	1.784	1.776	1.795	1.795	1.803	1.805
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	3.720	3.644	3.734	3.734	3.824	3.776	3.788	3.802	3.784	3.743	3.751	3.789	3.824
Männer	2.026	1.983	2.035	2.043	2.089	2.055	2.051	2.080	2.071	2.013	2.019	2.050	2.083
Frauen	1.694	1.661	1.699	1.691	1.735	1.721	1.737	1.721	1.713	1.730	1.732	1.739	1.741
Ausländische Arbeitskräfte	799	777	840	838	884	868	894	879	871	855	875	897	909
Herstellung von Waren	629	620	623	622	630	627	629	628	630	624	626	629	632
Bauwesen	271	271	285	296	302	285	269	302	299	253	251	267	290
Private Dienstleistungen	1.781	1.707	1.756	1.743	1.819	1.787	1.810	1.792	1.777	1.792	1.800	1.813	1.817
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	963	970	993	995	991	1.004	1.007	1.002	1.004	1.005	1.004	1.007	1.009
Arbeitslose	301	410	332	320	279	298	299	270	289	336	333	303	262
Männer	167	224	181	169	145	166	177	142	153	203	204	180	146
Frauen	135	186	151	152	134	132	122	128	136	133	129	122	116
Personen in Schulung	62	57	70	75	64	71	73	72	74	66	72	74	74
Offene Stellen	77	63	95	96	113	105	117	112	101	102	110	119	124
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Unselbständig Beschäftigte	+ 55,8	- 80,1	+ 87,8	+ 158,8	+ 96,2	+ 130,1	+ 184,5	+ 105,8	+ 116,6	+ 167,9	+ 191,2	+ 196,1	+ 166,2
Männer	+ 33,9	- 43,1	+ 51,4	+ 87,1	+ 54,5	+ 70,2	+ 98,2	+ 58,5	+ 64,7	+ 87,5	+ 103,3	+ 106,0	+ 85,4
Frauen	+ 22,0	- 37,1	+ 36,4	+ 71,7	+ 41,7	+ 59,9	+ 86,3	+ 47,3	+ 51,8	+ 80,4	+ 87,9	+ 90,1	+ 80,7
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	+ 162,6	+ 99,0	+ 130,7	+ 184,7	+ 106,5	+ 117,5	+ 168,2	+ 191,3	+ 196,1	+ 166,8
Männer	+ 34,1	- 43,0	+ 51,6	+ 88,5	+ 54,4	+ 69,9	+ 97,9	+ 58,0	+ 64,4	+ 87,1	+ 102,9	+ 105,5	+ 85,3
Frauen	+ 24,8	- 33,1	+ 38,8	+ 74,1	+ 44,6	+ 60,9	+ 86,8	+ 48,5	+ 53,1	+ 81,1	+ 88,4	+ 90,6	+ 81,5
Ausländische Arbeitskräfte	+ 46,6	- 22,2	+ 62,4	+ 96,4	+ 69,1	+ 91,2	+ 125,7	+ 77,0	+ 82,2	+ 114,5	+ 127,9	+ 133,1	+ 116,1
Herstellung von Waren	+ 9,9	- 9,5	+ 3,9	+ 6,8	+ 5,7	+ 9,7	+ 14,9	+ 7,0	+ 10,6	+ 11,6	+ 15,3	+ 16,5	+ 12,8
Bauwesen	+ 9,9	- 0,3	+ 13,9	+ 20,4	+ 8,9	+ 9,9	+ 11,7	+ 9,9	+ 10,6	+ 9,3	+ 13,8	+ 13,7	+ 7,6
Private Dienstleistungen	+ 29,9	- 73,6	+ 48,7	+ 102,9	+ 59,9	+ 88,5	+ 135,3	+ 67,6	+ 74,6	+ 123,3	+ 138,4	+ 140,7	+ 126,7
Öffentliche Dienstleistungen ²⁾	+ 7,8	+ 7,1	+ 23,1	+ 31,2	+ 24,2	+ 21,9	+ 21,9	+ 21,1	+ 20,8	+ 23,6	+ 22,7	+ 24,0	+ 19,1
Arbeitslose	- 10,8	+ 108,3	- 77,9	- 149,7	- 88,2	- 104,6	- 129,6	- 88,9	- 101,5	- 123,4	- 135,4	- 134,3	- 119,1
Männer	- 8,2	+ 57,3	- 43,1	- 78,5	- 48,3	- 54,3	- 66,5	- 46,9	- 53,5	- 62,5	- 69,8	- 69,9	- 59,9
Frauen	- 2,6	+ 51,0	- 34,8	- 71,2	- 39,9	- 50,3	- 63,1	- 42,0	- 48,0	- 60,9	- 65,6	- 64,4	- 59,2
Personen in Schulung	- 6,8	- 4,9	+ 13,2	+ 27,6	+ 10,0	+ 6,3	+ 1,4	+ 6,3	+ 7,8	+ 4,9	+ 4,8	+ 2,2	- 2,8
Offene Stellen	+ 5,5	- 14,3	+ 32,3	+ 37,7	+ 47,5	+ 47,2	+ 51,5	+ 47,5	+ 42,5	+ 51,6	+ 51,2	+ 53,6	+ 49,9

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ ÖNACE 2008 Abschnitte O bis Q. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

Übersicht 23: Arbeitslosenquote und Stellenandrang

	2019	2020	2021	2021		2022		2021		2022		März	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner		Februar
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Arbeitslosenquote	7,4	9,9	8,0	7,8	6,7	7,2	7,2	6,5	7,0	8,1	8,0	7,3	6,3
Männer	7,6	10,1	8,1	7,6	6,5	7,5	7,9	6,4	6,9	9,1	9,2	8,1	6,5
Frauen	7,1	9,7	7,9	8,0	7,0	6,9	6,4	6,7	7,1	6,9	6,7	6,4	6,0
Erweiterte Arbeitslosenquote ¹⁾	8,7	11,2	9,6	9,4	8,1	8,8	8,8	8,1	8,6	9,5	9,6	8,9	7,9
	In % der Arbeitslosen insgesamt												
Unter 25-jährige Arbeitslose	10,0	10,6	9,1	8,3	9,4	9,4	8,9	9,4	9,3	9,6	9,1	8,9	8,8
Langzeitbeschäftigungslose ²⁾	32,7	28,5	39,7	44,9	45,2	38,2	35,3	42,5	38,5	34,4	33,1	34,9	38,4
	Arbeitslose je offene Stelle												
Stellenandrang	3,9	6,5	3,5	3,3	2,5	2,8	2,5	2,4	2,9	3,3	3,0	2,5	2,1

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – ¹⁾ Einschließlich Personen in Schulung. – ²⁾ Geschäftsfalldauer über 365 Tage. • Rückfragen: stefan.fuchs@wifo.ac.at, christoph.lorenz@wifo.ac.at

2.13 Preise und Löhne

Übersicht 24: Verbraucherpreise und Großhandelspreise

	2019	2020	2021	2021				2022		2021			2022	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Harmonisierter VPI	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,1	+ 3,9	+ 5,6	+ 3,8	+ 4,1	+ 3,8	+ 4,5	+ 5,5	+ 6,7	
Verbraucherpreisindex	+ 1,5	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,6	+ 3,2	+ 4,1	+ 5,8	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,8	+ 6,8	
Ohne Saisonwaren	+ 1,6	+ 1,4	+ 2,8	+ 2,5	+ 3,1	+ 4,1	+ 5,9	+ 3,7	+ 4,3	+ 4,3	+ 5,0	+ 5,8	+ 6,9	
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 1,0	+ 2,3	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,4	+ 1,5	+ 5,0	+ 1,1	+ 1,6	+ 1,7	+ 4,9	+ 4,3	+ 5,8	
Alkoholische Getränke, Tabak	+ 1,0	+ 1,2	+ 2,4	+ 2,3	+ 3,5	+ 2,4	+ 2,3	+ 1,7	+ 2,2	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,3	
Bekleidung und Schuhe	+ 0,8	- 0,1	+ 0,7	+ 2,2	+ 1,7	- 0,4	+ 1,5	- 1,0	- 0,3	+ 0,2	- 0,9	+ 5,8	+ 0,1	
Wohnung, Wasser, Energie	+ 2,7	+ 2,4	+ 3,6	+ 3,0	+ 3,6	+ 5,1	+ 7,7	+ 4,8	+ 5,3	+ 5,4	+ 5,8	+ 7,7	+ 9,7	
Hausrat und laufende Instandhaltung	+ 1,1	+ 0,9	+ 1,8	+ 2,5	+ 2,3	+ 2,2	+ 4,2	+ 1,9	+ 2,6	+ 2,0	+ 2,7	+ 5,1	+ 4,6	
Gesundheitspflege	+ 1,1	+ 2,0	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,6	+ 2,2	+ 2,7	+ 2,1	+ 2,1	+ 2,4	+ 2,5	+ 2,6	+ 3,0	
Verkehr	+ 0,2	- 1,7	+ 6,6	+ 5,1	+ 8,9	+ 11,9	+ 12,6	+ 11,5	+ 12,2	+ 12,0	+ 11,2	+ 10,6	+ 15,9	
Nachrichtenübermittlung	- 3,1	- 3,0	- 2,9	- 2,4	- 3,1	- 2,3	+ 1,3	- 2,6	- 2,2	- 2,2	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,0	
Freizeit und Kultur	+ 1,4	+ 1,8	+ 2,4	+ 2,1	+ 2,2	+ 3,7	+ 4,5	+ 3,0	+ 4,0	+ 4,0	+ 3,9	+ 4,3	+ 5,3	
Erziehung und Unterricht	+ 2,6	+ 2,0	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 1,9	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 1,9	+ 2,0	+ 1,9	
Restaurants und Hotels	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,4	+ 4,2	+ 6,5	+ 4,1	+ 4,3	+ 4,3	+ 6,3	+ 6,7	+ 6,6	
Verschiedene Waren und Dienstleistungen	+ 1,7	+ 2,2	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,8	+ 1,1	+ 1,3	+ 1,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,9	
Großhandelspreisindex	± 0,0	- 4,1	+ 10,4	+ 10,8	+ 12,8	+ 16,0	+ 19,2	+ 15,8	+ 16,6	+ 15,0	+ 15,5	+ 16,3	+ 25,6	
Ohne Saisonprodukte	- 0,1	- 4,3	+ 10,5	+ 10,9	+ 12,9	+ 16,2	+ 19,4	+ 16,0	+ 16,9	+ 14,9	+ 15,7	+ 16,5	+ 25,9	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: ursula.glauningner@wifo.ac.at

Übersicht 25: Tariflöhne

	2019	2020	2021	2021				2022		2021			2022	
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	November	Dezember	Jänner	Februar	März	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %													
Beschäftigte	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,8	+ 2,6	+ 1,7	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,6	+ 2,6	+ 2,6	
Ohne öffentlichen Dienst	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,8	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8	+ 2,5	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,9	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	
Arbeiter und Arbeiterinnen	+ 3,1	+ 2,4	+ 1,9	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,0	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,7	+ 2,7	+ 2,7	
Angestellte	+ 3,1	+ 2,3	+ 1,7	+ 1,6	+ 1,6	+ 1,7	+ 2,4	+ 1,5	+ 1,8	+ 1,8	+ 2,3	+ 2,4	+ 2,4	
Bedienstete														
Öffentlicher Dienst	+ 2,9	+ 2,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,0	+ 1,4	+ 1,4	+ 1,4	+ 3,0	+ 3,1	+ 3,1	

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Tariflohnindex 2016. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

Übersicht 26: Effektivverdienste

	2019	2020	2021	2021				2021					
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Gesamtwirtschaft¹⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+ 4,4	- 0,4	+ 5,5	- 1,0	+ 10,1	+ 6,2	+ 6,0						
Lohn- und Gehaltssumme, netto	+ 4,5	+ 0,4	.										
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten													
Brutto	+ 2,9	+ 2,0	+ 3,0	+ 1,4	+ 4,7	+ 3,0	+ 2,2						
Netto	+ 3,0	+ 2,8	.										
Netto, real ²⁾	+ 1,4	+ 1,3	.										
Herstellung von Waren³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 4,1	- 1,1	+ 4,0	- 0,3	+ 6,4	+ 6,1	+ 3,5	+ 4,8	+ 7,7	+ 6,0	+ 2,9	+ 3,9	+ 3,6
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 2,5	+ 0,2	+ 3,5	+ 0,8	+ 5,7	+ 5,2	+ 1,8	+ 4,1	+ 6,7	+ 4,9	+ 1,7	+ 2,1	+ 1,5
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 2,9	+ 1,2	+ 2,7	+ 1,7	+ 3,0	+ 3,8	+ 1,8	+ 4,8	+ 3,1	+ 3,6	+ 3,9	+ 0,1	+ 1,3
Bauwesen³⁾													
Lohn- und Gehaltssumme, brutto ⁴⁾	+ 8,4	+ 4,6	+ 6,7	+ 4,3	+ 11,8	+ 5,4	+ 5,4	+ 4,0	+ 8,3	+ 3,8	+ 3,3	+ 6,7	+ 5,5
Pro-Kopf-Einkommen der unselbständig Beschäftigten ⁴⁾	+ 3,2	+ 2,4	+ 2,7	- 0,5	+ 5,6	+ 2,7	+ 2,7	+ 1,5	+ 5,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 3,7	+ 3,2
Stundenverdienste der Beschäftigten pro Kopf ⁴⁾	+ 3,4	+ 3,1	+ 1,8	- 0,4	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,9	+ 0,8	+ 3,3	+ 1,3	+ 2,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. - ¹⁾ Laut ESVG 2010. - ²⁾ Referenzjahr 2015. - ³⁾ Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Primärerhebung). - ⁴⁾ Einschließlich Sonderzahlungen. • Rückfragen: doris.steininger@wifo.ac.at, anna.brunner@wifo.ac.at

2.14 Soziale Sicherheit

Übersicht 27: Pensionen nach Pensionsversicherungsträgern

	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.324	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264
Pensionsversicherung der Unselbständigen	1.929	1.945	1.966	1.980	2.016	2.078	1.124	1.136	1.143	1.175	1.212	1.307
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	1.066	1.069	1.073	1.076	1.086	1.089	878	892	917	945	986	1.021
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	864	877	893	904	930	954	1.443	1.464	1.500	1.543	1.602	1.649
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	359	360	362	364	368	372	1.057	1.079	1.110	1.145	1.195	1.233
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	185	188	193	196	202	208	1.296	1.315	1.344	1.377	1.423	1.455
Landwirtschaft ²⁾	174	171	170	168	166	164	795	811	835	863	912	945
Neuzuerkennungen insgesamt	115	117	123	132	145	146	1.089	1.073	1.032	1.124	1.154	1.213
Pensionsversicherung der Unselbständigen	96	97	102	111	121	122	1.092	1.072	1.027	1.128	1.162	1.224
Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter und Arbeiterinnen	53	54	56	58	62	68	831	824	797	877	902	943
Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten	43	44	47	52	60	54	1.398	1.372	1.317	1.427	1.472	1.543
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen	18	18	19	20	22	22	1.070	1.077	1.058	1.098	1.108	1.154
Gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	11	12	12	13	16	16	1.236	1.233	1.191	1.222	1.230	1.268
Landwirtschaft ²⁾	6	6	6	6	6	6	777	832	810	884	856	938

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 28: Pensionen nach Pensionsarten

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Zahl der Pensionen in 1.000						Durchschnittspension in €					
Bestand insgesamt	2.305	2.324	2.341	2.364	2.396	2.436	1.102	1.124	1.143	1.175	1.212	1.264
Direktpensionen	1.801	1.822	1.841	1.867	1.902	1.944	1.222	1.244	1.265	1.298	1.338	1.394
Invaliditätspensionen ¹⁾	170	165	159	153	147	142	1.133	1.150	1.158	1.179	1.197	1.230
Alle Alterspensionen ²⁾	1.631	1.656	1.682	1.714	1.755	1.803	1.231	1.254	1.275	1.309	1.349	1.407
Normale Alterspensionen	1.534	1.569	1.603	1.639	1.680	1.720	1.194	1.219	1.242	1.276	1.317	1.367
Vorzeitige Alterspensionen	97	88	79	74	75	83	1.820	1.871	1.933	2.026	2.080	2.250
Bei langer Versicherungsdauer	4	3	2	2	2	2	1.809	2.022	2.275	2.340	2.400	2.462
Korridorpensionen	16	17	18	20	21	23	1.596	1.717	1.869	1.890	1.924	1.995
Für Langzeitversicherte ³⁾	67	53	18	20	21	23	1.875	1.915	1.990	2.224	2.345	2.685
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	7	9	11	14	18	21	1.829	1.932	2.004	1.658	2.135	2.221
Witwen- bzw. Witwerpensionen	456	455	452	449	447	444	725	738	747	742	762	787
Waisenpensionen	47	48	47	47	47	47	361	368	373	382	393	407
Neuzuerkennungen insgesamt	100	115	117	123	132	145	1.032	1.124	1.154	1.213	1.275	1.422
Direktpensionen	70	84	86	91	101	113	1.201	1.300	1.329	1.194	1.453	1.620
Invaliditätspensionen ¹⁾	15	19	17	16	17	17	1.123	1.137	1.122	1.155	1.162	1.197
Alle Alterspensionen ²⁾	55	65	69	75	84	96	1.223	1.347	1.382	1.452	1.514	1.696
Normale Alterspensionen	32	37	42	46	56	62	933	984	1.035	1.098	1.232	1.327
Vorzeitige Alterspensionen	23	28	27	29	28	34	1.632	1.833	1.916	2.020	2.078	2.371
Bei langer Versicherungsdauer	3	3	1	0	0	0	1.421	1.491	1.694	2.376	2.432	2.463
Korridorpensionen	6	7	8	9	9	10	1.626	1.803	1.838	1.879	1.919	1.951
Für Langzeitversicherte ³⁾	9	12	11	11	9	15	1.612	1.900	2.001	2.197	2.300	2.801
Schwerarbeitspensionen ⁴⁾	2	3	4	5	6	6	1.942	2.032	2.061	1.645	2.181	2.270
Witwen- bzw. Witwerpensionen	25	26	26	26	26	27	710	725	732	745	769	801
Waisenpensionen	5	5	5	5	5	5	294	297	300	286	305	320

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Ohne Versicherungsanstalt des österreichischen Notariats. – 1) Vor dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. – 2) Einschließlich Invaliditätspensionen (Berufsunfähigkeits-, Erwerbsunfähigkeitspensionen) ab dem vollendeten 60. bzw. 65. Lebensjahr. Einschließlich Knappschaftssold. – 3) Langzeitversichertenregelung ("Hacklerregelung"). – 4) Schwerarbeitspension gemäß Allgemeinem Pensionsgesetz. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 29: Durchschnittsalter bei Neuzuerkennung der Pension in Jahren

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Männer						Frauen					
Alle Pensionsversicherungsträger, Direktpensionen	61,3	60,9	61,1	61,5	61,3	61,6	59,2	59,1	59,2	59,4	59,5	59,5
Invaliditätspensionen	56,0	55,4	55,1	55,7	55,0	54,5	52,8	52,5	51,9	52,2	51,4	50,4
Alle Alterspensionen	63,6	63,3	63,3	63,2	63,3	62,2	60,2	60,3	60,4	60,4	60,5	60,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger. Alle Pensionsversicherungsträger. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

Übersicht 30: Beiträge des Bundes zur Pensionsversicherung

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2015	2016	2017	2018	2019	2020
	Ausfallhaftung des Bundes in Mio. €						In % des Pensionsaufwandes					
Pensionsversicherung der Unselbständigen	4.752,6	4.665,7	3.515,1	4.055,0	3.981,1	5.136,8	15,9	15,3	11,3	12,5	11,8	14,4
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – gewerbliche Wirtschaft ¹⁾	1.272,2	1.230,6	1.251,4	1.279,2	1.347,1	1.755,0	40,2	37,6	37,0	36,1	36,1	44,2
Sozialversicherungsanstalt der Selbständigen – Landwirtschaft ²⁾	1.464,1	1.496,7	1.495,5	1.496,6	1.540,4	1.613,7	86,3	87,0	86,2	84,1	83,9	84,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. – 1) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft. – 2) Bis 2019: Sozialversicherungsanstalt der Bauern. • Rückfragen: anna.albert@wifo.ac.at

2.15 Entwicklung in den Bundesländern

Übersicht 31: Tourismus – Übernachtungen

	2019	2020	2021	2021				2021				2022	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 1,9	- 35,9	- 18,7	- 93,6	+ 81,7	+ 10,6	+182,0	+ 18,5	+ 84,5	+204,0	+ 717,4	+1.250,2	+1.439,8
Wien	+ 6,8	- 73,9	+ 8,9	- 91,4	+130,2	+ 72,6	+333,4	+125,2	+285,9	+494,8	+ 291,9	+ 432,1	+ 489,0
Niederösterreich	+ 3,5	- 40,5	+ 9,4	- 52,0	+ 80,6	+ 9,4	+ 46,2	+ 14,6	+ 35,0	+ 63,1	+ 54,7	+ 89,3	+ 86,1
Burgenland	+ 3,1	- 27,3	+ 9,6	- 69,6	+ 91,1	+ 1,7	+ 68,2	- 2,4	+ 26,6	+174,2	+ 194,8	+ 291,7	+ 250,7
Steiermark	+ 1,7	- 24,6	- 10,6	- 87,1	+ 71,0	+ 6,6	+ 79,2	+ 8,6	+ 25,2	+131,1	+ 364,7	+ 682,6	+ 731,3
Kärnten	+ 0,2	- 17,0	- 7,8	- 87,5	+ 48,2	+ 2,7	+ 71,3	+ 8,0	+ 19,7	+ 81,4	+ 383,8	+ 577,7	+ 699,4
Oberösterreich	+ 4,6	- 36,4	+ 5,2	- 69,3	+ 73,4	+ 9,6	+ 70,7	+ 17,4	+ 45,3	+112,2	+ 116,6	+ 184,1	+ 195,6
Salzburg	+ 1,6	- 32,3	- 31,1	- 97,0	+ 89,1	+ 11,9	+206,9	+ 18,8	+ 61,2	+246,2	+1.578,9	+2.704,4	+3.299,8
Tirol	+ 0,5	- 33,5	- 28,9	- 98,2	+105,1	+ 10,9	+435,5	+ 17,9	+189,8	+412,3	+2.440,0	+4.334,1	+5.572,9
Vorarlberg	+ 0,5	- 30,5	- 28,4	- 97,8	+ 86,8	+ 7,6	+311,3	+ 13,7	+122,5	+335,5	+2.875,7	+5.272,6	+4.746,9

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 32: Abgesetzte Produktion der Sachgütererzeugung

	2019	2020	2021	2021				2021				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 1,0	- 8,8	+17,4	+ 4,2	+34,7	+16,8	+16,6	+13,5	+24,3	+14,1	+11,1	+17,5	+21,5
Wien	- 3,0	+ 8,4	+13,6	+ 4,3	+20,7	+12,4	+17,4	+13,3	+13,3	+10,8	+11,3	+19,0	+21,2
Niederösterreich	- 1,5	-13,8	+20,5	- 1,4	+34,7	+23,3	+27,6	+21,4	+24,7	+23,9	+27,0	+30,0	+25,7
Burgenland	- 0,8	-11,7	+ 9,8	- 0,6	+41,6	+ 0,8	+ 4,6	+ 6,9	+ 5,5	- 7,7	- 4,2	+10,3	+ 8,2
Steiermark	+ 4,1	-12,9	+16,5	+ 4,5	+35,6	+17,4	+12,4	+ 7,1	+39,1	+11,8	+ 4,2	+10,9	+22,8
Kärnten	- 1,7	- 4,8	+21,8	+11,9	+29,8	+24,8	+20,9	+21,4	+29,9	+23,8	+13,5	+24,0	+25,0
Oberösterreich	+ 1,1	- 9,2	+17,3	+ 5,6	+41,3	+13,9	+13,3	+10,4	+22,5	+10,9	+ 5,6	+14,9	+19,8
Salzburg	+ 3,7	- 5,8	+17,9	+ 1,0	+34,0	+17,8	+20,3	+17,3	+19,1	+17,1	+13,3	+17,1	+32,5
Tirol	+ 1,9	- 6,7	+15,4	+ 8,3	+28,0	+15,7	+10,7	+15,6	+16,4	+15,3	+ 9,7	+12,4	+ 9,7
Vorarlberg	+ 4,4	- 7,9	+17,0	+ 7,4	+35,3	+13,0	+15,9	+11,3	+24,7	+ 6,2	+13,6	+15,8	+18,5

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2021: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 33: Abgesetzte Produktion im Bauwesen

	2019	2020	2021	2021				2021				2021	
				I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	Juli	August	Septem-ber	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber
	Veränderung gegen das Vorjahr in %												
Österreich	+ 7,3	- 1,7	+12,9	+ 8,2	+26,2	+ 8,3	+10,3	+ 7,1	+10,5	+ 7,7	+ 4,5	+10,7	+15,2
Wien	+ 8,4	- 6,2	+11,2	+ 4,4	+24,7	+ 3,8	+12,6	+ 2,1	+ 8,5	+ 1,5	+ 8,5	+15,1	+13,7
Niederösterreich	+ 8,2	+ 0,1	+13,0	+ 5,7	+28,9	+10,3	+ 8,3	+ 7,9	+16,4	+ 7,5	+ 2,3	+ 7,5	+14,8
Burgenland	+16,3	- 0,7	+ 9,8	-11,1	+22,5	+15,0	+10,8	+10,9	+13,1	+20,4	+ 6,8	+ 4,0	+23,7
Steiermark	+ 7,3	- 0,4	+13,9	+ 6,9	+26,4	+12,1	+10,6	+11,4	+13,6	+11,4	+ 4,3	+12,0	+15,4
Kärnten	+ 6,0	- 4,5	+ 8,4	+11,6	+25,5	+ 0,8	+ 1,7	- 3,9	+ 8,0	- 0,5	- 3,1	- 2,0	+10,7
Oberösterreich	+ 4,8	- 2,9	+18,0	+18,1	+29,6	+10,2	+16,5	+10,3	+11,2	+ 9,3	+11,2	+18,3	+19,7
Salzburg	+ 5,8	+ 3,7	+12,4	+16,6	+29,0	+ 8,0	+ 2,8	+ 4,7	+11,0	+ 8,7	+ 1,8	- 0,5	+ 6,9
Tirol	+12,3	- 0,8	+ 8,5	+ 1,1	+18,0	+ 6,1	+ 8,1	+ 4,8	+ 1,4	+11,8	- 3,3	+10,1	+17,4
Vorarlberg	+ 0,1	+ 5,6	+12,9	+ 9,8	+25,4	+10,5	+ 7,9	+15,5	+ 7,9	+ 7,9	+ 0,8	+ 9,3	+12,8

Q: Statistik Austria, WIFO-Berechnungen. Konjunkturerhebung auf Betriebsebene (Grundgesamtheit). Ab 2021: vorläufig. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 34: Beschäftigung

	2019	2020	2021	2021				2021				2022		
				II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.	I. Qu.	Oktober	Novem-ber	Dezem-ber	Jänner	Februar	März	
	In 1.000													
Österreich	3.720	3.644	3.734	3.734	3.824	3.776	3.788	3.802	3.784	3.743	3.751	3.789	3.824	
Wien	852	831	858	857	869	871	873	877	877	860	866	872	881	
Niederösterreich	615	611	625	627	638	629	624	637	634	616	616	623	633	
Burgenland	104	103	107	107	110	107	106	109	108	104	104	105	108	
Steiermark	520	510	523	524	535	527	526	533	531	517	520	526	533	
Kärnten	211	206	212	214	223	212	210	216	213	207	207	210	213	
Oberösterreich	660	651	666	667	678	672	669	679	677	661	663	668	677	
Salzburg	256	248	252	251	261	257	263	255	253	262	261	265	263	
Tirol	336	322	327	324	343	335	346	331	327	347	344	349	346	
Vorarlberg	165	161	164	163	167	166	170	165	165	169	169	170	170	
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000													
Österreich	+ 58,9	- 76,1	+ 90,4	+162,6	+ 99,0	+130,7	+184,7	+106,5	+117,5	+168,2	+191,3	+196,1	+166,8	
Wien	+ 15,9	- 20,5	+ 26,9	+ 41,4	+ 29,5	+ 33,2	+ 37,1	+ 31,3	+ 35,0	+ 33,2	+ 37,7	+ 37,9	+ 35,8	
Niederösterreich	+ 10,1	- 3,9	+ 14,2	+ 24,1	+ 14,1	+ 14,2	+ 18,1	+ 13,6	+ 14,7	+ 14,3	+ 18,0	+ 19,0	+ 17,4	
Burgenland	+ 1,5	- 0,9	+ 3,5	+ 5,6	+ 3,1	+ 3,1	+ 3,9	+ 2,7	+ 3,2	+ 3,4	+ 4,2	+ 4,0	+ 3,6	
Steiermark	+ 8,0	- 10,0	+ 12,8	+ 22,1	+ 12,7	+ 14,7	+ 20,1	+ 12,4	+ 14,7	+ 16,9	+ 20,6	+ 21,2	+ 18,3	
Kärnten	+ 2,2	- 5,9	+ 6,5	+ 12,1	+ 6,5	+ 7,1	+ 10,0	+ 6,1	+ 6,3	+ 9,0	+ 10,5	+ 11,2	+ 8,3	
Oberösterreich	+ 10,4	- 8,9	+ 15,0	+ 23,6	+ 15,8	+ 17,0	+ 21,3	+ 16,5	+ 17,8	+ 16,7	+ 22,4	+ 21,8	+ 19,6	
Salzburg	+ 3,1	- 8,4	+ 4,1	+ 11,3	+ 6,0	+ 12,9	+ 23,7	+ 7,0	+ 8,0	+ 23,6	+ 24,9	+ 26,0	+ 20,1	
Tirol	+ 5,4	- 14,4	+ 5,1	+ 17,0	+ 8,0	+ 22,3	+ 39,8	+ 13,0	+ 13,4	+ 40,6	+ 41,9	+ 43,5	+ 34,0	
Vorarlberg	+ 2,2	- 3,2	+ 2,4	+ 5,4	+ 3,4	+ 6,2	+ 10,7	+ 3,9	+ 4,4	+ 10,4	+ 11,1	+ 11,5	+ 9,6	

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 35: Arbeitslosigkeit

	2019	2020	2021	II. Qu.	2021 III. Qu.	IV. Qu.	2022 I. Qu.	Oktober	2021 Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	2022 Februar	März
	In 1.000												
Österreich	301	410	332	320	279	298	299	270	289	336	333	303	262
Wien	115	150	127	128	116	115	115	109	110	127	122	115	107
Niederösterreich	51	65	52	50	45	47	49	42	44	55	56	50	42
Burgenland	8	11	9	8	8	8	9	7	8	10	10	9	8
Steiermark	34	48	37	34	31	34	36	29	31	41	41	36	30
Kärnten	21	27	21	19	15	20	21	16	20	24	25	22	17
Oberösterreich	34	47	36	33	31	32	33	28	30	39	38	34	27
Salzburg	13	20	15	15	10	12	11	11	14	12	13	11	9
Tirol	16	29	23	23	13	19	16	18	22	17	18	16	13
Vorarlberg	9	14	12	12	10	10	9	10	10	10	10	9	8
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000												
Österreich	- 10,8	+108,3	- 77,9	- 149,7	- 88,2	- 104,6	- 129,6	- 88,9	- 101,5	- 123,4	- 135,4	- 134,3	- 119,1
Wien	- 3,6	+ 34,8	- 23,0	- 43,5	- 30,4	- 29,9	- 32,8	- 27,6	- 32,5	- 29,7	- 33,0	- 33,3	- 32,1
Niederösterreich	- 1,7	+ 14,2	- 13,0	- 22,5	- 14,2	- 15,1	- 17,6	- 13,4	- 15,7	- 16,3	- 18,1	- 18,4	- 16,5
Burgenland	- 0,3	+ 2,5	- 1,9	- 3,4	- 2,0	- 2,2	- 2,9	- 1,8	- 2,1	- 2,6	- 2,9	- 2,9	- 2,7
Steiermark	- 1,0	+ 13,9	- 10,7	- 20,5	- 10,3	- 11,6	- 13,8	- 9,7	- 11,8	- 13,3	- 15,1	- 14,3	- 12,2
Kärnten	- 0,9	+ 6,0	- 5,8	- 11,3	- 5,3	- 6,7	- 8,5	- 5,5	- 5,9	- 8,6	- 9,0	- 9,1	- 7,5
Oberösterreich	- 1,1	+ 12,5	- 10,6	- 18,4	- 11,7	- 12,1	- 14,0	- 10,9	- 12,5	- 13,0	- 15,3	- 14,4	- 12,4
Salzburg	- 0,8	+ 7,4	- 5,0	- 10,6	- 5,3	- 8,5	- 12,4	- 6,0	- 7,1	- 12,5	- 13,1	- 12,9	- 11,1
Tirol	- 1,2	+ 12,6	- 5,8	- 14,7	- 6,4	- 14,2	- 21,7	- 10,6	- 10,2	- 21,8	- 22,8	- 22,8	- 19,5
Vorarlberg	- 0,0	+ 4,4	- 2,2	- 4,7	- 2,8	- 4,3	- 5,8	- 3,5	- 3,8	- 5,5	- 6,2	- 6,1	- 5,2

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

Übersicht 36: Arbeitslosenquote

	2019	2020	2021	II. Qu.	2021 III. Qu.	IV. Qu.	2022 I. Qu.	Oktober	2021 Novem- ber	Dezem- ber	Jänner	2022 Februar	März
	In % der unselbständigen Erwerbspersonen												
Österreich	7,4	9,9	8,0	7,8	6,7	7,2	7,2	6,5	7,0	8,1	8,0	7,3	6,3
Wien	11,7	15,1	12,7	12,8	11,7	11,6	11,5	10,9	11,0	12,7	12,2	11,6	10,7
Niederösterreich	7,5	9,4	7,5	7,2	6,4	6,8	7,2	6,0	6,3	8,0	8,1	7,3	6,1
Burgenland	7,3	9,4	7,7	7,1	6,3	7,2	7,8	6,0	6,7	8,8	9,0	8,0	6,5
Steiermark	6,0	8,4	6,5	6,0	5,4	5,9	6,2	5,1	5,5	7,3	7,1	6,3	5,2
Kärnten	8,8	11,3	8,8	7,9	6,3	8,5	9,1	6,9	8,3	10,3	10,6	9,2	7,4
Oberösterreich	4,8	6,5	5,0	4,7	4,3	4,5	4,6	3,9	4,1	5,5	5,4	4,8	3,8
Salzburg	4,6	7,3	5,6	5,4	3,6	4,5	4,0	4,1	5,1	4,5	4,7	4,0	3,3
Tirol	4,5	8,1	6,5	6,4	3,7	5,3	4,3	5,0	6,3	4,6	5,0	4,2	3,6
Vorarlberg	5,3	7,7	6,5	6,5	5,5	5,6	5,0	5,5	5,9	5,6	5,4	5,0	4,6

Q: Dachverband der Sozialversicherungsträger; Arbeitsmarktservice Österreich; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. • Rückfragen: regional@wifo.ac.at

2.16 Staatshaushalt

Übersicht 37: Staatsquoten

	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
	In % des Bruttoinlandsproduktes												
Staatsquoten													
Staatsausgabenquote	54,1	52,8	50,9	51,2	51,6	52,4	51,1	50,1	49,3	48,7	48,6	57,0	55,9
Staatseinnahmenquote	48,8	48,4	48,3	49,0	49,7	49,7	50,1	48,5	48,5	48,9	49,2	49,0	50,0
Abgabenquote Staat und EU													
Indikator 4	42,0	41,9	42,0	42,6	43,4	43,5	43,9	42,4	42,5	42,8	43,1	42,8	44,0
Indikator 2	41,1	41,1	41,2	41,9	42,7	42,8	43,2	41,8	41,9	42,3	42,6	42,3	43,5
Budgetsalden													
Finanzierungssaldo (Maastricht)													
Gesamtstaat	- 5,3	- 4,4	- 2,6	- 2,2	- 2,0	- 2,7	- 1,0	- 1,5	- 0,8	0,2	0,6	- 8,0	- 5,9
Bund	- 4,3	- 3,3	- 2,3	- 2,1	- 2,0	- 2,8	- 1,2	- 1,2	- 0,9	- 0,1	0,4	- 7,2	- 5,2
Länder	0,1	0,2	- 0,5	- 0,6
Gemeinden	- 0,0	- 0,1	- 0,1	0,0
Wien	0,0	0,0	- 0,2	- 0,2
Sozialversicherungsträger	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	- 0,0	0,0
Struktureller Budgetsaldo laut													
Europäischer Kommission ¹⁾	- 3,8	- 3,2	- 2,5	- 1,8	- 1,0	- 0,6	- 0,0	- 1,1	- 1,1	- 0,8	- 0,6	- 5,1	.
Primärsaldo	- 2,2	- 1,5	0,2	0,5	0,7	- 0,3	1,3	0,5	1,0	1,8	2,0	- 6,7	- 4,8
Schuldenstand (Maastricht)													
Gesamtstaat	79,9	82,7	82,4	81,9	81,3	84,0	84,9	82,8	78,5	74,1	70,6	83,3	82,8
Bund	.	.	.	70,9	70,6	73,5	74,2	71,9	68,0	63,9	60,8	72,0	71,6
Länder	5,6	5,3	5,9	6,0
Gemeinden	2,3	2,3	2,6	2,5
Wien	1,9	1,9	2,2	2,4
Sozialversicherungsträger	.	.	.	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,3	0,3	0,5	0,3

Q: Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. Daten gemäß Maastricht-Notifikation. Indikator 2 ohne, Indikator 4 einschließlich imputierter Sozialbeiträge. Länder und Gemeinden ohne Wien. – !) WIFO-Schätzung auf Basis der mittelfristigen WIFO-Prognose, Parametrisierung gemäß der Prognose der Europäischen Kommission. • Rückfragen: andrea.sutrich@wifo.ac.at

6/2021 Zügige Konjunkturerholung zeichnet sich ab • Regionale Konjunkturentwicklung im Zeichen der COVID 19-Krise. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2020 • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt, digitale Skills und Infrastrukturausstattung in Zeiten von COVID-19 • Unternehmerische Unsicherheit und wirtschaftspolitische Risikofaktoren in der COVID-19-Krise. Ergebnisse des Updates der WIFO-Industriebefragung vom Sommer 2020

7/2021 Kräftiger Konjunkturaufschwung in Österreich. Prognose für 2021 und 2022 • Deutliche Erholung der Investitionen der Sachgütererzeugung von der COVID-19-Krise. Ergebnisse des WIFO-Investitionstests vom Frühjahr 2021 • Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2021. Sonderthema: Umwelt- und Klimamaßnahmen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan • BERIO – Ein kleinräumiges Input-Output- und Emissionsmodell der österreichischen Wirtschaft

8/2021 Aufschwung der heimischen Wirtschaft hält an, Dynamik erreicht jedoch bald Plafond • Mittel-, Ost- und Südosteuropa auf dem Weg der Erholung von der COVID-19-Krise • Konjunktüreinschätzungen verbessern sich weiter, Lieferengpässe und Arbeitskräftemangel hemmen die Produktion. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Juli 2021 • COVID-19-Krise ließ Cash-Flow-Marge in der heimischen Sachgütererzeugung 2020 erneut sinken

9/2021 Kräftiger Aufschwung verschärft Preisdruck und Lieferprobleme • Privatversicherungswirtschaft bewies in der COVID-19-Krise Leistungsfähigkeit • Die österreichische Land- und Forstwirtschaft im Kontext der Bioökonomie • Fit for 55? Das neue Klima- und Energiepaket der EU

10/2021 Vierte COVID-19-Welle bremst kräftigen Aufschwung. Prognose für 2021 • Starker privater Konsum treibt das Wirtschaftswachstum. Mittelfristige Prognose 2022 bis 2026 unter Berücksichtigung der Steuerreform 2022/2024 • 2020 Verschlechterung der Lohnstückkostenposition, Daten jedoch durch COVID-19-Maßnahmen verzerrt • Wissensproduktion und Wissensverwertung in Österreich im internationalen Vergleich

11/2021 Aufschwung der Industriekonjunktur verlangsamt sich • Geschäftstätigkeit durch Arbeitskräftemangel und Lieferengpässe beeinträchtigt. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2021 • COVID-19-Krise beschert heimischem Tourismus herbe Verluste • Steuerreform 2022/2024 – Maßnahmenüberblick und erste Einschätzung • Dekarbonisierung als ein Treiber des Wandels der österreichischen Kfz-Zulieferindustrie

12/2021 Konjunkturerholung in Österreich verzögert sich • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2021 • Steuerreform 2022/2024 – Gesamtwirtschaftliche Wirkungen • Recycling von Lithium-Ionen-Batterien. Ökonomische Effekte im Kontext von Klimaschutz und Ressourcenschonung

1/2022 Wie Österreich durch die Krise kam und was nun zu tun ist • Neuerlicher Lockdown verzögert Konjunkturerholung in Österreich. Prognose für 2021 bis 2023 • Unternehmen wollen Investitionen 2022 ausweiten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2021 • Steuerreform 2022/2024 – Sektorale Effekte

2/2022 Inflation zur Hälfte von globalen Faktoren bestimmt • Vierte COVID-19-Welle dämpft Konjunktüreinschätzungen. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2022 • Kräftige Erholung im europäischen Bauwesen. Euroconstruct-Prognose bis 2024 • Familienleistungen der öffentlichen Hand in Österreich. Längerfristige Entwicklungen und aktuelle Reformen

3/2022 Heimische Wirtschaft vor Kriegsausbruch in der Ukraine in guter Verfassung • Der Wirtschaftshistoriker des WIFO mit breiter Forschungsagenda – Felix Butschek zum 90. Geburtstag • Europäische Wirtschaftspolitik 2021/22. Zwischen Konjunkturerholung und Unsicherheit • Kräftiger Anstieg der Innovationsausgaben österreichischer Unternehmen im zweiten Jahr der COVID-19-Pandemie • Gesundheitsleistungen und Pflegegeldbezug • Österreichs Standortqualität im Executive Opinion Survey 2021

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand**Dr. Hannes Androsch**

Kommerzialrat Peter Hanke, Amtsführender Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Wiener Stadtwerke

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Abg.z.NR Karlheinz Kopf, Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Kuratorium

Andreas Bandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Markus Gratzer, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Gerhard K. Humpeler, Christoph Klein, Robert Leitner, Ferdinand Lembacher, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Josef Plank, Günther Platter, Walter Rothensteiner, Walter Ruck, Ingrid Sauer, Heinrich Schaller, Hermann Schultes, Michael Strugl, Andreas Treichl, Franz Vranitzky, Christoph Walsler, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhner, Norbert Zimmermann

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktorin und Direktoren:

Priv.-Doz. MMag. Dr. Ulrike Famira-Mühlberger, PhD, Mag. Dr. Jürgen Janger, MSc, Mag. Alexander Loidl

Ökonominnen und Ökonomen

Johannes Amann, Stefan Angel, Julia Bachtrögler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Ulrike Famira-Mühlberger, Gerald Feichtinger, Marian Fink, Klaus S. Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Angela Köppl, Agnes Kügler, Simon Loretz, Helmut Mahringer, Peter Mayerhofer, Christine Mayrhuber, Bettina Meinhart, Birgit Meyer, Ina Meyer, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Andreas Reinstaller, Silvia Rocha-Akis, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman, Lukas Schmoigl, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Thomas Url, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Christine Zulehner

Konsulentinnen und Konsulenten

Harald Badinger, René Böheim, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Andrea Weber, Hannes Winner

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Mag.^a Maria Kubitschek, Stellvertretende Direktorin und Bereichsleiterin Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Ewald Nowotny, Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Harald Waiglein, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Mag. Markus Wallner, Landeshauptmann von Vorarlberg

WIFO-Partner und Goldene Förderer

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, Österreichische Hagelversicherung VVaG, Österreichische Hotellervereinigung, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, Raiffeisen Bank International AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG

WIFO Associates

Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Markus Leibrecht, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Gertrude Tumpel-Gugerell

Wissenschaftliche Assistentinnen und Assistenten

Anna Albert, Elisabeth Arnold, Anna Brunner, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer, Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauningner, Andrea Grabmayer, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Katharina Köberl-Schmid, Irene Langer, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner, Eva Wretschitsch

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Bettina Bambas, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Lucia Glinsner, Claudia Hirschall, Gabriela Hötzer, Markus Kiesenhofer, Annemarie Klozar, Gwendolyn Kremser, Bernhard Lang, Thomas Leber, Florian Mayr, Anja Mertinkat, Elisabeth Neppl-Oswald, Birgit Novotny, Robert Novotny, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Gabriele Schober, Kristin Smeral, Klara Stan, Karin Syböck, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Michaela Zinner-Doblhofer

Emeriti Consultants

Karl Aiginger, Kurt Bayer, Fritz Breuss, Alois Guger, Heinz Handler, Gunther Tichy, Ewald Walterskirchen

